

Verwaltungsbericht der Finanzdirektion = Rapport de gestion de la Direction des finances

Autor(en): **Augsburger, U. / Fehr, H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1990)**

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-418134>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

1990 **Verwaltungsbericht der Finanzdirektion**

Direktor: Regierungsrat Dr. U. Augsburg
Stellvertreter: Regierungsrat H. Fehr

1990 **Rapport de gestion de la Direction des finances**

Directeur: U. Augsburg, conseiller d'Etat
Suppléant: H. Fehr, conseiller d'Etat

1. **Einleitung**

1.1 **Übersicht**

Das Jahr 1990 war im Bereich der Finanzdirektion ganz wesentlich von finanzpolitischen Themen geprägt. Das Positive vorweg: Die erstmals nach dem Neuen Rechnungsmodell erstellte Staatsrechnung 1989 schloss in der Laufenden Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von 8 Mio. Franken ab. Die Bruttoinvestitionen von 612 Mio. Franken konnten zu 73 Prozent selbst finanziert werden, was der längerfristigen Zielsetzung entspricht. Das Resultat ist um so erfreulicher, als es ein aufgrund des gewährten Steuerrabattes geringeres Wachstum bei den Steuereinnahmen zu verkraften galt.

Die seit geraumer Zeit vorhandenen strukturellen Ungleichgewichte im bernischen Finanzhaushalt traten jedoch bereits anlässlich der Budgetierung für das Jahr 1990 offen zutage. Das Resultat war ein Defizit in der Laufenden Rechnung von 168,7 Mio. Franken. Im Rahmen der Erarbeitung des Budgets 1991 und des Legislaturfinanzplans 1991–1994 akzentuierten sich diese Probleme weiter. Trotz intensiver Bemühungen zu Budgetkorrekturen musste der Regierungsrat dem Grossen Rat die Genehmigung eines Defizits von 228,3 Mio. Franken beantragen, wobei insbesondere die weit überproportionale Steigerung der Ausgaben im Subventionsbereich von knapp 11 Prozent negativ ins Gewicht fiel.

Unter dem Eindruck des gleichzeitig unterbreiteten Legislaturfinanzplans 1991–1994, welcher erstmals die Ressourcen mit den anstehenden Aufgaben gemäss den Regierungsrichtlinien verknüpft und somit eine wesentlich verbesserte Aussagekraft aufweist, und welcher einen dringenden Handlungsbedarf ausweist, beschloss der Grosse Rat in der November-Session eine lineare Kürzung von 1,7 Prozent in der Sachgruppe Personalaufwand bzw. von 5 Prozent beim Sachaufwand und bei den Eigenen Beiträgen. Nach Vornahme weiterer Bereinigungen konnte mit dieser Massnahme das Budgetdefizit 1991 in der Laufenden Rechnung auf 122,7 Mio. Franken reduziert werden. Der schwierige Vollzug dieser «Notmassnahmen» wird den Regierungsrat und die Direktionen/Ämter im Jahre 1991 intensiv beschäftigen.

Alle beteiligten Instanzen, namentlich auch der Grosse Rat, waren sich in der Beurteilung einig, dass solche kurzfristigen, undifferenzierten Massnahmen grundsätzlich unbefriedigend sind. Gefragt sind vielmehr längerfristige, konzeptionell abgestützte Strategien, welche den Handlungsbedarf einerseits rechtzeitig aufzeigen und andererseits den politischen Organen Entscheidungen aufgrund gesicherter Unterlagen ermöglichen. Einige wichtige Voraussetzungen zur Erreichung dieses Ziels wurden 1990 geschaffen:

- Abschluss der Einführung des Neuen Rechnungsmodells für den Finanzhaushalt;
- Erstmalige Verknüpfung des Legislaturfinanzplans mit den Regierungsrichtlinien;

1. **Introduction**

1.1 **Aperçu**

A la Direction des finances, 1990 a été marqué principalement par des questions de politique financière. Notons tout d'abord les sujets de satisfaction: le compte d'Etat 1989, établi pour la première fois selon le nouveau modèle de comptes, a été clos avec un excédent de revenus de 8 millions de francs dans le compte de fonctionnement. Les 612 millions de francs d'investissements bruts ont pu être autofinancés à 73 pour cent, ce qui correspond à l'objectif à long terme. Le résultat est d'autant plus satisfaisant qu'il a fallu supporter une croissance plus faible des recettes fiscales du fait du rabais fiscal qui a été consenti.

Cependant, les déséquilibres structurels qui caractérisent depuis un certain temps les finances bernoises sont apparus au grand jour lors de l'établissement du budget 1990, et on enregistra alors un déficit de 168,7 millions de francs dans le compte de fonctionnement. Dans le cadre de l'élaboration du budget 1991 et du plan financier de la législature 1991–1994, ces problèmes n'ont fait que s'accroître. En dépit d'intenses efforts pour procéder à des corrections budgétaires, le Conseil-exécutif a dû proposer au Grand Conseil de consentir un déficit de 228,3 millions de francs, la croissance démesurée de presque 11 pour cent enregistrée par les dépenses dans le domaine des subventions pesant à cet égard lourd dans la balance.

Au même moment, le Grand Conseil examina le plan financier de la législature 1991–1994 qui, conformément au programme gouvernemental, relie pour la première fois les ressources aux tâches à accomplir, ce qui le rend ainsi nettement plus explicite, et dont il ressort un besoin urgent d'agir; le Grand Conseil arrêta alors, dans sa session de novembre, une coupe linéaire de 1,7 pour cent dans les groupes de matières Charges de personnel/Biens, services et marchandises et Subventions accordées. Des corrections supplémentaires ayant encore été effectuées, cette mesure permit de réduire le déficit budgétaire du compte de fonctionnement pour 1991 à 122,7 millions de francs. En 1991, le Conseil-exécutif, les Directions et les offices devront se charger de l'application certes difficile de ces «mesures d'urgence».

Ces mesures indifférenciées et à court terme sont jugées insatisfaisantes de l'avis unanime des instances concernées et notamment du Grand Conseil. Des stratégies mieux conçues et à long terme s'avèrent fortement préférables, tant pour indiquer à temps l'urgence d'intervenir que pour permettre aux organes politiques de prendre des décisions qui s'appuient sur des documents fiables. Quelques conditions préalables d'importance ont été remplies en 1990 pour parvenir à cet objectif:

- La mise en place du nouveau modèle de comptes a été achevée;

- Verabschiedung des Stellenplafonierungsgesetzes durch den Grossen Rat und Inkraftsetzung per 1. Oktober;
- Erfolgreicher Abschluss des Vernehmlassungsverfahrens zu einem Staatsbeitragsgesetz.

Soll das erklärte Ziel des Haushaltsausgleichs bis Ende der Legislatur erreicht werden, müssen die unternommenen Anstrengungen jedoch weiter verstärkt werden. Neben der Verabschiedung eines griffigen Staatsbeitragsgesetzes, der Einführung einer wirksamen Aufgaben- und Ressourcensteuerung sowie der Bereitschaft, bestehende Aufgaben periodisch einer Wirksamkeitskontrolle zu unterziehen und nötigenfalls zugunsten neuer Prioritäten fallenzulassen, müssen insbesondere bestehende Lastenverteilungssysteme in den Bereichen Gesundheit/Fürsorge und Erziehung grundsätzlich überprüft und hinterfragt werden. Erste Schritte sind eingeleitet. Es geht bei diesen Reformen insbesondere darum, bei allen Subventionsempfängern den Anreiz zu wirtschaftlichem und sparsamem Verhalten mittels Erhöhung der Eigenverantwortlichkeit namhaft zu stärken.

Wesentliche Anstrengungen wurden 1990 im Bereich der Personalpolitik des Staates unternommen. Neben der konsequenten Umsetzung der aus dem Projektbereich C von EFFISTA gewonnenen Erkenntnisse durch das Personalamt (Stärkung Lehrlingsausbildung, Einführungsveranstaltungen usw.) wurde im Januar eine Expertenkommission eingesetzt mit dem Auftrag, das fast vierzigjährige Beamtengesetz samt Besoldungsdekret einer grundlegenden Überprüfung zu unterziehen. Ende 1990 lag bereits der Entwurf eines neuen Gesetzes vor. Die Arbeiten im Hinblick auf eine strukturelle Anpassung der Ämterklassifikation im Besoldungsbereich laufen auf vollen Touren. Beide Erlasse sollen im Jahr 1993 in Kraft treten.

Im Jahr 1990 waren im Informatikbereich wesentliche Aufbauarbeiten zu leisten. Einerseits nahm per 1. Februar die neue öffentlich-rechtliche Anstalt BEDAG Informatik ihre Tätigkeit auf, andererseits mussten auch neue entsprechende Strukturen innerhalb der Staatsverwaltung (Organisationsstelle) geschaffen werden. Eine erste Beurteilung dieser Neuorientierung der Informatik fällt klar positiv aus.

Weiter vorangetrieben wurden die intensiven Arbeiten an der Gestaltung der Neuen Aufbauorganisation der Staatsverwaltung. Der Regierungsrat konnte dem Grossen Rat Ende des Jahres die Grobstruktur der neu nur noch sieben Direktionen zur Beschlussfassung unterbreiten.

Der Grosse Rat verabschiedete im weiteren das Gesetz über die Berner Kantonalbank, welches per 1. Januar 1991 zum Zusammenschluss der beiden Staatsbanken geführt hat.

- le plan financier de législature a été relié pour la première fois au programme gouvernemental de législature;
- la loi sur le plafonnement des postes de l'administration a été adoptée par le Grand Conseil et est entrée en vigueur le 1^{er} octobre;
- la procédure de consultation concernant la loi sur les subventions cantonales s'est achevée avec succès.

Pour atteindre l'objectif que nous nous sommes fixé, à savoir que l'équilibre des finances soit réalisé d'ici la fin de la législature, il faudra cependant poursuivre les efforts entrepris. En dehors de l'adoption d'une loi régissant efficacement les subventions cantonales, de la mise en place d'une gestion efficace des tâches et des ressources ainsi que de l'intention de soumettre périodiquement les tâches à un contrôle d'efficacité et de les supprimer si nécessaire en faveur de nouvelles priorités, les systèmes actuels de répartition des charges doivent être examinés de manière fondamentale dans les domaines de l'hygiène publique et des œuvres sociales ainsi que de l'instruction publique. Les premiers pas en ce sens ont d'ores et déjà été effectués. Ces réformes visent en particulier à responsabiliser davantage les bénéficiaires de subventions afin de les inciter à se montrer plus économes et meilleurs gestionnaires.

En 1990, des efforts substantiels ont été entrepris dans le domaine de la politique que mène l'Etat en faveur de son personnel. En dehors de la mise en œuvre des connaissances acquises par l'Office du personnel grâce au domaine d'étude C d'EFFISTA (renforcement de la formation des apprentis, réunions d'information pour le personnel récemment entré en fonction, etc.), une commission d'experts a été instituée en janvier avec mandat de soumettre à un complet réexamen la loi sur les fonctionnaires qui date de presque 40 ans ainsi que le décret sur les traitements. Un projet de nouvelle loi est déjà prêt fin 1990. Les travaux vont bon train en vue d'une adaptation structurelle de la classification des fonctions. Les deux textes doivent entrer en vigueur en 1993.

En 1990, d'importants travaux d'organisation ont dû être accomplis dans le domaine de l'informatique. D'une part le nouvel établissement de droit public BEDAG Informatik est entré en fonction au 1^{er} février, d'autre part de nouvelles structures durent également être créées en conséquence au sein de l'administration de l'Etat (Bureau d'organisation). Le tout premier jugement que l'on peut porter sur cette réorientation du domaine de l'informatique est clairement positif.

Les travaux intensifs visant à la réalisation de la nouvelle organisation structurelle de l'administration de l'Etat se sont poursuivis. A la fin de l'année, le Conseil-exécutif a pu soumettre à l'approbation du Grand Conseil la structure sommaire des Directions qui ne sont plus désormais que sept.

Le Grand Conseil a en outre adopté la loi sur la Banque cantonale bernoise, à la suite de quoi les deux banques de l'Etat furent réunies au 1^{er} janvier 1991.

1.2 Personelles und Organisation

Während bei den Ämtern der Finanzdirektion auf Kaderstufe nur wenige Mutationen zu verzeichnen waren, erfolgten im Direktionssekretariat mehrere wichtige personelle Änderungen. Anstelle des nach elfjähriger erfolgreicher Tätigkeit auf der Finanzdirektion in die Geschäftsleitung der BEDAG Informatik berufenen Dr. Kurt Baumann wählte der Regierungsrat Fürsprecher Hans-Rudolf Saxer zum neuen 1. Direktionssekretär. Da Frau Barbara Nyffeler, Direktionssekretärin, ihrerseits einem Ruf aus der Privatwirtschaft folgte, waren praktisch gleichzeitig zwei neue Direktionssekretäre zu wählen. Mit Dr.

1.2 Personnel et organisation

Tandis que peu de mutations sont à signaler au niveau des cadres des offices de la Direction des finances, plusieurs changements importants ont eu lieu au sein du Secrétariat général. M. Hans-Rudolf Saxer, avocat, fut nommé Secrétaire général par le Conseil-exécutif en remplacement de M. Kurt Baumann, docteur en économie, appelé à la direction de la BEDAG Informatik après onze années d'une activité riche en succès à la Direction des finances. Du fait que M^{me} Barbara Nyffeler, Secrétaire de Direction, a répondu pour sa part à l'appel du secteur privé, deux nouveaux Secrétaires de Direc-

Ernst Zehnder und Fürsprecher Christoph Miesch traten im Frühsommer zwei jüngere, aber verwaltungserfahrene Mitarbeiter ihre neuen Kaderfunktionen an. Als dritter neuer Chefbeamter im Direktionssekretariat nahm per 1. Februar Kurt Oehrli, früher stellvertretender Vorsteher des Amtes für Informatik, seine Tätigkeit auf. Ihm oblag im wesentlichen der anspruchsvolle Aufbau der vom Grossen Rat im November 1989 neu geschaffenen Organisationsstelle.

In organisatorischer Hinsicht war das Jahr 1990 eindeutig geprägt durch die Auflösung des Amtes für Informatik per Ende Januar sowie die gleichzeitige Errichtung der BEDAG Informatik einerseits, der Organisationsstelle im Direktionssekretariat andererseits. Einzelheiten zu dieser einschneidenden Strukturänderung finden sich in Ziffer 2.1.3.

2. Direktionssekretariat und Ämter

2.1 Direktionssekretariat

2.1.1 Finanz- und Steuerpolitik

Ein Schwergewicht in diesem Bereich bildete die Erarbeitung und Verabschiedung des Legislaturfinanzplans 1991–1994, der als wichtiges strategisches, finanzpolitisches Führungs- und Steuerungsinstrument für die gesamte Staatstätigkeit dient. Erstmals wurden dabei die Hauptressourcen Personal, Informatik und übrige Investitionen, Steuern sowie Eigen- und Fremdkapital vollumfänglich mit den Aufgabenbereichen und umfangreichen Einzelmassnahmen der gleichzeitig erarbeiteten Regierungsrichtlinien verknüpft. Die sich dabei abzeichnenden strukturellen Probleme äussern sich vor allem in einer stets grösser werdenden Lücke zwischen Aufwand und Ertrag. Um dieser Scherenwirkung begegnen zu können, wurden die Direktionen und die Staatskanzlei beauftragt, konkrete Massnahmen zur Aufwandsenkung im Subventionsbereich sowie zur Steigerung der Einnahmen im übrigen Ertragsbereich zu realisieren, die ab 1992 wirksam werden sollen.

Mit der Genehmigung des «Grossratsbeschlusses betreffend die Begrenzung und Festsetzung von staatlichen Baubeiträgen» kann für die Jahre 1991–1994 ein im Rahmen der bisherigen Anwendung insgesamt bewährtes, wichtiges finanzpolitisches Steuerungsinstrument weitergeführt werden.

Der vom Grossen Rat zuhanden der Volksabstimmung vom 2. Juni 1991 verabschiedete «Volksbeschluss über die Ermächtigung zur Aufnahme von Anleihen» verschafft dem Regierungsrat die Kompetenz, zur Finanzierung staatlicher Investitionen Anleihen bis zum Betrage von 600 Mio. Franken aufzunehmen. Eine solche Ermächtigung wurde letztmals anlässlich der Volksabstimmung vom 4. Juni 1989 im Umfange von 500 Mio. Franken erteilt. Mit dem Fremdkapital erhält der Staat ausserdem einen grösseren finanziellen Handlungsspielraum, um bei unvorhersehbaren Entwicklungen der wirtschaftlichen und strukturellen Voraussetzungen seine Aufgabenerfüllung sicherzustellen.

Die Arbeiten am Staatsbeitragsgesetz sowie am Konzept der Zweckmässigkeitsüberprüfung staatlicher Subventionen haben sich gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan infolge personeller Wechsel etwas verzögert. Für das Staatsbeitragsgesetz wurde das Vernehmlassungsverfahren durchgeführt. Beide Vorlagen werden im Verlaufe des Jahres 1991 vom Regierungsrat zuhanden des Grossen Rates verabschiedet.

Die Revision des Finanzausgleichsgesetzes vom 6. Februar 1980 wurde zielstrebig fortgeführt (vgl. die entsprechenden Ausführungen in Abschnitt 2.1.6).

tion furent nommés pratiquement en même temps. Au début de l'été, ces deux collaborateurs relativement jeunes mais ayant déjà l'expérience de l'administration prirent leurs nouvelles fonctions: il s'agit de M. Ernst Zehnder, docteur en sciences des médias, et de M. Christoph Miesch, avocat. Un troisième cadre a pris ses fonctions au Secrétariat général le 1^{er} février en la personne de M. Kurt Oehrli, ancien chef suppléant de l'Office d'informatique. Il lui incombe essentiellement de veiller à la bonne mise en place du Bureau d'organisation créé par le Grand Conseil en novembre 1989.

En ce qui concerne l'organisation, l'année 1990 a été clairement marquée par la dissolution fin janvier de l'Office d'informatique ainsi que par la fondation dans le même temps de la BEDAG Informatik d'une part, et d'autre part du Bureau d'organisation au Secrétariat général. Des détails concernant ce changement décisif de structures se trouvent au chiffre 2.1.3.

2. Secrétariat général et offices

2.1 Secrétariat général

2.1.1 Politique financière et fiscale

L'accent a été mis dans ce domaine sur l'élaboration et l'adoption du plan financier de la législature 1991–1994, qui est un important instrument de direction et d'orientation en matière de stratégie et de politique financière pour l'ensemble des activités de l'Etat. Pour la première fois, les ressources principales que sont le personnel, l'informatique et les autres investissements, les impôts ainsi que les capitaux propres ou empruntés furent reliés aux tâches et aux mesures de grande ampleur contenues dans le programme de législature élaboré dans le même temps. Les problèmes structurels qui se dessinent se manifestent surtout par un fossé qui ne cesse de se creuser entre charges et revenus. Afin de pouvoir remédier à ce déséquilibre, les Directions et la Chancellerie d'Etat furent chargées de prendre des mesures concrètes devant être effectives à partir de 1992 pour réduire les charges dans le domaine des subventions et augmenter les recettes dans le domaine des revenus.

L'arrêté du Grand Conseil concernant la limitation et la fixation des subventions cantonales à la construction, qui a été adopté pour les années 1991–1994, constitue un important instrument d'orientation de la politique financière qui s'est révélé dans l'ensemble efficace si l'on considère l'emploi qui en a été fait jusque ici.

L'arrêté populaire concernant la conclusion d'emprunts, adopté par le Grand Conseil et devant être soumis au vote du peuple le 2 juin 1991, donne au Conseil-exécutif la compétence de procéder à des emprunts d'un montant maximum de 600 millions de francs pour financer des investissements cantonaux. La dernière fois qu'une telle habilitation a été donnée, ce fut pour un montant de 500 millions de francs suite à la votation du 4 juin 1989. Avec les capitaux empruntés, le canton acquiert en outre une plus grande marge de manœuvre financière qui l'assure de pouvoir remplir ses tâches en cas d'évolution imprévue des conditions structurelles et économiques.

Les travaux concernant la loi sur les subventions cantonales ainsi que le projet de contrôle de l'opportunité des subventions ont pris quelque retard par rapport au calendrier prévu suite à des changements de personnel. La procédure de consultation concernant la loi sur les subventions cantonales fut menée à bien. Les deux projets seront adoptés par le Conseil-exécutif à l'attention du Grand Conseil dans le courant de l'année 1991.

La révision de la loi du 6 février 1980 sur la péréquation financière fut poursuivie sans relâche (cf. les explications afférentes au paragraphe 2.1.6).

2.1.2 EFFISTA

Die seit Abschluss der Voranalyse im Frühjahr 1988 ausgelösten Reorganisationsprozesse erlebten im Berichtsjahr entscheidende Fortschritte. Dabei konnte der Regierungsrat für die weiteren Arbeiten wegweisende Beschlüsse fassen. Die bisher erzielten Ergebnisse zeigen immer deutlicher auf, dass mit dem Projekt EFFISTA keine kurzfristige Sparübung bezweckt wird, sondern dass qualitative Verbesserungen der staatlichen Leistungen unter optimalem Einsatz vorhandener Ressourcen im Vordergrund stehen. Die bernische Verwaltung soll so modernisiert werden, dass sie ihre Aufgaben effizient und vor allem wirksam sowie bürgernah erfüllen kann.

Gesamtprojektausschuss und Gesamtprojektleitung haben über die seit Abschluss der Voranalyse bzw. seit dem Zweiten Zwischenbericht erreichten Ergebnisse im Dritten Zwischenbericht vom Juni 1990 zuhanden des Regierungsrates und des Grossen Rates Rechenschaft abgelegt.

Als Folge der Annahme der Volksinitiative «7 statt 9 Regierungsräte» vom 24. September 1989 stand die Erarbeitung einer neuen Aufbauorganisation der Staatsverwaltung im Mittelpunkt der Organisationsentwicklung. Im Wissen um die Chancen, die sich für die Umsetzung der Projektziele von EFFISTA mit der neuen Aufbauorganisation ergeben, hat der Regierungsrat im Januar das Projekt EFFISTA bis voraussichtlich Mitte der laufenden Legislatur (1992) verlängert. Unter seiner Oberleitung hat der Regierungsrat die erste Phase der Erarbeitung der neuen Aufbauorganisation entscheidend mitgestaltet. Aufgrund seiner Beratungen und Zwischenentscheidungen im Rahmen mehrerer Klausursitzungen sowie unter Berücksichtigung der öffentlichen Diskussion hat er am 29. August seinen Variantenentscheid für eine neue Aufbauorganisation mit 7 Direktionen gefällt. Der Lösungsvorschlag sieht folgende 7 Direktionen, eine Staatskanzlei und das Amt für kirchliche Angelegenheiten als bewegliche Organisationseinheit vor:

- Volkswirtschaft/Landwirtschaft/Forsten
- Gesundheit/Fürsorge
- Justiz/Gemeinden
- Polizei/Militär
- Finanzen
- Erziehung
- Bau/Verkehr/Umweltschutz.

Die Aufbauorganisation im Lösungsvorschlag des Regierungsrates orientiert sich einerseits an den zukünftigen Politikbereichen und andererseits an den bestehenden Strukturen der bernischen Verwaltung. Verwandte Verwaltungszweige werden, wenn immer möglich, in der gleichen Direktion zusammengefasst. Die Geschäftsbereiche der sieben Direktionen sind möglichst gleichwertig ausgestaltet.

Im Projektbereich B «Führungsinstrumente» hat der Regierungsrat im Juni 1990 das Grobkonzept für eine integrierte Aufgaben- und Ressourcensteuerung mit entsprechenden, modernen Führungsinstrumenten verabschiedet und die Einführung einer funktionalen Gliederung der staatlichen Aufgaben beschlossen. Die funktionale Gliederung schafft einerseits eine wichtige Voraussetzung für die Neugestaltung der Führungsinstrumente und eröffnet andererseits dem Grossen Rat und dem Regierungsrat neue Möglichkeiten der politischen Planung und Steuerung des staatlichen Handelns.

Die Realisierung des personalpolitischen Leitbildes sowie der Massnahmen und Projekte, die im Rahmen des Projektbereichs C «Personal- und Kaderentwicklung» erarbeitet worden sind, werden seit dem 1. Januar 1990 vom Personalamt und von den einzelnen Direktionen umgesetzt. Wichtige Erkenntnisse aus dem Projektbereich C, wie beispielsweise die Flexibilisierung des Beamtenstatus und die Verankerung einer Leistungskomponente, fliessen in die Revision der Beamtengesetzgebung (Beamtengesetz, Besoldungsdekret) ein. Ausbildungs- und Förderungskonzepte sowie Informations- und

2.1.2 EFFISTA

Les processus de réorganisation enclenchés depuis la clôture de l'analyse préliminaire au printemps 1988 ont enregistré des progrès décisifs pour l'année sous rapport. Le Conseil-exécutif put de ce fait prendre les décisions qui indiquent la voie à suivre pour la poursuite des travaux. Les résultats obtenus jusqu'ici montrent de plus en plus clairement que le projet EFFISTA n'a pas pour but de réaliser des économies à court terme mais qu'il vise en priorité à améliorer la qualité des prestations cantonales en optimisant l'utilisation des ressources existantes. L'administration bernoise doit être modernisée de façon à remplir ses tâches de manière rentable, en faisant preuve d'efficacité tout en restant proche du citoyen.

En juin 1990, dans le troisième rapport intermédiaire, le comité de projet et la direction du projet ont rendu compte au Conseil-exécutif et au Grand Conseil des résultats obtenus depuis la clôture de l'analyse préliminaire, ou plus exactement depuis le deuxième rapport intermédiaire.

Après que le peuple se fut prononcé le 24 septembre 1989 en faveur de l'initiative «7 conseillers d'Etat au lieu de 9», l'élaboration d'une nouvelle organisation structurelle pour l'administration de l'Etat s'est trouvée au centre du développement projeté. Conscient des chances de réalisation des objectifs du projet EFFISTA concernant la nouvelle organisation structurelle, le Conseil-exécutif a prolongé en janvier le projet EFFISTA qui devrait ainsi s'achever au milieu de la législature en cours (1992). Assurant la direction supérieure, le Conseil-exécutif a collaboré de manière décisive à la première phase d'élaboration de la nouvelle organisation structurelle. Sur la base de discussions en profondeur et des décisions intermédiaires qu'il prit lors de plusieurs séances de travail ainsi qu'en tenant compte de l'opinion publique, le Conseil-exécutif a fait part le 29 août de la solution qu'il avait choisie pour mettre en place une nouvelle organisation structurelle à sept Directions. Sa proposition prévoit une Chancellerie d'Etat, un Office des affaires ecclésiastiques en tant qu'unité mobile, et les sept Directions ci-après:

- Economie publique/Agriculture/Forêts
- Santé publique/Aide sociale
- Justice/Affaires communales
- Police/Affaires militaires
- Finances
- Instruction publique
- Travaux publics/Transports/Protection de l'environnement.

L'organisation structurelle selon la solution projetée par le Conseil-exécutif tient compte d'une part des domaines politiques futurs et d'autre part des structures de l'administration bernoise existantes. Les secteurs administratifs apparentés sont, dans la mesure du possible, regroupés dans une même Direction. Les domaines d'activité des sept Directions sont aussi équilibrés que possible.

Dans le domaine d'étude B «instruments de direction», le Conseil-exécutif a adopté en juin 1990 les grandes lignes du projet de direction intégrée des tâches et des ressources, se dotant en conséquence d'instruments de direction modernes; il a également décidé d'introduire une répartition fonctionnelle des tâches cantonales. Cette structure fonctionnelle constitue d'une part une condition importante nécessaire à la réorganisation des instruments de direction et ouvre d'autre part au Grand Conseil et au Conseil-exécutif de nouvelles possibilités de planification politique et de direction de l'action du canton. La politique appliquée par l'Etat à l'égard de son personnel ainsi que les mesures et projets, qui ont été élaborés dans le cadre du domaine d'étude C «développement du personnel et des cadres», sont réalisés depuis de 1^{er} janvier 1990 par l'Office du personnel et les différentes Directions. Des conclusions importantes issues des travaux dans le domaine d'étude C, comme par exemple l'assouplissement du statut des fonction-

Kommunikationsvorhaben werden laufend umgesetzt. Stellvertretend für die reiche Palette dieser Konzepte seien an dieser Stelle die periodischen Einführungsveranstaltungen für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Ausbau des Kursangebotes für Frauen und die Massnahmen im Lehrlingsbereich genannt.

Gestützt auf eine Organisationsanalyse der Bezirksverwaltungen im Rahmen des Projektbereichs D «Dezentrale Verwaltung» hat der Regierungsrat im Januar die Realisierung mehrerer prioritärer Massnahmen beschlossen. Im Vordergrund steht dabei die Schaffung von Kreisrichterämtern, Kreisgrundbuchämtern und von regionalen Konkursämtern.

Die Arbeiten und die Umsetzung der Erkenntnisse in den Teilprojekten der einzelnen Direktionen werden solange zurückgestellt, bis der Grosse Rat den Grundsatzentscheid zur neuen Aufbauorganisation, voraussichtlich in der April-Session 1991, gefällt hat.

2.1.3 *BEDAG Informatik/Organisationsstelle*

Durch die Aufhebung des Amtes für Informatik und die Bildung der BEDAG Informatik auf den 1. Februar wurde zur Wahrnehmung der staatlichen Planungs-, Führungs- und Koordinationsfunktionen im Informatikbereich die Organisationsstelle bei der Finanzdirektion geschaffen. Diese nahm ihre Tätigkeit am 1. Februar mit einem Bestand von zwei Mitarbeitern auf, deren Stellen aus dem Etat des Amtes für Informatik übernommen wurden.

1990 ging es vorrangig darum, die bis anhin von der Stabsabteilung des Amtes für Informatik erbrachten Aufgaben der Informatikplanung, des Projektcontrollings und der Beratung der Dienststellen auf den Gebieten Projektabwicklung, Investitions- und Wirtschaftlichkeitsberechnung sowie Vertragswesen weiterzuführen. Infolge der Neuorganisation des Informatikbereichs mussten zusätzlich die Informatikplanung, die Projektabwicklung und die Projektorganisation von Informatikprojekten sowie die Zusammenarbeit der Staatsverwaltung und der Universität mit der BEDAG Informatik neu geregelt werden. Die entsprechenden Anpassungen in diesen Bereichen genehmigte der Regierungsrat am 28. Februar.

Gestützt auf Artikel 21 des Gesetzes über die BEDAG Informatik vom 29. August 1989 wurde der Kredit des aufgehobenen Amtes für Informatik der Organisationsstelle übertragen. Dies erforderte den Aufbau eines Kreditbewirtschaftungssystems, um die Kosten der Dienstleistungen der BEDAG Informatik für RZ-Produktion sowie für Beratung, Entwicklung und Systembetreuung prüfen und aus dem verfügbaren Umbuchungskredit entschädigen zu können. Ferner wurden die Abgeltungen der Infrastrukturkosten der BEDAG Informatik für die Entwicklung und Betreuung der zentralen Anwendungen, die Bürokommunikation, das Information Center und die Informatikausbildung neu festgelegt. Das RZ-Produktionskostenbudget von 23 Mio. Franken wurde durch Mehrverbrauch bei den Grossanwendungen KOFINA, NESKO, SOLDON/PERSISKA und SUSA um 950 000 Franken oder um rund 4 Prozent überschritten. Das Budget von rund 19 Mio. Franken für die übrigen Dienste der BEDAG Informatik konnte eingehalten werden.

Das Verfahren der Informatikplanung und die damit verbundene Datenerhebung für Projekt- und Produktionskosten sowie die Wirtschaftlichkeitsrechnung mussten überarbeitet werden. Die Organisationsstelle hat den Informatikplan auf-

naires et la prise en compte du rendement, ont été intégrées dans la révision de la législation régissant le droit des fonctionnaires (loi sur les fonctionnaires, décret sur les traitements). Des projets de formation et de promotion ainsi que des projets d'information et de communication sont en cours de réalisation. Pour illustrer cette riche palette de projets, il serait bon de mentionner ici les réunions périodiques d'information et d'accueil pour les nouvelles collaboratrices et les nouveaux collaborateurs du canton, la mise en place de cours destinés aux femmes et les mesures prises dans le domaine de l'apprentissage d'employé de commerce.

En vertu d'une analyse de l'organisation des administrations de district dans le cadre du domaine d'étude D «administration décentralisée», le Conseil-exécutif a décidé en janvier la réalisation de plusieurs mesures prioritaires visant principalement à la création d'arrondissements judiciaires, de bureaux du registre foncier à l'échelle de la circonscription et d'offices des poursuites pour la région.

Les travaux et la mise en pratique des résultats dans les projets partiels des différentes Directions resteront suspendus aussi longtemps que le Grand Conseil n'aura pas donné sa décision de principe pour une nouvelle organisation structurelle, décision qui devrait vraisemblablement intervenir pendant la session d'avril 1991.

2.1.3 *BEDAG Informatik/Bureau d'organisation*

Du fait de la suppression de l'Office d'informatique et de la création de la BEDAG Informatik au 1^{er} février, fut créé le Bureau d'organisation de la Direction des finances chargé d'assumer les fonctions de coordination, de gestion et de planification de l'Etat dans le domaine de l'informatique. Ce bureau entra en activité le 1^{er} février avec un effectif de deux collaborateurs dont les postes ont été repris du personnel de l'Office d'informatique.

En 1990, il s'est agi principalement de continuer les tâches jusque-là assumées par la section d'état major de l'Office d'informatique (planification de l'informatique, controlling de projets, conseils aux services) dans les domaines du développement de projets, du calcul des investissements et de la rentabilité, ainsi que des contrats. Par suite de la réorganisation du domaine de l'informatique, il a en outre fallu instituer une nouvelle réglementation de la planification de l'informatique, du déroulement et de l'organisation des projets informatiques ainsi que de la collaboration de l'administration de l'Etat et de l'Université avec la BEDAG Informatik. Le 28 février, le Conseil-exécutif a approuvé les adaptations qui s'imposaient dans ces domaines.

En vertu de l'article 21 de la loi du 29 août 1989 sur la BEDAG Informatik, le crédit de l'Office d'informatique supprimé fut reporté sur le Bureau d'organisation. Ceci exigea l'élaboration d'un système de gestion de crédit afin d'examiner les frais des prestations de services de la BEDAG Informatik pour la production du centre de calcul, la consultation, le développement, l'assistance des systèmes et afin de pouvoir couvrir ces frais à partir du crédit disponible transféré. En outre, on fixa un système d'indemnisation des frais d'infrastructure de la BEDAG Informatik pour le développement et l'assistance des applications centrales, la communication de bureau, le centre d'information et la formation informatique. Le budget de 23 millions de francs affecté aux frais de production du centre de calcul fut dépassé de 950 000 francs, soit d'environ 4 pour cent, en raison d'un surplus de consommation pour les applications importantes KOFINA, NESKO, SOLDON / PERSISKA et SUSA. Le budget d'environ 19 millions de francs pour les autres services de la BEDAG Informatik put être tenu.

La procédure de planification de l'informatique et le relevé des frais de production et de projet ainsi que le compte de rentabi-

grund der Meldungen der Direktionen erstmals mit den Richtwerten zur Finanzplanung sowie mit der Investitionsrechnung abgestimmt. Gestützt auf den Informatikplan legte der Regierungsrat mit RRB 2876 vom 15. August die Projektprioritäten für die zu bearbeitenden Informatikvorhaben fest.

Die Organisationsstelle begleitete rund 45 Informatikprojekte, indem sie die Funktion des Projektcontrollings innerhalb der Gesamtprojektausschüsse wahrnahm und die Verwaltung in Fragen der Planung, Organisation, Finanzierung, Budgetierung, Projektentwicklung, Kosten- und Nutzenkalkulation, Offertevaluation, Systemwahl und der Vertragsgestaltung beriet. Ausserdem prüfte sie alle Informatik- und Telefongeschäfte im Rahmen des Mitberichtsverfahrens.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der mit der Schaffung der BEDAG Informatik per 1. Februar verbundene grundlegende Strukturwandel, trotz einiger unvermeidlicher Übergangsprobleme, gut gemeistert werden konnte. Für die notwendige Weiterentwicklung von Strukturen und Verfahren konnte auf jeden Fall eine gute Ausgangslage geschaffen werden.

2.1.4 *Zusammenschluss der beiden bernischen Staatsbanken*

Das Jahr 1990 bildete für den Zusammenschluss der beiden bernischen Staatsbanken – der Hypothekarkasse des Kantons Bern und der Kantonalbank von Bern – einen weiteren wichtigen Meilenstein. Am 7. Februar verabschiedete der Grosse Rat in zweiter Lesung oppositionslos das Gesetz über die Berner Kantonalbank, welches der Regierungsrat nach unbenütztem Ablauf der Referendumsfrist schrittweise ab 1. August in Kraft setzte. Der rechtliche Zusammenschluss erfolgte per 1. Januar 1991. Im Herbst konnten programmgemäss alle weiteren notwendigen Beschlüsse seitens der staatlichen Behörden gefasst werden: Wahl aller Bankorgane sowie die Genehmigung von Bankreglement und Übergangsordnung.

Die Bankorgane sowie das Personal der beiden Staatsbanken arbeiteten ihrerseits engagiert und konsequent auf das gemeinsame Ziel hin. Auf der betrieblich-organisatorischen Ebene mussten namhafte Arbeiten unter hohem Zeitdruck geleistet werden, damit der Zusammenschluss auch im Alltag erfolgreich vollzogen werden konnte. Besonderes Gewicht wurde auf die Erarbeitung wirksamer Führungsinstrumente (Finanzplan, Controlling usw.) gelegt. Erste tragfähige Grundlagen wurden erarbeitet, die Bemühungen müssen jedoch auch in den folgenden Jahren unvermindert fortgesetzt werden, wenn das erklärte Ziel der Förderung der volkswirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Kanton optimal erfüllt werden soll.

2.1.5 *Taten statt Worte*

Ende April verliess Barbara Nyffeler, bisherige Leiterin der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe «Taten statt Worte», die Staatsverwaltung; sie wurde mit Dank aus der Leitung der Arbeitsgruppe entlassen. Der Regierungsrat wählte Käthi Engel Pignolo, Polizeidirektion, und Julia Jenzer, Finanzdirektion, als Übergangsleiterinnen, da sich die Projektorganisation von «Taten statt Worte» 1991 neu strukturieren wird.

Die aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Direktionen zusammengesetzte Arbeitsgruppe befasste sich 1990 u. a. mit folgenden Aufgaben:

– Die Broschüre «Taten im Sekretariat» ist fertiggestellt und daraus abgeleitete Vorschläge zum geplanten EFFISTA-Projekt «Sekretariat» sind erarbeitet worden. Das in der Bro-

lité qu'elle comprend durent être révisés. Sur la base des informations fournies par les Directions, le Bureau d'organisation a pour la première fois mis en relation le plan d'informatique avec les valeurs indicatives de la planification financière ainsi qu'avec le compte des investissements. En vertu du plan d'informatique, le Conseil-exécutif a, par l'ACE 2876 du 15 août, fixé les priorités pour les projets informatiques à élaborer.

Le Bureau d'organisation a assuré le suivi d'environ 45 projets informatiques en se chargeant de la fonction de controlling au sein des directions générales des projets et en conseillant l'administration sur les questions de planification, d'organisation, de financement, de budgétisation, de développement de projet, de calcul des coûts et de leur rentabilité, d'évaluation des offres, de choix des systèmes et de rédaction de contrats. En outre il a examiné toutes les affaires d'informatique et de téléphonie dans le cadre de la procédure de corapport.

En résumé on peut constater que la mutation des structures liée à la création de la BEDAG Informatik le 1^{er} février a pu être convenablement maîtrisée en dépit de quelques problèmes de transition inévitables. Une bonne base de départ a en tout cas été créée pour la nécessaire poursuite du développement des structures et des procédures.

2.1.4 *Réunion des deux banques de l'Etat*

L'année 1990 a constitué une étape importante pour la réunion des deux banques de l'Etat (la Caisse hypothécaire du canton de Berne et la Banque cantonale de Berne). Le 7 février, le Grand Conseil a adopté en seconde lecture et sans opposition la loi sur la Banque cantonale bernoise que le Conseil-exécutif a fait entrer en vigueur par étapes à partir du 1^{er} août après expiration du délai référendaire. La réunion des deux banques d'Etat a pris effet de droit au 1^{er} janvier 1991. Conformément au programme fixé, toutes les autres décisions nécessaires purent être prises à l'automne par les autorités de l'Etat: élection de tous les organes de la banque ainsi qu'acceptation du règlement de la banque et des dispositions transitoires.

Les organes de la banque ainsi que le personnel des deux banques d'Etat travaillèrent de leur côté avec engagement et persévérance à la réalisation du but commun. Au niveau de l'organisation de l'entreprise, d'importants travaux durent être effectués en un temps très restreint afin que la réunion des banques puisse également être effective dans le travail quotidien. L'accent a été mis en particulier sur l'élaboration d'instruments de direction efficaces (plan financier, controlling, etc.). Les premiers fondements utiles ont d'ores et déjà été élaborés, les efforts doivent cependant être poursuivis sans relâche dans les prochaines années, si l'on veut que le but fixé de l'encouragement du développement économique et social soit atteint de manière optimale dans le canton.

2.1.5 *«De la parole aux actes»*

C'est fin avril que Barbara Nyffeler, alors directrice du groupe de travail «De la parole aux actes», a quitté l'administration de l'Etat. Elle a été libérée des fonctions qu'elle occupait à la tête de ce groupe de travail interne à l'administration. Le Conseil-exécutif a nommé Käthi Engel Pignolo de la Direction de la police, et Julia Jenzer de la Direction des finances, pour assurer la transition, puisque l'organisation de projet «De la parole aux actes» va être restructurée en 1991.

En 1990, le groupe de travail constitué de représentantes et de représentants de différentes Directions s'est notamment attelé aux tâches suivantes:

– La brochure «Des actes dans le secrétariat» a été achevée et les propositions qu'elle contient dans la perspective du pro-

schüre vorgeschlagene «Bildungsbüchlein» (Testatheft für Weiterbildungskurse des Staatspersonals) konnte im Herbst vom Personalamt verwirklicht werden.

- Ein Ausschuss der Arbeitsgruppe führte eine Umfrage zum Thema «Kinderkrippe für Verwaltungspersonal» bei den Staatsangestellten mit Wohn- und Arbeitsort in Bern und Umgebung durch. Das Echo fiel überwiegend positiv aus.
- Die neue Projektorganisation von «Taten statt Worte» wurde entwickelt und kann Anfang 1991 dem Regierungsrat unterbreitet werden. Kernstück der Neuorganisation bildet die Professionalisierung der Frauenförderung in der Verwaltung.

Die 1989 erstmals von «Taten statt Worte» angeregten Frauenkurse im zentralen Kursangebot des Personalamtes stiessen wiederum auf grosses Interesse. Als Vertreterin der Arbeitsgruppe «Taten statt Worte» wählte der Regierungsrat Julia Jenzer in die neu eingesetzte kantonale Frauenkommission. Die in den Richtlinien der Regierungspolitik 1990 bis 1994 bekundete Absicht, die weiblichen Angestellten speziell zu fördern, soll mit der Intensivierung von Fördermassnahmen und Beratung im Sinne von «Taten statt Worte» erreicht werden.

2.1.6 *Finanzausgleich*

Das geltende Finanzausgleichsgesetz vom 6. Februar 1980 wurde gestützt auf den Bericht einer ausserparlamentarischen Expertenkommission unter der Leitung von Beat H. Koenig, Direktor der Emissionszentrale der Schweizer Gemeinden, einer Totalrevision unterzogen. Die Finanzdirektion eröffnete zum revidierten Gesetzesentwurf am 31. Oktober eine breite Vernehmlassung, die bis zum 4. Februar 1991 dauert. Der neue Gesetzesentwurf soll zu einer wesentlichen Verstärkung des Steuerkraftausgleichs unter den Gemeinden führen und dadurch die Zahl von Gemeinden mit überdurchschnittlicher Steuerbelastung vermindern helfen. Zuschüsse im Rahmen des direkten Finanzausgleichs werden zugunsten der finanzschwachen Gemeinden deutlich verstärkt und jeder Gemeinde soll die Steuerkraft bis zu 70 Prozent des Steuerkraftindex ausgeglichen werden. Die finanziellen Mittel, die für den Finanzausgleich zur Verfügung gestellt werden, sollen verdoppelt werden. Nach dem Gesetzesentwurf tragen Staat und Gemeinden solidarisch je zur Hälfte zur Finanzierung des direkten Finanzausgleichs bei.

An einer Informationsveranstaltung, die am 5. Dezember in Bern stattfand, wurden die direkt involvierten Verbände (Gemeindeverband, Gemeindeschreiberverband, Steuerverwalterverband, Verband der Gemeindekassiere und Finanzverwalter) von der Finanzdirektion zusätzlich über die Vernehmlassungsvorlage informiert und konsultiert. Die Vorlage der Finanzdirektion wurde in diesem Kreis sehr gut aufgenommen und die direkte Orientierung sehr geschätzt. Die Finanzdirektion wird im Jahr 1991 die Gemeinden rechtzeitig über die voraussichtlichen finanziellen Auswirkungen des Finanzausgleichsgesetzes 1992 informieren, damit die Gemeinden bei der Budgetierung des Jahres 1992 die Auswirkungen berücksichtigen können. Das revidierte Finanzausgleichsgesetz wird dem Grossen Rat im Laufe des Jahres 1991 zur Beratung unterbreitet werden. Die Inkraftsetzung ist für Anfang 1992 vorgesehen.

jet EFFISTA «secrétariat» ont été élaborées. Le «livret de formation» proposé dans la brochure (livret attestant des cours suivis par le personnel cantonal dans le cadre de la formation continue) a pu être réalisé à l'automne par l'Office du personnel.

- Une commission du groupe a effectué un sondage sur le thème «Une crèche pour le personnel de l'administration» auprès des employés du canton résidant et travaillant à Berne ou dans ses environs. La majorité des personnes interrogées s'est prononcée en faveur de ce projet.
- La nouvelle organisation de projet «De la parole aux actes» a été étudiée et pourra être soumise au Conseil-exécutif début 1991. La promotion professionnelle des femmes dans l'administration est au cœur de la nouvelle organisation.

Les cours destinés spécifiquement aux femmes, qui ont été introduits en 1989 à l'incitation du groupe «De la parole aux actes» dans l'éventail des cours proposés par l'Office du personnel, connaissent à nouveau un grand intérêt. Le Conseil-exécutif a nommé Julia Jenzer pour représenter le groupe de travail «De la parole aux actes» dans la nouvelle Commission cantonale pour les questions féminines. L'intention annoncée dans le programme gouvernemental de la législature 1990–1994 de promouvoir spécialement le personnel féminin doit pouvoir se concrétiser par l'intensification des mesures de promotion et d'orientation professionnelle, et ce, dans le sens souhaité par le groupe «De la parole aux actes».

2.1.6 *Péréquation financière*

La loi du 6 février 1980 sur la péréquation financière a été soumise à une révision totale, vu le rapport d'une commission d'experts extraparlamentaire placée sous la direction de Beat H. Koenig, directeur de la Centrale d'émission des communes suisses. La Direction des finances a lancé le 31 octobre une vaste procédure de consultation concernant le projet de révision de ladite loi. Cette procédure de consultation s'est achevée le 4 février 1991. Le nouveau projet de loi vise à compenser de manière plus forte et plus substantielle les inégalités résultant des différences de capacité contributive entre les communes. Il doit ainsi concourir à réduire le nombre des communes dont la charge fiscale est très au-dessus de la moyenne. Un renforcement du montant des prestations complémentaires versées aux communes financièrement faibles doit intervenir dans le cadre de la péréquation financière directe. La capacité contributive doit être compensée pour chaque commune jusqu'à 70 pour cent de l'indice de capacité contributive. Il est nécessaire de procéder au doublement du montant des moyens financiers mobilisés pour assurer la péréquation financière. D'après ce projet de loi, le financement de la péréquation financière directe sera solidairement assuré pour moitié par l'Etat et pour moitié par les communes.

Lors d'une réunion d'information qui s'est tenue à Berne le 5 décembre, la Direction des finances a en outre informé et consulté les associations directement impliquées dans le projet élaboré en procédure de consultation. Le projet de la Direction des finances a été très bien accueilli par ces associations (association des communes, association des secrétaires communaux, Steuerverwalterverband, Verband der Gemeindekassiere und Finanzverwalter) qui ont en outre fort apprécié le fait d'être informées directement. En 1991, la Direction des finances prendra soin d'informer à temps les communes sur les répercussions financières prévues de la loi sur la péréquation financière 1992 pour leur permettre ainsi d'en tenir compte lors de l'établissement de leur budget pour l'exercice 1992. Le Grand Conseil examinera dans le courant de l'année 1991 la révision de la loi concernant la péréquation financière. L'entrée en vigueur est prévue pour début 1992.

2.2 **Finanzverwaltung**2.2 **Administration des finances**2.2.1 *Allgemeines*2.2.1 *Généralités*

Die Finanzverwaltung konzentrierte ihre Aktivitäten auf folgende Schwerpunkte: Erstmals wurden die Richtlinien der Regierungspolitik sowie der Finanzplan der Legislatur in einem gemeinsamen Dokument vorgelegt. Der Legislaturfinanzplan wurde als aufgaben- und ressourcenbezogene Gesamtplanung konzipiert. Das staatliche Rechnungswesen musste nach Einführung des Neuen Rechnungsmodells im Jahr 1989 einer ersten Konsolidierung unterworfen werden. Der Aus- und Weiterbildung der staatlichen Rechnungsstellen schenken wir mit einem fachspezifischen Kursangebot unsere volle Aufmerksamkeit. Der Kanton Bern trat erstmals gesamtschweizerisch am Kapitalmarkt mit innovativen Emissionen auf, was von der Fachpresse positiv gewürdigt wurde. Es gelang, Optionsanleihen erfolgreich zu plazieren und weitere, moderne Geldmarkt-Instrumente (Swap) zu erproben.

L'Administration des finances s'est attachée à ce que le programme gouvernemental et le plan financier de législature soient pour la première fois présentés dans un document commun. Le plan financier de législature a été conçu comme une planification globale des tâches et des ressources. Après que le nouveau modèle de comptes eut été introduit en 1989, le secteur de la comptabilité cantonale dut être soumis à une première consolidation. Nous avons consacré toute notre attention à la formation et au perfectionnement des comptables du canton en leur offrant des cours spécialisés. Fait unique en Suisse, le canton de Berne s'est manifesté sur le marché des capitaux par des émissions d'emprunts innovatrices, ce qui a été accueilli positivement par la presse spécialisée. On parvint à placer avec succès des emprunts à option et à tester d'autres instruments modernes du marché de l'argent (swap).

2.2.2 *Finanzieller Überblick*2.2.2 *Aperçu financier*

Nach einem ausgeglichenen Rechnungsergebnis 1989 zeichnen sich düstere Wolken am Finanzhimmel ab. Das Rechnungsergebnis 1990 deckt die im Budget erwartete finanzielle Lücke zwischen Aufwand und Ertrag der Laufenden Rechnung auf. Der Grosse Rat hat in seiner November-Session im Hinblick auf die zunehmenden Budget- und Finanzplandefizite Kürzungen im Voranschlag 1991 angeordnet und den Regierungsrat mit den Vollzugsmassnahmen beauftragt.

Après un compte d'Etat 1989 en équilibre, de sombres nuages se profilent à l'horizon financier. Le résultat du compte d'Etat 1990 révèle l'insuffisance de financement attendue entre charges et revenus du compte de fonctionnement. Dans sa session de novembre, considérant les déficits en augmentation du plan financier et du budget, le Grand Conseil a ordonné des coupes dans le budget 1991 et chargé le Conseil-exécutif des mesures d'exécution.

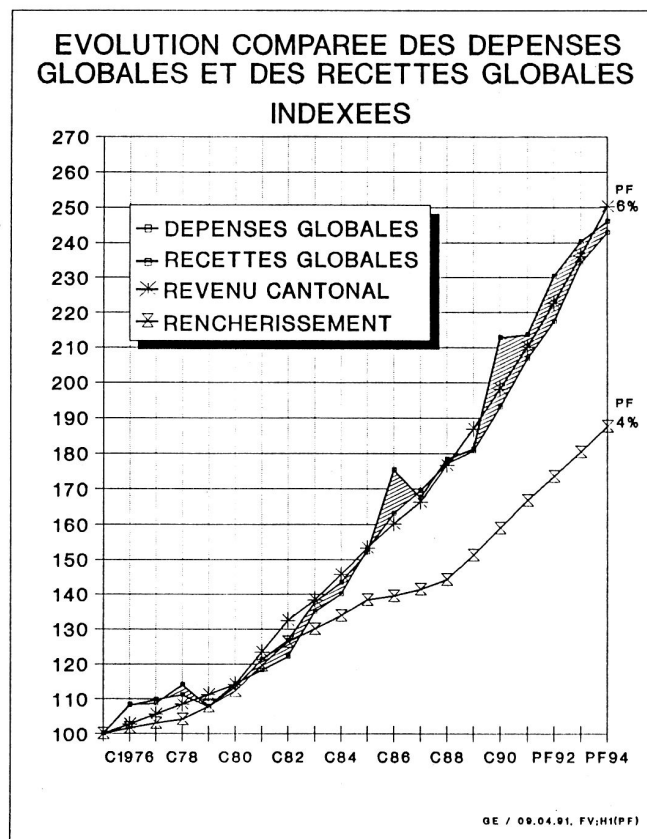
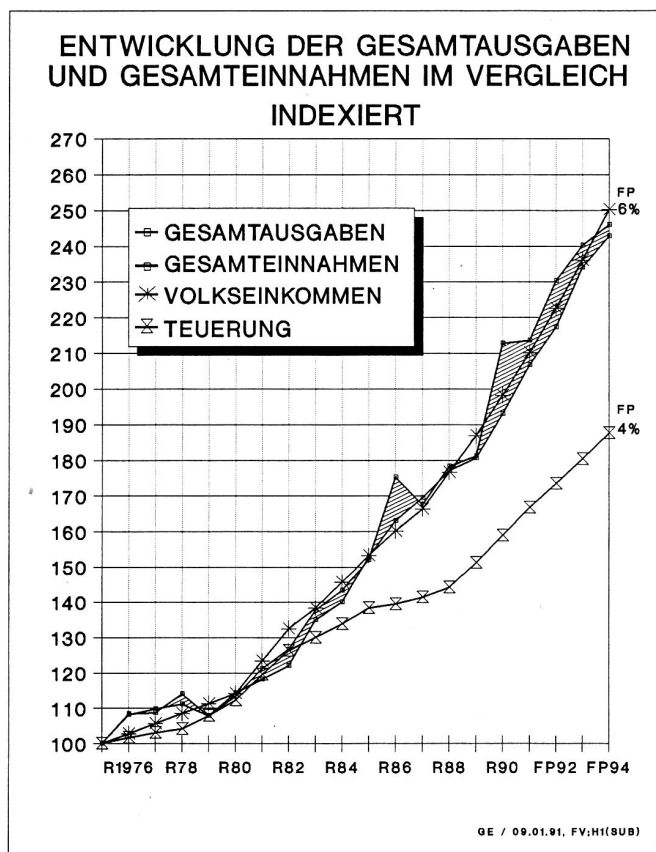
	Budget 1991	Rechnung 1990 <i>Compte 1990</i>	Rechnung 1989 <i>Compte 1989</i>	
<i>Laufende Rechnung</i>				<i>Compte de fonctionnement</i>
Total Aufwand	5 182 019 100	5 175 183 556	4 476 481 150	Total des charges
Total Ertrag	5 059 285 200	4 789 305 060	4 484 440 414	Total des revenus
Aufwandüberschuss	122 733 900	385 878 496		Excédent des charges
Ertragsüberschuss			7 959 264	Excédent des revenus
<i>Investitionsrechnung</i>				<i>Compte des investissements</i>
Total der Ausgaben	690 822 000	734 784 592	612 117 091	Total des dépenses
Total der Einnahmen	261 227 000	279 554 422	238 156 759	Total des recettes
Nettoinvestitionen	429 595 000	455 230 170	373 960 332	Investissement net
<i>Finanzierung</i>				<i>Financement</i>
Nettoinvestitionen	429 595 000	455 230 170	373 960 332	Investissement net
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	290 450 000	283 807 397	264 775 686	Amortissements dans le patrimoine financier
Aufwandüberschuss				Excédent des charges
Laufende Rechnung	122 733 900	385 878 496		Compte de fonctionnement
Ertragsüberschuss				Excédent des revenus
Laufende Rechnung			7 959 264	Compte de fonctionnement
Finanzierungsfehlbetrag	261 878 900	557 301 269	101 225 382	Insuffisance de financement

In einer internen Lageanalyse über die Haushaltsentwicklung haben sich die Trendmeldungen der Finanzverwaltung weitgehend bestätigt: Deutlich höheres Wachstum der Gesamtausgaben des Staates als der Gesamteinnahmen. Im Vergleich zu Teuerung und Volkseinkommen nahmen die Ausgaben real überproportional zu, während die Einnahmen erwartungsgemäss der wirtschaftlichen Entwicklung folgten. Unsere Führungsinstrumente (Richtlinien des Regierungsrates, Legislaturfinanzplan und Budget) bestätigen mit den zu ergreifenden Massnahmen diese Trendanalysen. Damit stehen einmal mehr Massnahmen zur Begrenzung der Gesamtausgaben im Vordergrund.

Une analyse de la situation interne portant sur l'évolution des finances a largement confirmé les prévisions de l'Administration des finances: la croissance des dépenses globales est nettement supérieure à celle des recettes globales. Comparées au renchérissement et au revenu cantonal, les dépenses ont augmenté dans des proportions excessives en chiffres réels alors que les recettes suivaient comme prévu l'évolution économique. Nos instruments de direction (programme gouvernemental, plan financier de législature et budget) confirment ces analyses prévisionnelles avec les mesures qui doivent être prises. Ainsi, l'accent est une fois de plus mis sur des mesures visant à limiter les dépenses globales.

Entwicklung der Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen im Vergleich indexiert

Evolution comparée des dépenses globales et des recettes globales indexées



2.2.3 Organisation und Personelles

2.2.3 Organisation et personnel

Der Auftrag an die Firma Karasek, Debrunner & Partner, Zürich, welcher im Rahmen von EFFISTA-D (dezentrale Verwaltung) im Vorjahr erteilt wurde, konnte in einem ersten Realisierungsschritt bei der Staatskasse Bern umgesetzt werden. Dabei ging es um die Straffung der organisatorischen Abläufe sowie um die Festlegung der Schnittstellen zu amts- und direktionsübergreifenden Bezugsaufgaben. Im Vordergrund stand die Gewinnung eines personellen Spielraumes für die umfangreichen Projektarbeiten im NESKO (Neues Steuerkonzept) bei gleichem Ist-Stellenetat. Die Reorganisation wurde in einer ersten Etappe mit einem neuen Organisationskonzept und überarbeiteten Pflichtenheften der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskasse Bern abgeschlossen. In einer zweiten Phase werden alle Staatskassen einer Ist-Analyse zwecks strukturellen Anpassungen unterzogen. Die Entscheidungsgrundlage, welche ebenfalls von der Firma Karasek, Debrunner & Partner erstellt wird, dient der Sicherstellung organisatorischer Massnahmen im Hinblick auf die Einführung von NESKO, insbesondere in bezug auf die Projekte Inkasso und Buchhaltung. Erste Ergebnisse werden im März 1991 vorliegen.

Die Personalfuktuation in der Finanzverwaltung konnte in engen Grenzen gehalten und der Ist-Stellenetat stabilisiert werden. Verstärkt wurde die Koordination der Staatskassen, und zwar wegen der zunehmend übergreifenden Projektarbeiten. Zum Koordinator wurde der Vorsteher der Staatskasse Thun, Roland Ufer, ernannt. Zu seinem Pflichtenheft gehören neu die fachliche Unterstützung und die Einführung der mit dem Projekt NESKO-A verbundenen Konzepte bei allen Staatskassen.

Le mandat donné l'année dernière à la maison Karasek, Debrunner & Partner de Zurich dans le cadre d'EFFISTA D (administration décentralisée) put être réalisé dans sa première étape concernant la Caisse de l'Etat de Berne. Il s'agissait de trouver une solution plus rigoureuse pour l'organisation fonctionnelle ainsi que de mettre en évidence les problèmes de chevauchement entre les tâches inter-offices et inter-Directions. L'acquisition d'une marge de manoeuvre en matière de personnel pour les importants travaux du projet NESKO (nouvelle conception fiscale) était prioritaire, et ce, avec le même état des effectifs. La réorganisation s'acheva dans un premier temps sur l'établissement d'un nouveau projet d'organisation et une révision des cahiers des charges des collaboratrices et des collaborateurs de la Caisse de l'Etat de Berne. Dans une deuxième phase, toutes les Caisses de l'Etat seront soumises à une analyse de la situation actuelle en vue de procéder à des adaptations structurelles. La base permettant de prendre des décisions, établie également par la firme Karasek, Debrunner & Partner de Zurich, sert à assurer la prise de mesures d'organisation en vue de l'introduction de NESKO et en particulier des projets Recouvrement et Comptabilité. Les premiers résultats seront connus en mars 1991.

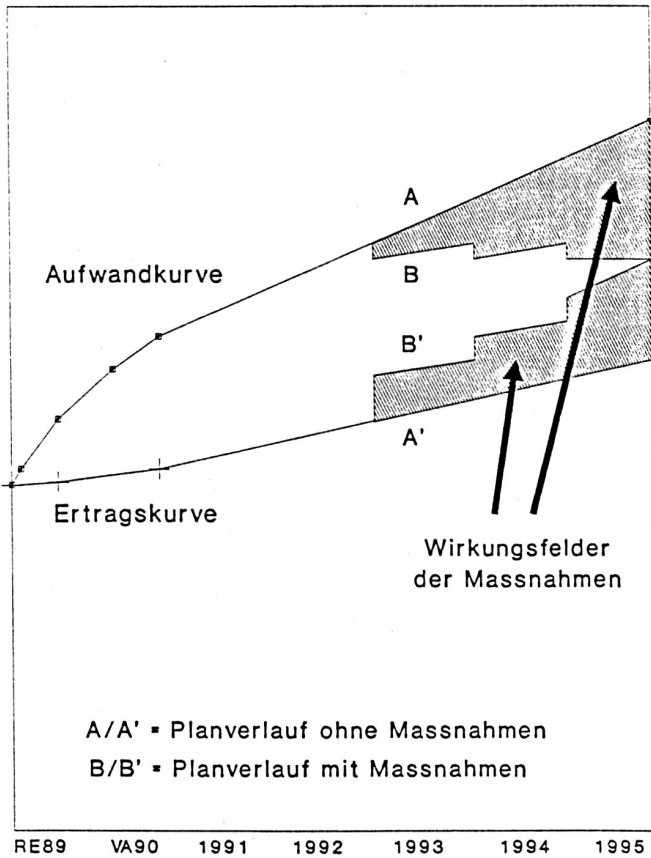
A l'Administration des finances, les fluctuations de personnel purent être contenues dans d'étroites limites et l'état des effectifs put être stabilisé. La coordination entre les Caisses de l'Etat put être renforcée, et ce, en raison des travaux de projet de plus en plus étendus. Le chef de la Caisse de l'Etat de Thoun, Roland Ufer, a été nommé coordinateur. Parmi ses attributions figurent désormais le soutien spécialisé et l'introduction auprès de toutes les Caisses de l'Etat des projets liés à NESKO-A.

2.2.4 Finanzplanung

Der Legislaturfinanzplan 1991–1994 verknüpft erstmals die Hauptressourcen Personal, Informatik und übrige Investitionen, Steuern sowie Eigen- und Fremdmittel vollumfänglich mit den Aufgabenbereichen und Einzelmassnahmen der Regierungsrichtlinien 1990–1994.

Die bereits in den vergangenen Jahren aufgetretenen strukturellen Probleme, welche sich insbesondere auf das über den Ertragssteigerungen liegende Aufwandwachstum auswirken, verschärfen sich bis 1992. Damit dieses Auseinanderklaffen von Aufwand und Ertrag gebrochen werden kann, beauftragte der Regierungsrat mit RRB 3248 vom 12. September die Direktionen, gemäss dem folgenden Prinzipschema konkrete Massnahmen zur Senkung der eigenen Beiträge und zur Erhöhung der übrigen Erträge zu ergreifen.

Prinzipschema der mittelfristigen Finanzhaushaltstrategie des Regierungsrates



Quelle: Legislaturfinanzplan 1991–1994 vom 14. November 1990, S. 20

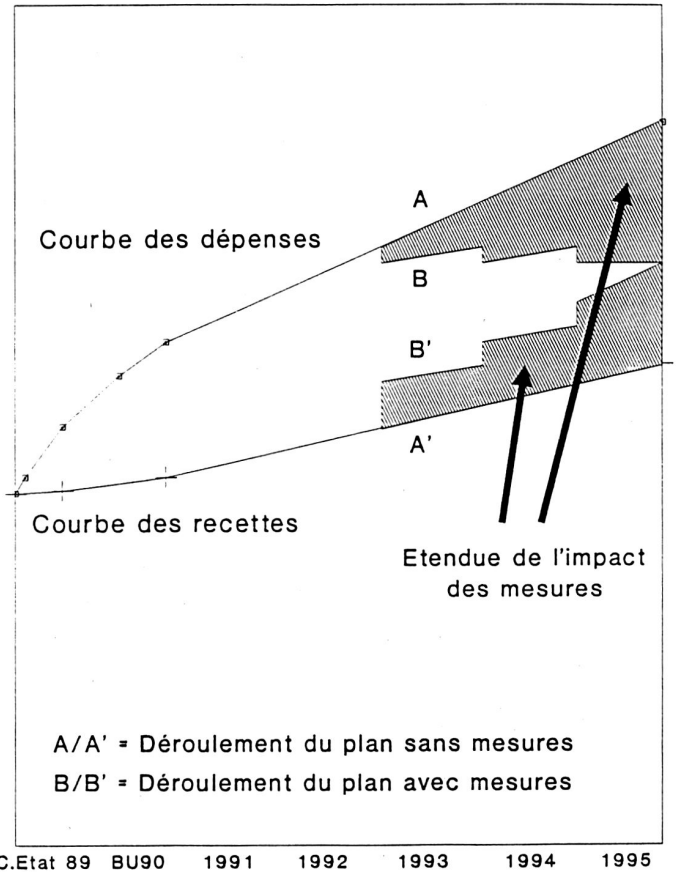
Der Legislaturfinanzplan 1991–1994 basiert auf den Planverlaufskurven mit Massnahmen in den schraffierten Wirkungsfeldern der Planjahre 1992–1994, die eigenen Beiträge um total 128 Mio. Franken zu reduzieren (Kurve B) und die übrigen Erträge um 121 Mio. Franken zu erhöhen (Kurve B'). Ebenfalls sind die gesamten Nettoinvestitionen des Staates durch den Regierungsrat (gemäss RRB 1459 vom 9. Mai und RRB 2166 vom 13. Juni) für 1991–1994 jährlich plafoniert worden. Die konsequente Umsetzung dieser Massnahmen genügt noch nicht zum Ausgleich der Laufenden Rechnung in dieser Legislatur.

2.2.4 Planification financière

Pour la première fois, le plan financier de la législature 1991–1994 relie les ressources principales que sont le personnel, l'informatique et les autres investissements, les impôts, les capitaux propres et les capitaux de tiers aux tâches et aux mesures contenues dans le programme gouvernemental de la législature 1990–1994.

Les problèmes structurels déjà rencontrés ces dernières années, qui se répercutent surtout sur la croissance des charges qui dépasse l'augmentation des revenus, devraient s'aggraver jusqu'en 1992. Afin que ce fossé entre les charges et les revenus puisse être comblé, le Conseil-exécutif a chargé les Directions par l'ACE 3248 du 12 septembre de prendre des mesures concrètes pour réduire les subventions accordées et augmenter les autres revenus, et ce, selon le schéma de principe ci-après.

Schéma de principe de la stratégie à long terme en matière de finances adoptée par le Conseil-exécutif.



Source: plan financier de la législature 1991–1994 du 14 novembre 1990, p. 20

Le plan financier de la législature 1991–1994 se base sur les courbes de déroulement du plan incluant les mesures prévues pour les années 1992–1994 et dont l'effet est symbolisé sur le schéma par des champs hachurés: les subventions accordées doivent être réduites de 128 millions de francs au total (courbe B) et les autres revenus augmentés de 121 millions de francs (courbe B'). Le total des investissements nets du canton a été également plafonné par le Conseil-exécutif pour chacune des années 1991 à 1994 (conformément à l'ACE 1459 du 9 mai et à l'ACE 2166 du 13 juin). La réalisation systématique de ces mesures ne suffit pas encore pour atteindre l'équilibre du compte de fonctionnement durant cette législature.

2.2.4.1 Finanzausgleich

Im Rahmen des direkten Finanzausgleichs wurden an 289 (Vorjahr 278) Gemeinden mit gesamthaft 266 829 (257 818) Einwohnern ordentliche Leistungen im Gesamtbetrag von 37 643 657 (37 579 551) Franken ausgerichtet. Bei 33 (29) Gemeinden mussten die Leistungen insgesamt um 356 649 (420 446) Franken gekürzt werden. 72 (67) Gemeinden mit hoher Steuerbelastung erhielten eine ausserordentliche Leistung im Gesamtbetrag von 7 854 127 (6 708 961) Franken. Beiträge in den Finanzausgleichsfonds erbrachten 46 (47) Gemeinden mit einer gesamten Einwohnerzahl von 426 908 (426 605). Die beitragspflichtigen Gemeinden leisteten zusammen 15 Mio. Franken. Einen gleich hohen Betrag wie die Gemeinden erbrachte auch der Staat. 77 (81) Gemeinden nahmen am Steuerkraftausgleich nicht teil. Ihr Steuerkraftindex lag im neutralen Bereich zwischen 80 und 100 Prozent. Aus dem Sonderfonds erhielten 55 (50) Gemeinden als strukturelle Härtefälle Sonderleistungen von insgesamt 3 000 000 Franken wie im Jahr zuvor. Die im Rahmen des indirekten Finanzausgleichs als Grundlage für die Ausrichtung von Staatsbeiträgen notwendigen Beitragsskalen wurden den Direktionen zugestellt. Daneben wurden spezielle Berechnungen für den Staat, die Spital-, Schul- und Gemeindeverbände usw. erstellt.

2.2.4.2 Finanzstatistik

Die für den Finanzausgleich benötigten Angaben über Steuerkraft, Steuerbelastung und finanzielle Tragfähigkeit der Gemeinden wurden für das Rechnungsjahr 1989 sowie die Gemeindesteueranlagen (inkl. Steueransätze der Kirchgemeinden) für 1990 berechnet. Daneben wurden Steuerkraft und Gesamtsteueranlagen pro 1989 auch für die Schulgemeinden und die amtlichen Werte 1989 für jede einzelne Gemeinde ermittelt. Für interne Zwecke wurden die Gemeindesteuererträge 1989 nach Steuerarten zusammengestellt. Folgende Publikationen wurden erarbeitet:

- Steuerkraft, Steuerbelastung und finanzielle Tragfähigkeit der Gemeinden 1989 sowie Durchschnitt 1987/88/89
- Steueranlagen der Gemeinden und Steuersätze der Kirchgemeinden für 1990
- Steuerkraft und Gesamtsteueranlagen der Schulgemeinden für 1989
- Statistik der amtlichen Werte 1989
- Gemeindesteuererträge 1989

2.2.4.3 Statistische Dienste

Die Abteilung Finanzplanung arbeitete bei den Erhebungen über die Bevölkerungsfortschreibung, die Wohn- und Bautätigkeit sowie den Leerwohnungsbestand für das Bundesamt für Statistik mit.

Erstmalig erarbeitete die Abteilung gemeinsam mit dem Amt für Information und der Berner Kantonalbank das Datenmaterial für die Herausgabe einer bedeutend umfangreicheren und völlig neu gestalteten Broschüre «Der Kanton Bern in Zahlen» für 1991.

2.2.5 Der Voranschlag 1991

Die mannigfaltigen Arbeiten im Zusammenhang mit dem Voranschlag 1991 wurden von Stab und Sekretariat der Finanzverwaltung unterstützt. Es sind insbesondere zu erwähnen die technischen und fachlichen Vorbereitungen zwecks Durchfüh-

2.2.4.1 Péréquation financière cantonale

Péréquation financière directe: des prestations ordinaires ont été accordées à 289 (278 l'année précédente) communes totalisant 266 829 (257 818) habitants. Total des prestations: 37 643 657 (37 579 551) francs. Dans 33 (29) cas, les prestations ont été réduites de 356 649 (420 446) francs au total. 72 (67) communes ayant une charge fiscale élevée ont reçu une prestation extraordinaire pour un total de 7 854 127 (6 708 961) francs. Des contributions ont été versées au Fonds de péréquation financière par 46 (47) communes totalisant 426 908 (426 605) habitants. Les contributions communales totalisent 15 millions de francs, de même que la contribution de l'Etat. 77 (81) communes, dont l'indice de capacité contributive se situait entre 80 et 100 pour cent, n'ont ni obtenu de prestation, ni versé de contribution au Fonds. 55 (50) communes ont obtenu des prestations du Fonds spécial pour un montant total de 3 000 000 francs (comme l'an dernier) à la suite d'un cas de rigueur structurelle. Péréquation financière indirecte: les barèmes qui servent de base au versement des contributions de l'Etat ont été adressés aux Directions. Parallèlement, on a effectué des calculs spéciaux pour l'Etat, les syndicats hospitaliers, les communes scolaires, les syndicats de communes, etc.

2.2.4.2 Statistiques financières

Les données nécessaires à la péréquation financière sur la capacité contributive, la charge fiscale et la capacité financière des communes ont été calculées pour l'exercice 1989 ainsi que les quotités communales de l'impôt (y compris taux d'imposition des paroisses) pour 1990. On a également établi la capacité contributive et la quotité générale d'impôt pour 1989 pour les communes scolaires et les valeurs officielles 1989 par commune. On a récapitulé, à des fins internes, les rendements des impôts municipaux pour 1989 par type d'impôt. Les documents suivants ont été élaborés:

- capacité contributive, charge fiscale et capacité financière des communes pour 1989 et moyenne des années 1987/88/89;
- quotités de l'impôt des communes et taux d'imposition des paroisses pour 1990;
- capacité contributive et quotités générales d'impôt des communes scolaires pour 1989;
- statistiques des valeurs officielles pour 1989;
- rendements des impôts municipaux pour 1989.

2.2.4.3 Services statistiques

La section Planification financière a collaboré avec l'Office fédéral de la statistique aux relevés permettant de dresser la statistique de l'état annuel de la population, la statistique de la construction de logements et la statistique des logements vacants.

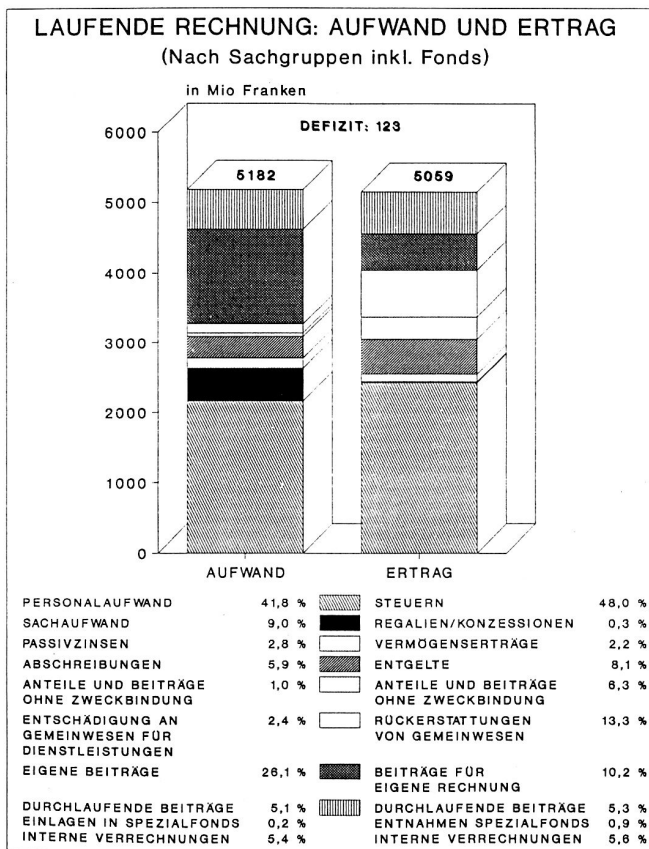
La section a, pour la première fois, collaboré avec l'Office d'information et la Banque cantonale bernoise pour traiter les données nécessaires à la publication en 1991 de la brochure «Le canton de Berne en chiffres» dans une version remaniée et plus étoffée.

2.2.5 Le budget 1991

Les multiples travaux liés au budget 1991 furent appuyés par l'état-major et le secrétariat de l'Administration des finances. Parmi ces travaux, il convient de mentionner les préparatifs techniques et spécialisés en vue des saisies, les analyses sub-

rung der Erfassungen, die anschliessenden Analysen und die Bereitstellung der notwendigen Entscheidungsgrundlagen sowie die mehrmaligen Berichterstattungen an die Finanzdirektion, den Regierungsrat und die Finanzkommission. Mit dem Entscheid des Grossen Rates in der November-Session, einzelne Sachgruppen im Budget linear zu kürzen, musste kurzfristig ein zusätzliches Verfahren auf zwei Gleisen eingeleitet werden: An die Finanzverwaltung erging der Auftrag, die zweite Auflage (EDV und Druckerzeugnis) völlig zu überarbeiten, während die Direktionen beauftragt wurden, in materieller Hinsicht konkrete Massnahmen im Vollzug des Budgets 1991 umzusetzen. Nach erfolgter Korrektur präsentiert sich der Voranschlag wie folgt:

Laufende Rechnung: Aufwand und Ertrag
(nach Sachgruppen inkl. Fonds)



2.2.6 Staatsbuchhaltung

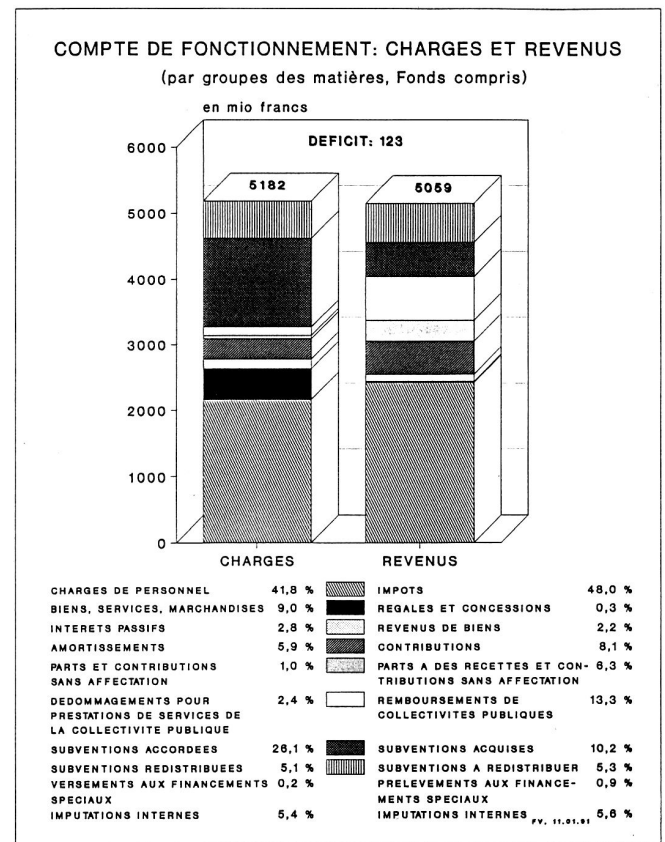
Einen Überblick über das Rechnungsergebnis 1990 vermittelt die Tabelle unter Ziffer 2.2.2.

2.2.6.1 Die Unterabteilung Buchhaltung

Die Buchhaltungsabteilung war in der ersten Jahreshälfte stark beschäftigt mit der erstmaligen Erstellung des Jahresabschlusses nach Neuem Rechnungsmodell (NRM). Nur dank dem grossen Einsatz der ganzen Abteilung Staatsbuchhaltung war es möglich, die sehr knappen Termine für die Ausarbeitung der verschiedenen Analysen und Unterlagen weitgehend einzuhalten. Es mussten für diesen Abschluss wesentliche Teile der Staatsrechnung neu gestaltet werden. So wurde unter anderem der Vortrag zur Staatsrechnung erheblich erweitert, was

séquentes, la mise à disposition de bases nécessaires à la prise de décisions ainsi que l'établissement de plusieurs rapports soumis à la Direction des finances, au Conseil-exécutif et à la Commission des finances. Le Grand Conseil ayant décidé, lors de la session de novembre, de réduire linéairement certains groupes de matières dans le budget, une procédure supplémentaire dut être à court terme mise en place à deux niveaux: l'Administration des finances reçut le mandat de revoir totalement la deuxième édition (informatique et impression) tandis que les Directions recevaient le mandat de prendre des mesures concrètes d'exécution du budget 1991. Après que des corrections ont été effectuées, le budget se présente comme suit:

Compte de fonctionnement: charges et revenus



2.2.6 Trésorerie de l'Etat

Le tableau sous chiffre 2.2.2 donne un aperçu du résultat du compte d'Etat pour 1990.

2.2.6.1 La sous-section comptabilité

La sous-section comptabilité a été accaparée durant le premier semestre de l'année par l'établissement du premier bilan de fin d'année effectué selon le nouveau modèle de comptes (NMC). Ce n'est que grâce à l'engagement de toute la section Trésorerie de l'Etat qu'il fut possible d'observer dans une large mesure les délais très brefs impartis pour l'élaboration d'analyses et de documents divers. Des parties essentielles du compte d'Etat furent réorganisées pour cette clôture. Le rapport concernant le compte d'Etat comporte beaucoup plus de détails, ce

auch den Aussenstehenden eine bessere Beurteilung der finanziellen Situation ermöglicht.

Als besonders aufwendig erwies sich der Abschluss der Investitionsrechnung mit der Aktivierung der dort ausgewiesenen Ausgaben und Einnahmen. Die nun vorliegende EDV-Lösung wird es aber erlauben, auch diese Arbeiten inskünftig rechtzeitig abschliessen zu können.

Mit diesem ersten Abschluss kann das Grossprojekt «Einführung des NRM» endgültig als abgeschlossen betrachtet werden. Es versteht sich, dass im technischen Teil noch einige Verbesserungen zu realisieren sind. Insgesamt darf jedoch festgestellt werden, dass die bisherigen Erfahrungen mit dem NRM überwiegend positiv sind. Es erlaubt die Bereitstellung von aussagekräftigen Führungsinformationen. Die im Modell definierten einheitlichen Kennzahlen werden zudem längerfristig wesentliche Erkenntnisse liefern.

Wie in den Vorjahren wurde ein nicht unbeträchtlicher Teil der Zeit in die Bearbeitung der wertvollen Revisionsbemerkungen aus dem Bericht der Finanzkontrolle zur Staatsrechnung investiert.

2.2.6.2 Die Unterabteilung Benutzerdienste

Der weitere Ausbau der EDV erforderte den weitaus grössten Teil der personellen Kapazitäten des Benutzerdienstes. Neben einer Reihe von Ergänzungen im Teilprojekt VOLLZUG 1 (Führung von Verwaltungsrechnung und Bilanz) standen die weiteren Einführungen im Bereich des Teilprojektes VOLLZUG 2 (Fakturierung und Debitorenbewirtschaftung) im Vordergrund. Weitere rund 40 Dienststellen konnten ihre Fakturierung umstellen, was erfahrungsgemäss mittelfristig wesentliche Einsparungen bringen wird. Die geplante Forcierung des Teilprojektes «Automatische Verpflichtungskreditkontrolle» konnte aus Kapazitätsgründen nicht im gewünschten Ausmass realisiert werden. Je nach Terminplan für die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur für die neue Aufbauorganisation der gesamten Staatsverwaltung soll dieses Teilprojekt im Jahre 1991 vorangetrieben werden.

Für uns nicht voraussehbar war die Erstausbildung des Personals in den Bezirksverwaltungen für die Einführung des Neuen Rechnungsmodells im Rahmen des Projektes KOFINA-J. So wurden kurzfristig rund 325 Personen in Grundkursen für diese Arbeiten geschult. Ab 1991 ist mit der Einführung von KOFINA für diese Stellen eine sukzessive Dezentralisierung des Rechnungswesens in der Justizdirektion geplant, was auch in den nächsten Jahren erhebliche Aufwendungen in bezug auf Schulung und Beratung mit sich bringen wird. Es wurden insgesamt 65 (Vorjahr 27) Kurse mit 1670 (352) Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt.

2.2.7 Zahlungsverkehr und Liquidität

Die Abteilung Zahlungsverkehr befasste sich mit der Bearbeitung der Zahlungsanweisungen im Verkehr mit dem zentralen Postcheck und den Banken. Die mengenmässige Produktion umfasste insgesamt 141858 Einzelanweisungen. Dank dem VOLLZUG 2 (automatische Fakturierung) war eine mengenmässige Entlastung zu spüren. Die permanente Überlastung dieser Abteilung konnte dadurch teilweise abgebaut werden. Die Umsätze auf dem Postcheck betragen 2,2 (Vorjahr 1,8) Mrd. Franken und bei den Banken 9,1 (6,5) Mrd. Franken. Durch gezielte und günstige Geldbeschaffungen am Markt gelang es, die geldmässigen Mittel des Staates monatlich und täglich zur Bedarfsdeckung bereitzustellen; mit der überschüssigen Liquidität wurden gezielte Geldmarktanlagen (Termingelder) durchgeführt.

qui permet ainsi aux non-initiés de mieux apprécier la situation financière.

La clôture du compte des investissements occasionna beaucoup de travail avec la comptabilisation des recettes et des dépenses qui y étaient enregistrées. La solution informatique offerte à l'heure actuelle permettra également à l'avenir de clôturer ces travaux dans les délais.

Par cette première clôture, le vaste projet «Introduction du NMC» peut être considéré comme définitivement achevé. Quelques améliorations doivent bien évidemment être encore réalisées en ce qui concerne la partie technique mais dans l'ensemble, il faut constater que l'expérience menée jusqu'ici avec le NMC est largement positive. On peut ainsi en attendre des informations de direction de première importance. Les indicateurs définis de façon uniforme dans le NMC fourniront en outre de précieuses indications à plus long terme.

Comme les années précédentes, un temps non négligeable fut consacré au traitement des remarques concernant des révisions à apporter au compte d'Etat, remarques tirées du rapport du Contrôle des finances.

2.2.6.2 La sous-section service de conseil aux utilisateurs

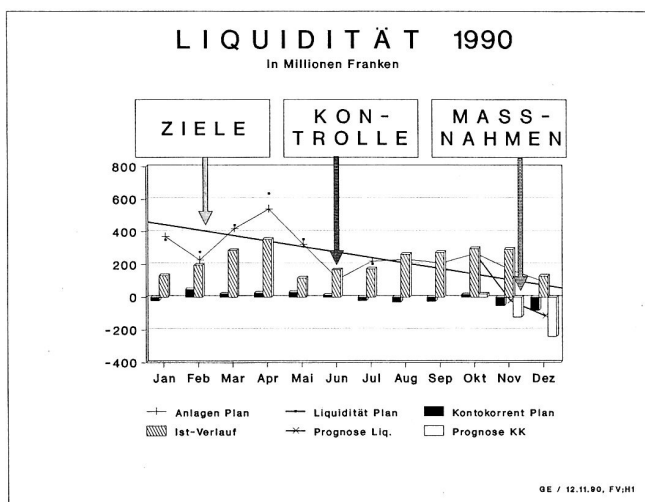
La poursuite de l'informatisation a mobilisé la majeure partie des capacités du personnel du service de conseil aux utilisateurs. Outre une série de compléments apportés au projet partiel EXECUTION 1 (gestion du compte administratif et du bilan), les autres innovations dans le domaine du projet partiel EXECUTION 2 (facturation et gestion des débiteurs) se trouvaient au premier plan. Environ 40 autres services purent modifier leur facturation et l'expérience a montré que cela permet des économies substantielles à moyen terme. Le renforcement du projet partiel «contrôle automatique des crédits d'engagement» ne put être réalisé comme souhaité par manque d'effectifs. Ce projet partiel doit être poursuivi en 1991 en fonction du calendrier prévu pour la préparation de l'infrastructure nécessaire à la nouvelle organisation structurelle de l'ensemble de l'Administration de l'Etat.

Il nous était impossible de prévoir la formation du personnel des administrations de district préliminaire à l'introduction du nouveau modèle de comptes dans le cadre du projet KOFINA-J. Près de 325 personnes furent inscrites à court terme dans des cours d'initiation afin de se familiariser avec ces travaux. A partir de 1991, une décentralisation progressive de la comptabilité est prévue à la Direction de la justice avec l'introduction de KOFINA pour ces places, ce qui générera également dans les prochaines années d'énormes dépenses en matière de formation et de conseils. 65 (année précédente 27) cours au total furent suivis par 1670 (352) participants.

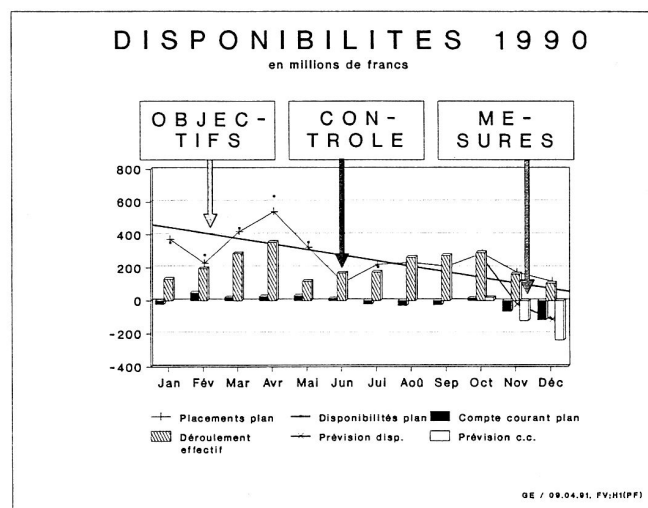
2.2.7 Service des paiements et disponibilités

La section du service des paiements s'est consacrée au traitement des mandats de paiement, en relation avec les chèques postaux et les banques. Un total de 141858 mandats ont été établis. Grâce au projet partiel EXECUTION 2 (facturation automatique), on put noter une réduction sensible de la quantité de mandats établis manuellement. Ceci a permis d'alléger en partie le travail de cette section surchargée en permanence. Les mouvements enregistrés sur les CCP se montent à 2,2 milliards de francs (année précédente 1,8) et les mouvements bancaires à 9,1 (6,5) milliards de francs. Il a été possible, grâce à des opérations avantageuses sur le marché financier, de couvrir tant quotidiennement que mensuellement les besoins financiers de l'Etat; les liquidités excédentaires ont permis d'effectuer des investissements ciblés sur le marché monétaire (dépôts à terme).

Liquidität 1990 in Mio. Franken



Disponibilités 1990



2.2.8 Geldanlagen

Dank konsequenter Nutzung der Mittel und Anlagen am Geldmarkt sowie hoher kurzfristiger Zinssätze wurden das ganze Jahr hindurch (7 bis 9½%) gute Erträge erzielt, so etwa aus Festgeldanlagen 21,9 (Vorjahr 12,7) Mio. Franken (ohne Dotationskapitalverzinsung der Staatsbanken). Die neue Anlagepolitik soll schrittweise umgesetzt werden. Ab 1991 werden, wie bei den Versicherungskassen, Verwaltungsmandate an Banken vergeben mit dem Ziel, die Rendite der Fondsgelder auf marktkonforme Sätze anzuheben.

2.2.8 Placements de capitaux

Grâce à une utilisation conséquente des ressources et des placements sur le marché monétaire et à des taux d'intérêt à court terme élevés (7 à 9½%), de bons résultats furent obtenus durant toute l'année: 21,9 millions de francs (année précédente 12,7) sur les placements à terme – rémunération du capital de dotation des banques d'Etat non comprise. La nouvelle politique de placement doit être réalisée progressivement. Comme pour les caisses d'assurance, les mandats administratifs seront donnés aux banques à partir de 1991, et ce, dans le but d'augmenter le rendement des fonds jusqu'à un taux conforme au marché.

2.2.9 Anleihen und Darlehen

2.2.9.1 Bewegungen 1990

Auf dem Anleihe Wege sowie durch Privatplazierungen und Darlehen wurden netto 501,14 (Vorjahr 285) Mio. Franken Neugeld aufgenommen.

2.2.9 Emprunts et prêts

2.2.9.1 Mouvements enregistrés en 1990

Les emprunts, les placements dans l'économie privée et les prêts ont rapporté 501,14 millions de francs net (année précédente 285).

Geldaufnahmen:

5 Mio. Franken Darlehen (AHV)	6%	8 Jahre
100 Mio. Franken Anleihe	6%	12 Jahre
200 Mio. Franken Anleihe	6¼%	12 Jahre
51 Mio. Franken Optionsanleihe	5¼%	10 Jahre
150 Mio. Franken Anleihe (Swap)	7%	10 Jahre
124,64 Mio. Franken Optionsanleihe	5½%	10 Jahre

Appels de fonds:

Prêt (AVS):	5 millions de francs	6%	8 ans
Emprunt:	100 millions de francs	6%	12 ans
Emprunt:	200 millions de francs	6¼%	12 ans
Emprunt portant droit d'option:	51 millions de francs	5¼%	10 ans
Emprunt (Swap):	150 millions de francs	7%	10 ans
Emprunt portant droit d'option:	124,64 millions de francs	5½%	10 ans

Rückzahlungen:

4,5 Mio. Franken Darlehen (AHV)	4%	1975
50 Mio. Franken Kassenscheine	4¼%	1983
35 Mio. Franken Anleihe	2¾%	1979
40 Mio. Franken Anleihe	3%	1978

Remboursements:

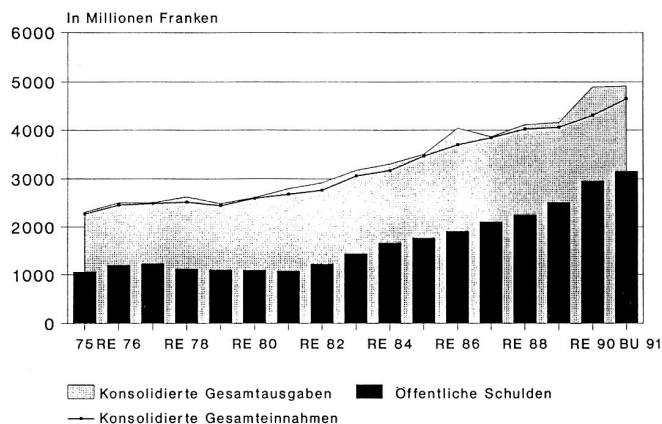
Prêt (AVS):	4,5 millions de francs	4%	1975
Bons de caisse:	50 millions de francs	4¼%	1983
Emprunt:	35 millions de francs	2¾%	1979
Emprunt:	40 millions de francs	3%	1978

Die aus früheren Volksbeschlüssen – letztmalig mit Volksbeschluss von 1989 im Betrag von 500 Mio. Franken – verbleibende Verschuldungsmächtigung betrug Ende 1990 noch rund 125 Mio. Franken.

Les habilitations à conclure des emprunts en vertu d'arrêtés populaires pris antérieurement, et du dernier arrêté populaire de 1989 d'un montant de 500 millions de francs, totalisaient encore quelque 125 millions de francs fin 1990.

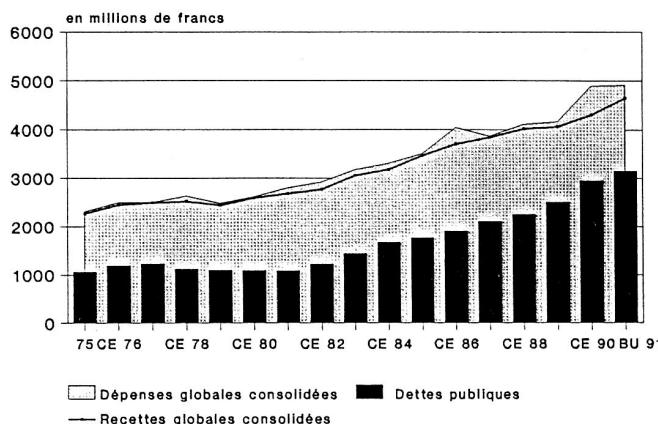
Für die Verzinsung der Anleihen wurden 129,3 (103,5) Mio. Franken oder 2,5 (2,3) Prozent der Gesamtausgaben aufgewendet.

Schuldenentwicklung des Kantons Bern 1975 bis 1991



2,5 pour cent (2,3) des dépenses totales, soit un montant de 129,3 (103,5) millions de francs, ont été utilisés pour couvrir les intérêts sur les emprunts.

Evolution des dettes du canton de Berne 1975-1991



2.2.9.2 Wo liegen die Vorteile einer Optionsanleihe?

Optionsanleihen öffentlichrechtlicher Schuldner bringen gegenüber einer gewöhnlichen Anleihe Kostenvorteile für den Emittenten. Sie fallen durch die tieferen Coupons (fester Zins für die gewählte Laufzeit) auf. Bei der Auflage der beiden Optionsanleihen des Kantons Bern im Sommer 1990 kursierten 7 Prozent bis 7¼ Prozent Zinsen für Anleihen. Der vorteilhafte Zinssatz von 5¼ Prozent (Optionsanleihe mit Optionen auf Chemieaktien) wurde möglich, weil jede Obligation mit einem Optionsschein versehen ist. Diese können vom Investor in Aktien umgetauscht werden. Der Preis ist für eine limitierte Zeit gültig. Die etwas höheren Emissionskosten werden aber durch den tieferen Coupon bei weitem kompensiert. Die Gesamtkosten fallen um bis zu 25 Basispunkte tiefer aus als bei einer normalen Anleihe. Die Optionsanleihen bleiben aber Nischenprodukte. Sie ersetzen nicht in allen Marktsituationen die gewöhnlichen Anleihen.

2.2.9.2 Quels sont les avantages d'un emprunt portant droit d'option?

Par rapport à un prêt classique, les emprunts portant droit d'option de débiteurs de droit public présentent pour les établissements émetteurs des avantages au niveau des coûts occasionnés. Ils se singularisent par des coupons d'intérêt plus bas (intérêt fixe pour la durée choisie). En été 1990, lors de l'émission des deux emprunts du canton de Berne portant droit d'option, les taux d'intérêts sur les emprunts étaient de 7 à 7¼%. Le taux d'intérêt avantageux de 5¼% (emprunt à option associé à une option sur des actions de l'industrie chimique) fut possible car chaque obligation est nantie d'un bon d'option. Ceux-ci peuvent être convertis en actions par l'investisseur. Le prix a cours pour une durée limitée. Les frais d'émission quelque peu élevés sont toutefois largement compensés du fait que le coupon d'intérêt est bas. Les frais totaux sont jusqu'à 25 pour cent inférieurs à ceux d'un prêt classique. Les emprunts portant droit d'option n'en demeurent pas moins des emprunts marginaux. Ils ne sauraient remplacer les emprunts classiques dans toutes les situations de marché.

2.2.10 Staatskassen

2.2.10 Caisses de l'Etat

2.2.10.1 Inkassohandlungen

2.2.10.1 Opérations de recouvrement

1990 wurden bei einem Bestand von 61 (Vorjahr 59) Personen 184 643 (165 368) Inkassohandlungen vollzogen.

En 1990, 184 643 (année précédente 165 368) opérations de recouvrement ont été réalisées avec un effectif de 61 (59) personnes.

Inkassohandlungen (Anzahl nach Staatskassen)

Opérations de recouvrement (nombre par Caisse de l'Etat)

	Bern	Biel	Burgdorf	Thun	Courtellary
Mahnungen Steuerwesen	24 281	10 916	16 769	14 100	5 565
Betreibungen	14 916	7 011	4 245	4 199	2 969
Pfändungen	9 507	2 804	2 081	2 349	2 130
Stundungen	19 724	8 884	11 878	12 000	1 900
Erlassgesuche	2 156	897	564	1 120	1 678
	70 584	30 512	35 537	33 768	14 242

	Berne	Bienne	Berthoud	Thoune	Courtellary
Interpellations (impôts)	24 281	10 916	16 769	14 100	5 565
Poursuites	14 916	7 011	4 245	4 199	2 969
Saisies	9 507	2 804	2 081	2 349	2 130
Sursis	19 724	8 884	11 878	12 000	1 900
Demandes en remise	2 156	897	564	1 120	1 678
	70 584	30 512	35 537	33 768	14 242

Der Erlös aus einkassierten Verlustscheinen bezifferte sich auf 1124 950.50 (973 475.90) Franken.

Les recettes provenant de l'encaissement des actes de défaut de biens ont atteint 1124 950 francs 50 (973 475 fr. 90).

2.2.10.2 Koordinationsstelle:

Das Jahr 1990 war wiederum geprägt durch intensive Benutzerarbeit im laufenden Grossprojekt NESKO-A1. Die Staatskasse Thun stellt mit ihrem Adjunkten den Benutzerprojektleiter in den wichtigen Teilprojekten Inkasso und Buchhaltung. Die Vertreter der Inkassostellen haben insgesamt eine Leistung von über 700 Arbeitstagen zugunsten von NESKO-A1 erbracht. Die Koordinationsstelle beschäftigte sich nebst der Mitarbeit im NESKO-A1 auch mit der Staatskassenentflechtung gegenüber der Gerichtsverwaltung. Im Hinblick auf die künftige Aufgabenerfüllung sind die Anforderungen an einen EDV-gestützten, universellen Arbeitsplatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskassen definiert worden. Die Personalschulung in bezug auf die neuen EDV-Anwendungen ist in enger Zusammenarbeit zwischen Steuerverwaltung und Projektleitungen vorgenommen worden; sie wird weitergeführt.

2.3 **Steuerverwaltung**2.3.1 *Allgemeines*

Obwohl die grösste Arbeitsbelastung der Steuerverwaltung gewöhnlich im ungeraden Jahr anfällt (Veranlagungsjahr der Steuerperiode), zeichnete sich das Berichtsjahr durch einen aussergewöhnlichen Arbeitsdruck aus. In der letzten Session der auslaufenden Legislaturperiode verabschiedete der Grosse Rat die Steuergesetzrevision, die per 1. Januar 1991 in Kraft trat. Dass die unter grossem Zeitdruck vorbereitete Revision, mit drei verschiedenen Familienbesteuerungsmodellen, fundiert und ausgewogen war, wurde der Vorlage auch von Gegnern einzelner Elemente attestiert. Die bei der Gesetzesredaktion nicht vorhersehbare Teuerung führt trotz der durchschnittlich 20prozentigen Steuererleichterung zwischen 1987 und 1993 erneut zu einer kalten Progression, die voraussichtlich 1995 ausgeglichen werden muss. Auf diesen Zeitpunkt muss auch mit einer weiteren Revision des Steuergesetzes gerechnet werden, um die Einführung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer sicherzustellen und kantonale Vorschriften dem neuen Gesetz anzupassen.

Die Verabschiedung der Steuergesetzrevision durch den Grosse Rat löste in vielen Bereichen Anpassungsarbeiten aus. Zuerst wurde unter gleichzeitiger Anpassung an das neue Verwaltungsrechtspflegegesetz und das Steuergesetz das Gemeindesteuerteilungsdekret revidiert (September-Session). Das Anpassungsdekret Steuerrecht, mit dem die Verfahrensvorschriften des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes sowie von fünf weiteren Dekreten zum Steuergesetz dem Verwaltungsrechtspflegegesetz angepasst werden, wurde im Januar 1991 verabschiedet und rückwirkend auf den 1. Januar 1991 in Kraft gesetzt. Aufgrund der Steuergesetzrevision wurden unverzüglich die Arbeiten zur Anpassung einer Anzahl von Verordnungen aufgenommen und zwei neue Verordnungen vom 10. Oktober 1990 erlassen: Verordnung über die Nachbesteuerung von ertragsbesteuertem Bauland (NBV), Verordnung über die Steuerermässigung bei Grundstückverkauf an Mieter oder Pächter (VMP). Parallel dazu wurden unter grossem Aufwand und unter Beteiligung aller betroffenen Abteilungen und Kreisverwaltungen die zahlreichen mit dem Steuerwesen verbundenen Formulare überarbeitet bzw. neu gestaltet. Nach Möglichkeit wurden dabei bewährte Lösungen beibehalten; erwähnenswert ist die Einführung von Endlosformularen für die Steuererklärungen juristischer Personen. Die Steuerformulare sind jeweils ein Spiegelbild des geltenden Steuerrechts. Obschon sich die Steuerverwaltung bemüht hat,

2.2.10.2 Service de coordination

L'année 1990 a été à nouveau marquée par un travail intense de conseils aux utilisateurs dans le grand projet en cours NESKO-A1. L'adjoint de la Caisse de l'Etat de Thoun est directeur du projet de conseils aux utilisateurs dans les importants projets partiels Recouvrement et Comptabilité. Les représentants des services de recouvrement ont au total passé plus de 700 jours à travailler au projet NESKO-A1. Outre la collaboration à NESKO-A1, le service de coordination s'est également chargé de la déconcentration des Caisses de l'Etat par rapport à l'Administration judiciaire. En vue de remplir les tâches futures, on a défini les exigences concernant l'équipement en matériel informatique des postes de travail des collaboratrices et des collaborateurs des Caisses de l'Etat. Suite aux nouvelles applications informatiques, il a été procédé à la formation du personnel, l'Intendance des impôts et les directions de projet coopérant étroitement. Cette formation sera poursuivie.

2.3 **Intendance des impôts**2.3.1 *Généralités*

Bien que pour l'Intendance des impôts l'année impaire (année de taxation de la période fiscale) représente d'habitude l'année la plus chargée en travail, l'année sous rapport s'est signalée par une surcharge inhabituelle. Lors de la dernière session de la législature précédente, le Grand Conseil a adopté la révision de la loi sur les impôts, qui est entrée en vigueur au 1^{er} janvier 1991. Même les opposants à certains points ont reconnu que la révision préparée dans un laps de temps fort court, avec trois modèles différents d'imposition de la famille, était fondée et équilibrée. Malgré un allègement fiscal moyen de 20 pour cent entre 1987 et 1993, le renchérissement, impossible à prévoir lors de la rédaction de la loi, entraîne une nouvelle progression à froid qui devra être compensée en 1995 sur la base du revenu probable. A ce stade, il faut également compter avec une autre révision de la loi sur les impôts, afin de garantir la mise en application de la loi fédérale sur l'impôt fédéral direct et d'adapter les dispositions cantonales à la nouvelle loi.

L'adoption de la révision de la loi sur les impôts par le Grand Conseil a occasionné des travaux d'adaptation dans beaucoup de domaines. En premier lieu, le décret sur le partage de l'impôt entre les communes a été révisé (session de septembre) dans le cadre de l'adaptation simultanée à la nouvelle loi sur la procédure et la juridiction administratives et à la loi sur les impôts. Le décret d'adaptation du droit fiscal, conjointement auquel les dispositions de procédure de la loi sur la taxe des successions et donations et de cinq autres décrets relatifs à la loi sur les impôts sont adaptées à la loi sur la procédure et la juridiction administratives, a été adopté en janvier 1991 et doit entrer en vigueur avec effet rétroactif le 1^{er} janvier 1991. Des travaux d'adaptation d'un certain nombre d'ordonnances ont été immédiatement entrepris sur la base de la révision de la loi sur les impôts et deux nouvelles ordonnances arrêtées le 10 octobre 1990: l'ordonnance concernant l'imposition supplémentaire des terrains à bâtir imposés d'après la valeur de rendement (OIS) et l'ordonnance sur la réduction d'impôt en cas d'aliénation d'immeubles aux locataires ou aux fermiers (ORLF). Parallèlement, les nombreuses formules en rapport avec la fiscalité ont été soit remaniées, soit refaites grâce au renfort et à la collaboration de toutes les sections et administrations fiscales des arrondissements concernées. Dans la mesure du possible, des solutions confirmées dans ce domaine ont été retenues; il vaut la peine de mentionner l'introduction de formules imprimées en continu (pour l'ordinateur)

die Formulare so einfach und bürgerfreundlich wie möglich zu gestalten, wurden die neuen Formulare infolge der Einführung zusätzlicher Abzüge wiederum komplizierter. Die EDV-Verarbeitung setzt der Gestaltungsfreiheit der Formulare zudem Grenzen.

Im Bereich EDV wurde das Veranlagungssystem NESKO-B, das in der Periode 1989/90 erstmals eingesetzt wurde, aufgrund von über 100 Verbesserungsvorschlägen und zusätzlich zur Anpassung an die geänderten gesetzlichen Grundlagen angepasst. Das EDV-System, seine Betreuer und nicht zuletzt auch die Systembenutzer haben ihre Bewährungsprobe bestanden. Im Berichtsjahr wurden im weiteren die Arbeiten im Rahmen von NESKO-A an die Hand genommen. Dazu gehören insbesondere die Projekte «Buchhaltung, Zentrales Personenregister, Vermögensgewinnsteuer und Steuern juristischer Personen».

Gesetze und Maschinen sind wichtige Hilfsmittel, die wichtigste Ressource sind jedoch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Um das Verständnis von Zusammenhängen, die fachliche Ausbildung und damit auch die Motivation zu steigern, begann 1990 die interne Schulung neuer Mitarbeiter(innen). Die versuchsweise durchgeführten ersten Kurse stießen auf grosses Interesse und ein positives Echo, so dass das Kurswesen aufgrund der gemachten Lehren und Anregungen überarbeitet und in Zukunft noch intensiviert werden soll. Auch der Kaderweiterbildung wurde vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt und ein Ausbildungskonzept für zukünftige Steuerexperten erstellt.

Aufgrund eines parlamentarischen Auftrages (Postulat der Besonderen Untersuchungskommission vom 25. Juni 1987) hat die Steuerverwaltung in der Zwischenzeit die Kontrollmassnahmen in zwei Richtungen verstärkt. Einerseits durch organisatorische Vorkehren, indem das interne Kontrollsystem verbessert und ausgebaut worden ist, und andererseits mit Kontrollen durch das Inspektorat Industrie, Gewerbe und Handel. Mit der Umstellung auf die computerunterstützte Veranlagung wurde für die Kreisverwaltungen eine neue Organisationsstruktur geschaffen. Diese erlaubt, die Funktionen besser abzugrenzen, die Arbeitsabläufe klarer zu regeln und systematische Kontrollen in die Arbeitsabläufe einzubauen. Die computerunterstützte Veranlagung ermöglicht überdies die Vornahme von rechnerischen Kontrollen, von Plausibilitäten und Fehlermeldungen, die zwangsläufig abgearbeitet werden müssen. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass die Verarbeitung lückenlos dokumentiert und nach einheitlichen Regeln abläuft. Bei der Neugestaltung des internen Kontrollsystems wurden auch die Gemeinden miteinbezogen. Sie erhalten ein Doppel der Veranlagungsverfügungen, der Entscheide und der Steuerrechnungen. Damit sind sie in der Lage, die Veranlagungen zu überprüfen.

Die Abteilungen werden ebenfalls in die Neugestaltung des internen Kontrollsystems einbezogen. Auf einzelnen Abteilungen ist dies bereits erfolgt, bei andern wird gegenwärtig an den organisatorischen Massnahmen – zusammen mit der Einführung des NESKO A – gearbeitet.

Im Berichtsjahr sind die Kreisverwaltungen erstmals überprüft worden. Das Inspektorat Industrie, Gewerbe und Handel, verstärkt durch Mitarbeiter(innen) der Veranlagungsbehörden, hat dabei stichprobenweise die Veranlagungen des Hauptbezuges 1989/90 überprüft. Diese Kontrollen werden im Jahr 1991 fortgesetzt und auf die Abteilungen ausgedehnt.

Überdies ist vorgesehen, im Jahr 1991 in Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle ein alle Abteilungen und Kreisverwaltungen umfassendes Kontrollkonzept auszuarbeiten.

pour les déclarations d'impôt des personnes morales. Les formules d'impôt reflètent le droit fiscal en vigueur. Quoique l'Intendance des impôts se soit efforcée de concevoir des formules aussi simples et abordables que possible pour les citoyens, les nouvelles formules se sont toutefois compliquées en raison de l'introduction de déductions supplémentaires. En outre, le traitement informatisé des données limite la liberté de conception.

Dans le secteur informatique, le système de taxation NESKO-B, qu'on a commencé à installer durant la période 1989/90, a été remanié compte tenu de plus de 100 propositions d'améliorations et conformément, en outre, aux bases légales modifiées. Le système, ceux qui le mettent en place et bien sûr ses utilisateurs ont passé le cap des bancs d'essai avec succès. Les travaux dans le domaine du NESKO-A se sont poursuivis pendant l'exercice. En font partie, notamment, les projets concernant «la comptabilité, le registre central du personnel, l'impôt sur les gains de fortune et les impôts des personnes morales».

Les lois et les machines constituent des moyens essentiels, mais les collaboratrices et les collaborateurs restent cependant la ressource la plus importante. Pour consolider la compréhension des interdépendances, la formation professionnelle et par là la motivation, des cours internes pour les nouvelles collaboratrices et les nouveaux collaborateurs ont débuté en 1990. Les premiers cours donnés à titre d'essai ont suscité un vif intérêt et ont été accueillis favorablement, de sorte qu'ils seront remaniés en fonction des expériences et des suggestions faites et devront encore être intensifiés à l'avenir. Une attention accrue a également été accordée à la formation continue des cadres et un projet de formation a été élaboré à l'intention des futurs experts fiscaux.

En vertu d'un mandat parlementaire (postulat de la Commission spéciale d'enquête du 25 juin 1987), l'Intendance des impôts a renforcé entre-temps les mesures de contrôle dans deux directions. D'une part, par le biais de dispositions d'organisation améliorant et développant le système interne de contrôle, et, d'autre part, par le biais de contrôles effectués par l'Inspectorat de l'industrie, de l'artisanat et du commerce. Lors du passage à la taxation assistée par ordinateur, l'organisation des administrations fiscales d'arrondissement a été restructurée. Elle permet de mieux délimiter les fonctions, de régler plus clairement le déroulement du travail et de mettre sur pied des contrôles systématiques de celui-ci. De surcroît, la taxation à l'aide de l'ordinateur facilite l'exécution des contrôles comptables, des plausibilités et des avis d'erreurs, qui doivent obligatoirement être traités. En même temps, il est garanti que le traitement est effectué sur la base de données complètes et selon des règles uniformes. Les communes bénéficient également de la réorganisation du système interne de contrôle: elles reçoivent un double des décisions de taxation, des décisions et des décomptes fiscaux. Ainsi, elles sont en mesure de vérifier les taxations.

Les sections sont aussi concernées par la réorganisation du système interne de contrôle, qui a déjà été réalisé dans certaines d'entre elles, alors que pour d'autres des mesures d'organisation sont actuellement mises en place avec l'introduction du NESKO-A.

Pendant l'exercice, les administrations fiscales des arrondissements ont été contrôlées pour la première fois. En l'occurrence, l'Inspectorat de l'industrie, de l'artisanat et du commerce, avec l'aide de collaboratrices et collaborateurs des autorités de taxation, a contrôlé par sondage les taxations de la perception principale 1989/90. Ces contrôles seront poursuivis en 1991 et étendus aux sections.

De surcroît, il est prévu d'élaborer en 1991 un projet de contrôle englobant toutes les sections et les administrations fiscales des arrondissement cela en collaboration avec le Contrôle des finances.

2.3.2 Einkommen- und Vermögensteuer der natürlichen Personen

Die Grundlage für den Steuerertrag 1990 bildet die Veranlagung 1989. Das Total aller Steuerpflichtigen hat 566 778 betragen (Vorjahr 568 433). Davon wurden bis Ende Jahr 537 006 (407 206) definitiv veranlagt. Den Vergleich zum Voranschlag 1990 und der Rechnung 1989 vermittelt die Tabelle 2.3.16 am Schluss des Abschnittes. Der Ertrag der Einkommensteuer lag über den Erwartungen. Im Vergleich zum Voranschlag ergab sich ein Mehrertrag von 3,6 Prozent. Gegenüber der Rechnung 1989 entsprach dies einer Zunahme von 2,5 Prozent. Der Ertrag der Vermögensteuer lag mit 5,5 Prozent über dem Vorjahresertrag und lag mit 5,6 Mio. Franken unter dem Budget.

Zusammen mit den übrigen direkten Steuern (juristische Personen, Vermögensgewinnsteuer, Nach- und Strafsteuern) ergab sich ein Gesamtsteuerertrag von 1 970 362 885 Franken. Das bedeutet einen Mehrertrag gegenüber der Rechnung 1989 von 59 173 608 Franken, was einer Zunahme von 3,1 Prozent entspricht. Im Bereich der direkten Steuern sind gegenüber dem Voranschlag Mehreinnahmen von 61 262 885 Franken zu verzeichnen (entspricht 3,2 Prozent).

Die Zuwachsquote für die Einkommensteuer der Veranlagungsperiode 1989/90 gegenüber der Vorperiode (1987/88) belief sich auf 7,32 Prozent. Die entsprechende Zuwachsquote bei der Vermögensteuer ergab 22,81 Prozent.

2.3.3 Meldedienst der Veranlagungsbehörden

Es wurden 33 888 (1989: 22 364) Meldungen für die Festsetzung der AHV/IV/EO-Beiträge der Selbständigerwerbenden und Nichterwerbstätigen, für die Veranlagung des Militärpflichtersatzes und für andere Zwecke erstattet.

2.3.4 Amtliche Bewertung der Grundstücke und Wasserkräfte

	1990	1989
Berichtigung amtlicher Werte nach den Artikeln 111 bis 113 StG (davon Hauptrevisionsbewertungen, HR)	77 002	(72 183)
Erledigte Einsprachen	5 250	(*)
An die Steuerrekurskommission überwiesene Rekurse	5 511	(899)
Expertisen für die Veranlagungsbehörden	2	(1)
	174	(161)

* Für 1989 fehlt eine Aufschlüsselung in HR-Bewertungen und Berichtigungen

Bis Ende des Berichtsjahrs sind rund zwei Drittel der Einsprachen gegen Hauptrevisionswerte von nichtlandwirtschaftlichen Grundstücken erledigt worden. Die Hauptrevision landwirtschaftlicher Grundstücke ist planmässig vorangeschritten, so dass die Zielsetzung, Abschluss der landwirtschaftlichen Hauptrevision per 1. Januar 1993, höchstwahrscheinlich bis auf einige wenige Ausnahmen termingerecht realisiert werden kann.

2.3.5 Quellensteuer vom Erwerbseinkommen ausländischer Arbeitnehmer

1989 belief sich der Gesamtbetrag der Quellensteuern auf 93 820 800 Franken (1988: 82 963 597 Fr.). Davon entfallen auf die Staatssteuer 41 283 491 Franken (36 999 006 Fr.), auf die Gemeindesteuer (inklusive Steuerausgleich für Gemeinden

2.3.2 Impôts sur le revenu et sur la fortune des personnes physiques

La taxation 1989 a constitué la base du montant de l'impôt atteint en 1990. Le total des contribuables s'élève à 566 778 (année précédente: 568 433). 537 006 (407 206) furent taxés définitivement jusqu'à la fin de l'année. Pour la comparaison entre le compte 1989 et les prévisions 1990, voir le tableau 2.3.16 à la fin du chapitre. Le rendement de l'impôt sur le revenu est supérieur aux prévisions, puisqu'il est de 3,6 pour cent supérieur aux prévisions du budget. Comparé au compte de 1989, cela correspond à une augmentation de 2,5 pour cent. Le rendement de l'impôt sur la fortune est de 5,5 pour cent supérieur à celui de l'exercice précédent et se situe ainsi à 5,6 millions de francs en dessous du budget.

Le total avec les autres impôts directs (personnes morales, impôts sur les gains de fortune, impôts supplémentaires et répressifs) représente 1 970 362 885 francs. Cela signifie un rendement supérieur de 59 173 608 francs par rapport au compte de 1989, soit une augmentation de 3,1 pour cent. Les recettes enregistrées pour les impôts directs sont supérieures de 61 262 885 francs par rapport aux prévisions du budget, ce qui correspond à une augmentation de 3,2 pour cent.

Par rapport à la période précédente 1987/88, le taux d'augmentation de l'impôt sur le revenu s'est élevé, lors de la période de taxation 1989/90, à 7,32 pour cent. Lors de la période de taxation 1989/90, le taux d'augmentation de l'impôt sur la fortune s'est élevé à 22,81 pour cent.

2.3.3 Informations des autorités de taxation

33 888 (1989: 22 364) avis ont été envoyés pour la fixation des cotisations AVS/AI/APG des personnes exerçant une profession indépendante ou sans activité lucrative, pour la perception de la taxe d'exemption du service militaire et à d'autres fins.

2.3.4 Evaluation officielle des immeubles et des forces hydrauliques

	1989	1988
Rectification des valeurs officielles d'après les articles 111 à 113 LI (y compris les évaluations de Révision générale, RG)	77 002	(72 183)
Réclamations liquidées	5 250	(*)
Recours transmis à la Commission des recours en matière fiscale	5 511	(899)
Expertises pour les autorités de taxation	2	(1)
	174	(161)

* Pour 1989, la répartition dans les évaluations de RG et les rectifications manque.

A la fin de l'année sous rapport, environ les deux tiers des réclamations contre les évaluations de Révision générale des immeubles non agricoles ont été liquidées. La Révision générale des immeubles agricoles se déroule conformément aux prévisions, de sorte que l'objectif, à savoir sa clôture au 1^{er} janvier 1993, pourra fort vraisemblablement être atteint dans les délais, à quelques exceptions près.

2.3.5 Impôts perçus à la source sur le revenu des travailleurs étrangers

Le montant total pour 1989 s'élevait à 93 820 800 francs (1988: 82 963 597 fr.), dont 41 283 491 francs (36 999 006 fr.) pour l'impôt d'Etat, 44 707 089 francs (40 553 523 fr.) pour les impôts municipaux (y compris la péréquation fiscale pour

mit einer Anlage über dem gewogenen Mittel von 2,40) 44 707 089 Franken (40 553 523 Fr.), auf die direkte Bundessteuer 4 470 177 Franken (4 558 363 Fr.) und auf die Kirchensteuer 3 360 043 Franken (3 169 619 Fr.). Die Provisionen der Gemeinden betragen 2 547 634 Franken (2 316 914 Fr.). Es wurden 315 (238) Kontrollen bei Arbeitgebern durchgeführt. Ende August 1990 hielten sich 37 551 (1989: 31 886) kontrollpflichtige ausländische Arbeitnehmer(innen) im Kanton Bern auf.

Der Quellensteuerertrag für 1990 kann erst 1991 abschliessend ermittelt werden.

2.3.6 Steuern der juristischen Personen

Die Anzahl der steuerpflichtigen juristischen Personen beläuft sich auf 17 952 (Vorperiode: 17 395), davon 13 492 (12 888) Aktiengesellschaften, Holdinggesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH), 2 017 (2 038) Genossenschaften und 2 443 (2 469) übrige juristische Personen. Es hatten an Steuern zu entrichten:

	Fr.	Fr.
5 Steuerpflichtige	mehr als	2 000 000
8 Steuerpflichtige	mehr als	1 000 000
20 Steuerpflichtige	zwischen	500 000 und 1 000 000
43 Steuerpflichtige	zwischen	200 000 und 500 000
79 Steuerpflichtige	zwischen	100 000 und 200 000

Im weiteren sind zu verzeichnen: Neugründungen 1231 (1215), Löschungen 405 (226), Fusionen 15 (15), interkantonale Steuererteilungen 2279 (2049), Bücheruntersuchungen 1157 (822), Erlassgesuche 48 (33), davon 41 (9) behandelt. Die Arbeitsbeschaffungsreserven von 24 (26) Firmen erreichten 25 044 600 Franken (25 082 900 Fr.).

2.3.6.1 Aktiengesellschaften und GmbH (Kapitalgesellschaften), Genossenschaften, Holdinggesellschaften

	Fr.
Ertragssteuer	106 947 909
Kapitalsteuer	44 892 476
Holdingsteuer	703 137
Total	152 543 522
Voranschlag	164 600 000
Minderertrag gegenüber Voranschlag (- 7,3%)	12 056 478
Mehrertrag gegenüber Vorjahr (+ 1,7%)	2 489 889

2.3.6.2 Übrige juristische Personen

	Fr.
Einkommensteuer	3 266 298
Vermögensteuer	3 326 907
Total	6 593 205
Voranschlag	8 000 000
Minderertrag gegenüber Voranschlag (- 17,6%)	1 406 795
Mehrertrag gegenüber Vorjahr (+ 4,2%)	268 080

les communes ayant une quotité supérieure à la moyenne pondérée de 2,40), 4 470 177 francs (4 558 363 fr.) pour l'impôt fédéral direct et 3 360 043 francs (3 169 619 fr.) pour les impôts paroissiaux. Les provisions aux communes se chiffraient à 2 547 634 francs (2 316 914 fr.). 315 (238) contrôles ont été effectués auprès des employeurs. Fin août 1990, 37 551 (1989: 31 886) personnes représentaient la main-d'œuvre étrangère soumise au contrôle.

Le rendement des impôts pour 1990 ne pourra être calculé définitivement qu'en 1991.

2.3.6 Impôts des personnes morales

Le nombre des personnes morales taxées s'élève à 17 952 (période précédente 17 395), dont 13 492 (12 888) sociétés anonymes, holdings et sociétés à responsabilité limitée (S.à.r.l.), 2 017 (2 038) sociétés coopératives et 2 443 (2 469) autres personnes morales. Avaient les impôts suivants à payer:

	Fr.	Fr.
5 personnes morales	plus de	2 000 000
8 personnes morales	plus de	1 000 000
20 personnes morales	entre	500 000 et 1 000 000
43 personnes morales	entre	200 000 et 500 000
79 personnes morales	entre	100 000 et 200 000

Doivent en outre être constatés: nouvelles sociétés 1231 (1215), radiations 405 (226), fusions 15 (15), partages intercantonaux 2279 (2049), expertises comptables 1157 (822), demandes en remise d'impôts 48 (33), dont 41 (9) traitées. Les réserves de crise de 24 (26) sociétés ont atteint 25 044 600 francs (25 082 900 francs).

2.3.6.1 Sociétés anonymes et S. à r.l. (sociétés de capitaux), sociétés coopératives, sociétés holding

	Fr.
Impôt sur les bénéfices	106 947 909
Impôt sur le capital	44 892 476
Impôt des holdings	703 137
Total	152 543 522
Budget	164 600 000
Diminution de rendement par rapport au budget (- 7,3%)	12 056 478
Augmentation de rendement par rapport à l'exercice précédent (+ 1,7%)	2 489 889

2.3.6.2 Autres personnes morales

	Fr.
Impôt sur le revenu	3 266 298
Impôt sur la fortune	3 326 907
Total	6 593 205
Budget	8 000 000
Diminution de rendement par rapport au budget (- 17,6%)	1 406 795
Augmentation de rendement par rapport à l'exercice précédent (+ 4,2%)	268 080

2.3.7 *Vermögensgewinnsteuer*

Der Reinertrag belief sich auf 98 648 197 Franken (1989: 89 789 145 Fr.), aufgeteilt auf Grundstücksgewinne 94 977 710 Franken (83 644 891 Fr.), Kapitalgewinne auf Wertpapieren 2 410 995 Franken (4 266 072 Fr.) und Lotteriegewinne 1259 492 Franken (1878 180 Fr.).
Veranlagungen wurden 11 554 (12 917) vorgenommen, davon 3040 (3730) Nulltaxationen. Von 353 (327) hängigen und 644 (551) neu eingegangenen Einsprachen wurden 548 (525) erledigt.

2.3.8 *Nach- und Strafsteuer*

Der Reinertrag betrug 3 788 184 Franken (2 624 960 Fr.). Das ergibt einen Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag von 288 184 Franken und einen Mehrertrag gegenüber 1989 von 1163 224 Franken. Behandelt wurden 9935 (10 074) Steuerfälle, wovon in 551 (469) Fällen Nach- und Strafsteuern veranlagt wurden. Bussenverfahren wegen Ungehorsams, Inventar-/Siegelungsvergehens und Gehilfenschaft 3 (4). Eingereicht wurden 11 (9) Rekurse.

2.3.9 *Erbschafts- und Schenkungssteuer*

Der Rohertrag betrug 55 052 395 Franken (65 467 280 Fr.), wovon 11 359 769 Franken (12 202 885 Fr.) Gemeindeanteile. Handänderungsabgaben wurden im Gesamtbetrag von 1114 562 Franken (2 780 553 Fr.) zurückerstattet. Der Reinertrag betrug somit 42 578 064 Franken (50 483 842 Fr.). Das entspricht Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag von 578 064 Franken und Mindereinnahmen gegenüber 1989 von 7 905 778 Franken.
12 490 (12 353) Fälle wurden behandelt; davon waren 7091 (7821) abgabepflichtig. Verwaltungsgerichtsbeschwerden 1 (3), Steuerbefreiungsgesuche 47 (93), Bussenfälle 64 (9).

2.3.10 *Direkte Bundessteuer*

Aus früheren Perioden stehen noch folgende Steuerbeträge aus: Veranlagungsperiode 1985/86 13 763 941 Franken; 1987/88 15 724 854 Franken.
1989/90: Die Eingänge 1990 für das Steuerjahr 1989 beliefen sich auf 636 389 481 Franken (Vorjahr 425 999 136 Fr.). Der Kantonsanteil von 17 Prozent ergab somit 108 186 211 Franken (Vorjahr 72 419 853 Fr.) zuzüglich rund 21,81 Prozent aus dem Finanzausgleichsfonds unter den Kantonen, was rund 138 811 845 Franken entspricht. Der Ausstand Ende 1990 betrug 518 086 050 Franken (22 249 276 Fr.). Die Steuer für das Jahr 1990 wird erst am 1. März 1991 fällig.

2.3.11 *Rückerstattung der Eidgenössischen Verrechnungssteuer und der ausländischen Quellensteuern*2.3.11.1 *Ordentliches Rückerstattungsverfahren*

Es wurden 185 269 (342 780) Gutschriften ausgestellt. Der gesamte Verrechnungssteuerbetrag belief sich auf 287 937 614 Franken (507 418 681 Fr.); davon wurden mit

2.3.7 *Impôt sur les gains de fortune*

Le rendement net s'est élevé à 98 648 197 francs (1989: 89 789 145 fr.), réparti comme suit: 94 977 710 francs (83 644 981 fr.) d'impôts sur les gains immobiliers, 2 410 995 francs (4 266 072 fr.) d'impôts sur les gains de capitaux sur papiers-valeurs et 1259 492 francs (1878 180 fr.) d'impôts sur les gains de loterie.
11 554 (12 917) taxations ont été notifiées, dont 3040 (3730) fixées à zéro. Sur 353 (327) réclamations en suspens et 644 (551) nouvelles, 548 (525) ont été liquidées.

2.3.8 *Impôts supplémentaires et répressifs*

Le produit net s'est élevé à 3 788 184 francs (2 624 960). Il en résulte une augmentation de 288 184 francs par rapport au budget et une augmentation de 1163 224 francs en regard de 1989. 9935 (10 074) cas d'impôts ont été traités, dont 551 (469) ont donné lieu à une fixation d'impôts supplémentaires et répressifs. Des amendes ont été infligées dans 3 (4) cas pour récalcitrance, délit en matière d'inventaire ou de mise sous scellés ainsi que pour complicité. 11 (9) recours ont été introduits.

2.3.9 *Taxe des successions et donations*

Le produit brut s'est élevé à 55 052 395 francs (65 467 280 fr.), dont 11 359 769 francs (12 202 885 fr.) constituent la part des communes. Il a été restitué une somme globale de 1114 562 francs (2 780 553 fr.) au titre des droits de mutation. Le produit net se monte donc à 42 578 064 francs (50 483 842 fr.), ce qui représente une augmentation des recettes de 578 064 francs par rapport au budget et un déficit de 7 905 778 francs en regard de 1989.
12 490 (12 353) cas ont été traités, dont 7091 (7821) étaient imposables. Recours de droit administratif 1 (3), demandes d'exonération 47 (93), amendes 64 (9).

2.3.10 *Impôt fédéral direct*

Les montants suivants sont encore à percevoir pour les périodes suivantes: période de taxation 1985/86 13 763 941 francs; 1987/88 15 724 854 francs.
1989/90: les sommes encaissées en 1990 pour l'année fiscale 1989 s'élèvent à 636 389 481 (année précédente; 425 999 136) francs. La part du canton est de 17 pour cent, soit 108 186 211 (72 419 853) francs, auxquels s'ajoutent environ 21,81 pour cent du Fonds de péréquation financière entre les cantons, soit 138 811 845 francs en chiffres ronds. Les arrérages à fin 1990 s'élevaient à 518 086 050 (22 249 276) francs. L'impôt de l'année 1990 n'est exigible que le 1^{er} mars 1991.

2.3.11 *Remboursement de l'impôt fédéral anticipé et des impôts à la source étrangers*2.3.11.1 *Procédure d'imputation ordinaire*

Bonifications 185 269 (342 780). Montant total d'impôt anticipé 287 937 614 francs (507 418 681 fr.) dont 285 500 973 francs (504 420 625 fr.) ont été imputés sur les impôts municipaux.

Gemeinde- und Staatssteuern verrechnet 285 500 973 Franken (504 420 625 Fr.) und 2 436 641 Franken (2 998 056 Fr.) bar zurückerstattet.

paux et cantonaux; remboursements en espèces 2 436 641 francs (2 998 056 fr.).

2.3.11.2 Vorzeitiges, bzw. beschleunigtes Rückerstattungsverfahren

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbetrag Fr.
Erbschaften	4 549 (5 280)	12 375 625 (13 072 244)
Lotteriegewinne	979 (676)	3 952 890 (4 473 765)
Übrige	1 069 (2 067)	2 930 557 (3 319 387)
Total	6 597 (8 023)	19 259 072 (20 865 396)

2.3.11.2 Procédure de remboursement avant terme

Genre	Nombre	Montant d'impôt anticipé Fr.
Successions	4 549 (5 280)	12 375 625 (13 072 244)
Gains de loterie	979 (676)	3 952 890 (4 473 765)
Autres cas	1 069 (2 067)	2 930 557 (3 319 387)
Total	6 597 (8 023)	19 259 072 (20 865 396)

2.3.11.3 Rückerstattung der Quellensteuern auf ausländischen Erträgen gestützt auf Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)

DBA mit den USA (Rückerstattung des zusätzlichen Steuerrückbehalts): Im ordentlichen Verfahren wurden 743 (2862) Anträge mit 721 754 Franken (1 460 348 Fr.), im vorzeitigen Verfahren 27 (41) Anträge mit 31036 Franken (21940 Fr.) gestellt.

Pauschale Steueranrechnung: Hier wurden 3492 (94) Anträge mit 7 244 790 Franken (208 607 Fr.) gestellt, davon zulasten des Bundes 2 448 402 Franken (71188 Fr.), der Gemeinden 2 361 046 Franken (69 892 Fr.) und des Staates 2 435 342 Franken (67 527 Fr.).

2.3.11.3 Remboursement d'impôts à la source sur les rendements étrangers selon conventions de double imposition (CDI)

Convention avec les Etats-Unis d'Amérique (remboursement de la retenue supplémentaire d'impôt USA): procédure ordinaire 743 (2862) demandes, soit 721 754 francs (1 460 348 fr.), procédure avant terme 27 (41) demandes, soit 31036 francs (21940 fr.).

Imputation forfaitaire d'impôt: 3492 (94) demandes, soit au total 7 244 790 francs (208 607 fr.), dont à la charge de la Confédération 2 448 402 francs (71188 fr.), des communes 2 361 046 francs (69 892 fr.) et de l'Etat 2 435 342 francs (67 527 fr.).

2.3.12 Wertschriftenbewertung

Es erfolgten 4069 (3914) Bewertungen von Aktien und Anteilen bernischer Gesellschaften/Genossenschaften.

2.3.12 Estimation des titres

4069 (3914) estimations d'actions et de parts sociales de sociétés bernoises ont été effectuées.

2.3.13 Gemeindesteuern

Steuerteilung: Es wurden im Auftrag von 407 Gemeinden 14 245 (14 674) Teilungspläne erstellt. Davon entfielen auf die laufende Periode 9521, auf die Vorperioden 4724 Teilungspläne. Von 65 (82) hängigen Einsprachen sind 61 (70) erledigt worden.

Beschwerden an das Verwaltungsgericht: 0 (0).

2.3.13 Impositions municipales

Plan de répartition: sur demande de 407 communes, il a été établi 14 245 (14 674) plans de répartition, dont 9521 de la période en cours et 4724 des périodes antérieures. Sur 65 (82) réclamations en suspens, 61 (70) ont été liquidées. Recours de droit administratif: 0 (0).

2.3.14 Steuerbezug

2.3.14 Perception des impôts

2.3.14.1 Allgemeines

Auf den Fälligkeitstermin vom 1. März 1990 wurden für die natürlichen Personen 420 639 und für die juristischen Personen 10 977 Schlussabrechnungen erstellt (ohne die Städte Bern, Biel und Thun). Ratenrechnungen 1990 für die Staats- und Gemeindesteuern wurden 1072 446 für die natürlichen Personen und 29 783 für die juristischen Personen erstellt. Es mussten total 39 806 (39 924) Mahnungen versandt werden. Die Gemeinden bezahlten für die Leistungen des Staates eine Servicegebühr pro 1989 von 2 722 029 Franken.

Bei der Steuerabrechnungsstelle gingen im Berichtsjahr 2869 Mio. Franken (2611 Mio. Fr.) an Staats- und Gemeindesteuern sowie an Sonderabgaben der Gemeinden ein. Davon wurden den bernischen Gemeinden 1591 Mio. Franken (1397 Mio. Fr.) gutgeschrieben.

2.3.14.1 Généralités

A l'échéance du 1^{er} mars 1990 ont été établis pour le décompte final 1989, 420 639 bordereaux pour les personnes physiques et 10 977 bordereaux pour les personnes morales (sans les villes de Berne, Bienne et Thoune). Pour les impôts de l'Etat et des communes de 1990, il a été établi 1072 446 factures de tranches pour les personnes physiques et 29 783 pour les personnes morales. Il a été expédié 39 806 (39 924) sommations.

Pour les services de l'Etat, les communes ont versé pour 1989 un émoulement de 2 722 029 francs.

Le service de décompte des impôts a encaissé durant l'exercice 2869 (2611) millions de francs au titre des impôts de l'Etat et des communes, et des prestations spéciales de celles-ci. De cette somme, 1591 (1397) millions de francs furent bonifiés aux communes bernoises.

Steuerausstände per 31. Dezember 1990

Arrérages d'impôts au 31 décembre 1990

Inkassostelle	1973-1986 Fr.	1987 Fr.	1988 Fr.	1989 Fr.	Total Fr.	Service d'encaissement
Steuerabrechnungsstelle		6 446 597	12 752 808	31 038 562	50 237 967	Service de décompte des impôts
Gemeinde Bern	3 694 389	1 223 524	4 420 525	12 015 400	21 353 838	Commune de Berne
Gemeinde Biel	361 686		774 272	2 661 936	3 797 894	Commune de Bienne
Gemeinde Thun	808 828	669 594	1 020 182	3 033 783	5 532 387	Commune de Thoun
Staatskassen	14 334 203				14 334 203	Caisses de l'Etat
Total	19 199 106	8 339 715	18 967 787	48 749 681	95 256 289	Total

2.3.15 Steuererlass- und Stundungsgesuche

11846 (11919) Erlassgesuche wurden behandelt: 9105 (9486) wurden gutgeheissen, 2741 (2433) abgewiesen. Ordentliche Steuern im Betrage von 4 633 208 Franken (4 322 150 Fr.) wurden erlassen, ferner Vermögensgewinnsteuern 284 867 Franken (349 322 Fr.) und direkte Bundessteuern 379 231 Franken (420 063 Fr.).

2.3.15 Demandes en remise d'impôts et demandes de sursis

11846 (11919) demandes en remise d'impôts ont été traitées, dont 9105 (9486) ont été acceptées entièrement ou partiellement et 2741 (2433) rejetées. Il a été remis pour les impôts ordinaires un montant de 4 633 208 francs (4 322 150 fr.), pour les impôts sur gains de fortune 284 867 francs (349 322 fr.) et pour l'impôt fédéral direct 379 231 francs (420 063 fr.).

2.3.16 Einkommen- und Vermögensteuer natürlicher Personen

	Rechnung 1989 (Anlage 2.2) Compte 1989 (Quotité 2.2)	Budget 1990 (Anlage 2.2) Budget 1990 (Quotité 2.2)	Rechnung 1990 (Anlage 2.2) Compte 1990 (Quotité 2.2)	Veränderung gegenüber Rechnung 1989 Modification par rapport au compte 1989		Veränderung gegenüber Budget 1990 Modification par rapport au budget 1990		
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%	Fr.	%	
Einkommen	1 529 519 004	1 520 000 000	1 574 393 339	44 874 335	(+ 2,94)	54 393 339	(+ 3,58)	Revenu
Vermögen	127 312 603	140 000 000	134 395 338	7 082 735	(+ 5,57)	5 604 662	(- 4,01)	Fortune
Total	1 656 831 607	1 660 000 000	1 708 788 677	51 957 070	(+ 3,14)	48 788 677	(+ 2,94)	Total

2.3.16 Impôt sur le revenu et la fortune des personnes physiques

2.4 Personalamt

Der 1989 aufgenommene Betrieb des informatikgestützten Systems für die Stellenbewirtschaftung STEBE wurde planmässig durch einen Reservepool des Regierungsrates erweitert. Dieses Instrument hat sich bereits bewährt, indem durch den Verzicht auf die restlose Ausnützung des bewilligten Stellenplafonds bei den Direktionen durch den Regierungsrat über 70 neue Stellen besetzt werden konnten. Der Spielraum für die weitere Dotierung des regierungsrätlichen Reservepools hat sich allerdings durch die stärkere Ausschöpfung der Direktionsreserven und durch die erstmalige Abgabe von gut einem Prozent an den zentralen Pool gegenüber 1989 verengt. Immerhin blieben aber auch Ende 1990 drei Prozent aller bewilligten Stellenpunkte ungenutzt. Mit den vom Grossen Rat beschlossenen Budgetkürzungen ist damit zu rechnen, dass die vom System STEBE den Direktionen eingeräumte Flexibilität, mindestens im Jahre 1991, entscheidend verringert werden wird.

Am 31. Januar wurde durch Beschluss des Regierungsrates eine Expertenkommission eingesetzt, die sich mit der Totalrevision von Beamtenrecht und Besoldungsgesetzgebung zu befassen hat. Unter Federführung der Direktion gelang es, trotz sehr knapper Termine einen ersten Entwurf für das neue Beamtengesetz fertigzustellen und Ende 1990 einem verwaltungsinternen Mitberichtsverfahren zuzuführen. Die gleiche Expertenkommission arbeitet parallel dazu an den Vorbereitungen für ein neues Besoldungssystem. Unter Beizug von

2.4 Office du personnel

Conformément au plan fixé, l'exploitation commencée en 1989 d'un système de gestion des postes de travail assisté par informatique (STEBE) a été étendue grâce à une réserve de points du Conseil-exécutif. Cet instrument a déjà fait ses preuves, attendu que plus de 70 nouveaux postes purent être pourvus par le Conseil-exécutif du fait du renoncement des Directions à l'utilisation complète des points autorisés. Cela dit, la marge de manœuvre pour la dotation supplémentaire de la réserve de points du Conseil-exécutif s'est rétrécie par rapport à 1989 en raison de l'exploitation plus importante des réserves des Directions et par la cession pour la première fois de plus d'un pour cent à la réserve centrale de points. Toujours est-il que fin 1990 trois pour cent de tous les points autorisés demeuraient inutilisés. Avec les coupes budgétaires décidées par le Grand Conseil, on peut compter que la flexibilité ménagée aux Directions par le système STEBE sera réduite de manière décisive, au moins pour 1991.

Le 31 janvier, le Conseil-exécutif a mis en place par arrêté une commission d'experts chargée de la révision totale du droit des fonctionnaires et de la législation sur les traitements. Sous la houlette de la Direction, on parvint en dépit de délais très brefs à terminer un premier projet concernant le statut général de la fonction publique et à lancer fin 1990 la procédure de corapport. La même commission d'experts travaille en parallèle aux préparatifs d'un nouveau système de traitement. Avec l'aide de conseillers externes, approuvée en septembre par le

externen Beratern, vom Grossen Rat im September genehmigt, begannen im Herbst die Erhebungen für eine Funktionsanalyse. Nach einer breit abgestützten Schwachstellenanalyse wurden über 80 Referenzfunktionen (Schlüsselstellen) mittels Fragebogen und Interviews detailliert dokumentiert. Weitere Befragungen sind für 1991 vorgesehen. Die eigentliche Bewertungsarbeit wurde einem aus Vertreterinnen und Vertretern aller Direktionen und der Staatskanzlei sowie der Personalverbände zusammengesetzten Ausschuss übertragen. Erste Ergebnisse können bis Ende 1991 erwartet werden.

Als Voraussetzung für einen späteren Vollzug von Beamtenrecht und Besoldungsdekret müssen die Arbeiten am Personalinformationssystem des Kantons Bern PERSISKA vorangetrieben werden. 1990 standen die Arbeiten am Teilprojekt PERSISKA I im Vordergrund, welches für die Versicherungskasse den Übergang zur on-line-Verarbeitung brachte. Diese Arbeiten werden 1991, soweit vordringlich, weitergeführt. Das Schwergewicht wird sich indessen auf den Teil PERSISKA II verlagern, wo für die Bearbeitung der Besoldungen im Personalamt dringend erforderliche Verbesserungen erwartet werden; ein entsprechender Antrag wird dem Grossen Rat im Laufe des Sommers 1991 vorgelegt.

Die Tätigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Personalamt wurde geprägt durch ständig steigende qualitative Anforderungen, aber auch durch eine stark steigende Zahl von Personalgeschäften. Dieses letztere ist, bei nahezu unverändertem Stellen total der Staatsverwaltung, durch das weitere Anwachsen der Teilzeitbeschäftigungen zu erklären. So sank die Zahl der zu 100 Prozent beschäftigten Mitarbeiterinnen zwischen 1988 und 1990 von 57 auf knapp 50 Prozent; auch bei den Männern hat sich dieser Trend insofern verstärkt, als heute bereits jeder sechste Mitarbeiter ein Teilzeitpensum innehat. Diese Entwicklung weist einerseits den Kanton Bern als fortschrittlichen und flexiblen Arbeitgeber aus, der die Ansprüche von Beruf und Familie sowie die Lage auf dem Arbeitskräfte markt realistisch einschätzt. Andererseits sind damit Inkonvenienzen verbunden, wie der höhere administrative Aufwand bei der Bestandesverwaltung und im Versicherungswesen, der Organisations- und Koordinationsbedarf und, nicht zuletzt, die steigende Nachfrage nach Arbeitsplätzen und -räumen. Diese Zusammenhänge werden im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtungsweise zu berücksichtigen sein, wenn Postulate und Anliegen der Arbeitsgruppen wie «Taten statt Worte» (TsW) verwirklicht werden sollen.

Grand Conseil, on commença à l'automne d'effectuer des relevés pour une analyse des fonctions. Après une analyse largement étayée des points faibles, 80 fonctions de référence (postes de travail témoins) furent examinées dans le détail au moyen de questionnaires et d'interviews. D'autres enquêtes sont prévues pour 1991. Le travail d'évaluation lui-même fut confié à une commission réunissant des représentantes et des représentants de toutes les Directions, de la Chancellerie d'Etat ainsi que des associations du personnel. Les premiers résultats peuvent être attendus d'ici à la fin 1991.

Les travaux concernant le système informatique sur le personnel du canton de Berne (PERSISKA) doivent être poursuivis pour que le droit régissant les fonctionnaires et le décret sur les traitements puissent être par la suite mis en application. En 1990, on avança les travaux concernant le projet partiel PERSISKA I qui permet à la Caisse d'assurance de passer au traitement on-line. Ces travaux continueront à être menés en 1991, en fonction de l'urgence. L'accent sera mis toutefois sur la partie PERSISKA II et des améliorations demandées d'urgence sont attendues pour ce qui est du traitement des salaires à l'Office du personnel; une proposition en ce sens sera présentée au Grand Conseil dans le courant de l'été 1991.

L'activité des collaboratrices et des collaborateurs de l'Office du personnel a été marquée par des demandes qualitatives en progression constante, mais également par un nombre fortement croissant de cas à traiter. Le total des places de l'administration étant pratiquement inchangé, ce dernier point s'explique par la croissance ininterrompue du travail à temps partiel. Le nombre des collaboratrices employées à 100 pour cent a ainsi chuté entre 1988 et 1990 de 57 à 50 pour cent; cette tendance s'est également renforcée chez les hommes, un collaborateur sur six travaillant aujourd'hui à temps partiel. Cette évolution fait du canton de Berne un employeur tourné vers le progrès et flexible qui prend en compte de manière réaliste les exigences de la vie professionnelle et de la vie privée ainsi que la situation sur le marché de la main d'œuvre. D'un autre côté, cela ne va pas sans inconvénients comme des charges administratives plus élevées dans la gestion des effectifs et dans le secteur des assurances, le besoin d'organisation et de coordination, ainsi que la demande croissante en postes de travail et en locaux. Pour réaliser les postulats et les demandes des groupes de travail du genre «De la parole aux actes», il faudra, dans une approche globale, tenir compte de ce contexte.

2.4.1 *Neue personalrechtliche Vorschriften*

Die rechtliche Grundlage der Stellenbewirtschaftung, das Gesetz über die Stellenschaffung, -plafonierung und -bewirtschaftung wurde vom Grossen Rat im Februar in zweiter Lesung gutgeheissen. Nachdem vom Referendumsrecht nicht Gebrauch gemacht worden war, setzte der Regierungsrat das Gesetz auf den 1. Oktober in Kraft.

Angesichts der in Angriff genommenen Totalrevision des Beamtenrechts erübrigte sich die Überarbeitung weiterer personalrechtlicher Erlasse.

2.4.2 *Besoldungen*

Auf den 1. Januar trat die zweite Etappe der vom Grossen Rat im Mai 1989 gutgeheissenen Reallohnerhöhung in Kraft. Die Besoldungen wurden linear um 2 Prozent angehoben. Die Grundbesoldungen und Sozialzulagen der Behördemitglieder, des Staatspersonals und der Lehrerschaft sind heute auf 112,0 (Basis Dezember 1982 = 100) Punkte des Landesindex der

2.4.1 *Nouvelles prescriptions concernant la législation relative au personnel*

En février, la base légale de la gestion des postes de l'administration (la loi sur la création, le plafonnement et la gestion des postes de l'administration) a été adoptée en seconde lecture par le Grand Conseil. Le référendum n'ayant pas été demandé, le Conseil-exécutif a fait entrer la loi en vigueur au 1^{er} octobre. Comme une révision totale du droit régissant les fonctionnaires a été entreprise, la révision d'autres actes législatifs régissant le personnel s'avère inutile.

2.4.2 *Traitements*

La deuxième étape de l'augmentation du salaire réel adoptée par le Grand Conseil en mai 1989 entra en vigueur au 1^{er} janvier. Les traitements furent relevés linéairement de 2 pour cent. Les traitements de base et les allocations sociales versés aux membres des autorités, du personnel de l'Etat et du corps enseignant sont aujourd'hui stabilisés à 112,0 points de l'indice

Konsumentenpreise stabilisiert. Mit der vom Regierungsrat auf Jahresbeginn beschlossenen Teuerungszulage konnten 118,7 Indexpunkte kaufkraftmässig ausgeglichen werden. Der Durchschnittsindex stellte sich auf 121,6 Punkte, womit die nicht ausgeglichene Teuerung 2,9 Indexpunkte betrug.

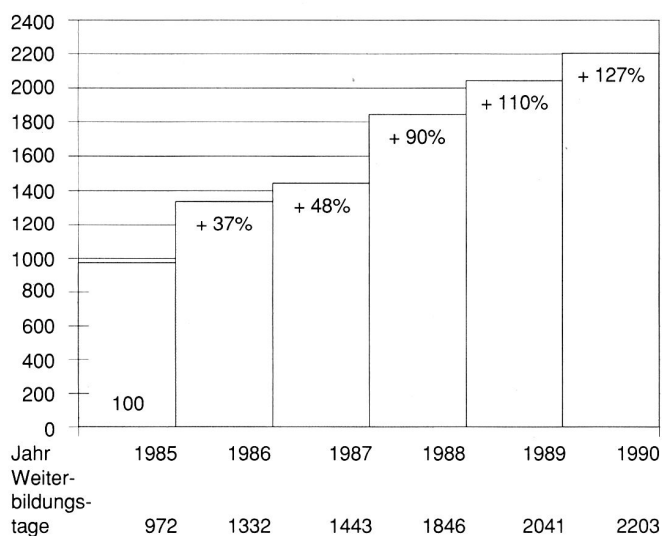
2.4.3 Unfallversicherungswesen

Infolge Arbeitsunfähigkeit von Staatspersonal nach Unfällen konnten an Versicherungsleistungen 1876208 Franken verinnahmt werden. Der entsprechende Betrag für die Lehrerschaft belief sich auf 1471514.60 Franken. Aus 26 Regressfällen gingen von Unfallversicherungsgesellschaften total 48628.60 Franken ein.

2.4.4 Personalentwicklung und Weiterbildung

Die Weiterbildung des Staatspersonals wird durch den Besuch von externen Fachkursen, durch direktions- oder amtsinterne Seminare und durch *zentrale Kurse* sichergestellt. An den 72 zentralen Kursen der Abteilung Ausbildung nahmen an 169 Kurstagen total 1054 Beamtinnen und Beamte teil, was insgesamt 2203 Weiterbildungstage ergibt.

Weiterbildungstage zentral



Die Zahl der zentral besuchten Kurstage steigt weiter. Die Hauptursachen dieses ungebrochenen Trends liegen im raschen technologischen Wandel, in den gesteigerten Anforderungen an Fachwissen und Flexibilität des Personals wie auch in der erhöhten Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Stufen für Fragen der beruflichen Weiterbildung. Die Zahl der teilnehmenden Frauen entspricht der Frauenquote im Personalbestand. Entsprechend ihrer Untervertretung in leitenden Positionen sind Frauen in Kaderkursen schwach vertreten. Im Programm zur *Frauenförderung* wurden zwei neue Seminare zur Auseinandersetzung mit dem Berufsalltag angeboten. Die *Sprachkurse* zur Weiterbildung in der zweiten Landessprache in Bern, Biel, Thun, Burgdorf und Moutier wurden von 369 deutschsprachigen und 82 französischsprachigen Beamtinnen und Beamten besucht. Das Kursangebot in französischer Spra-

suisse des prix à la consommation (base 100 = décembre 1982). Avec l'allocation de renchérissement décidée par le Conseil-exécutif pour le début de l'année, le renchérissement est ainsi compensé jusqu'à 118,7 points de l'indice. L'indice moyen de 1990 est de 121,6 points, le renchérissement non compensé s'élevant à 2,9 points de l'indice.

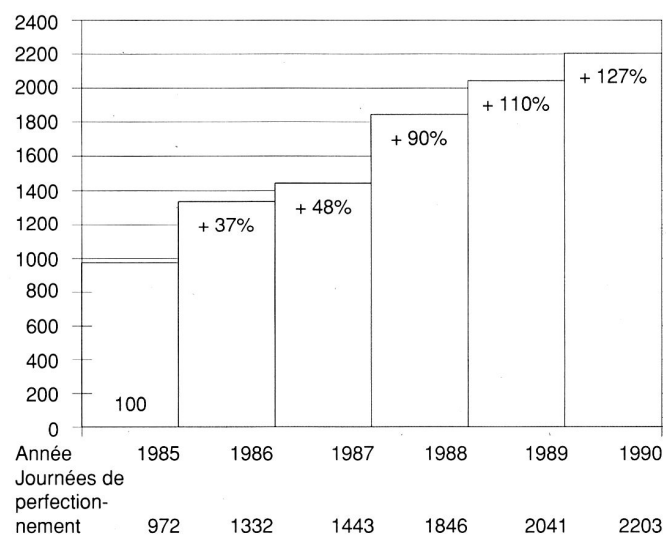
2.4.3 Assurance-accidents

Les prestations d'assurance versées pour incapacité de travail suite à un accident se sont élevées à 1876208 francs pour le personnel de l'Etat et à 1471514 francs 60 pour le corps enseignant. Différentes sociétés d'assurance ont versé au total 48628 francs 60 suite à 26 cas de recours.

2.4.4 Développement du personnel et perfectionnement

Le perfectionnement du personnel de l'Etat est assuré par la participation à des cours spécialisés externes, par des séminaires, qu'ils émanent de la Direction ou qu'ils soient internes à l'Office, ainsi que par des *cours centraux*. 1054 fonctionnaires ont participé à 72 cours centraux de la Section formation totalisant 169 journées, ce qui représente un total de 2203 journées de perfectionnement.

Journées de perfectionnement dans des cours centraux



Le nombre de journées passées à fréquenter des cours centraux continue d'augmenter. Les principales causes de cette croissance ininterrompue résident dans la rapide mutation technologique, dans les exigences accrues en matière de spécialisation des connaissances et de flexibilité à l'égard du personnel, ainsi que dans la sensibilisation élevée des collaboratrices et des collaborateurs aux questions de perfectionnement professionnel, et ce, quel que soit leur niveau dans la hiérarchie. Le nombre de femmes participant aux cours correspond à la proportion de femmes dans le personnel. Du fait de leur sous-représentation dans des positions dirigeantes, les femmes sont faiblement représentées dans les cours s'adressant aux cadres. Dans le programme d'*encouragement à la promotion des femmes*, deux nouveaux séminaires furent proposés pour débattre de la vie quotidienne des femmes au travail.

che wurde erweitert. 8 französischsprachige Beamtinnen oder Beamte aus Gemeindeverwaltungen des Berner Juras konnten vom Kursangebot des Personalamtes profitieren.

Die *Lehrlingsausbildung* erhielt durch den Modell-Lehrgang «Kaufmännische Lehre in der kantonalen Verwaltung Bern» neue Impulse: die Lehrmeister verschiedener Fachbereiche führten Fachkurse für Lehrlinge durch und an vier zentralen Kurstagen wurde allgemeines Verwaltungswissen vermittelt. Im Oktober fand im Rathaus eine erste zentrale Veranstaltung zur *Einführung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter* statt. Jährlich sollen künftig vier solche Einführungen durchgeführt werden.

Seit Herbst organisiert die Abteilung Ausbildung zudem nach dem Modell des früheren EFFISTA-Lunches einen *Kaderlunch*. An den drei Vorträgen nahmen insgesamt 186 Personen teil. Die neu dreimal durchgeführte *Koordinationsitzung der Ausbildungsverantwortlichen* hat bereits eine spürbare Steigerung der Effizienz und Verstärkung der zentralen und direktionsinternen Aktivitäten im Sinne des Leitbildes zur Personalpolitik gebracht.

Im kommenden Jahr stehen im Bereich der Personalentwicklung neben der Weiterführung der bisherigen Aktivitäten die folgenden Ziele im Vordergrund: *Verstärkung der Beratungstätigkeit* speziell im Zusammenhang mit der *Organisation eines internen Stellenmarktes*, Realisierung des Programmes zur *Einführung leitender Chefbeamtinnen und Chefbeamter*, Entwicklung der Konzepte «*Periodisches Mitarbeitergespräch*» und «*Kaderaufbauprogramm*» im Sinne des EFFISTA-Berichtes zur Personal- und Kaderentwicklung sowie die erstmalige Durchführung eines *Lehrlingslagers* und die Entwicklung eines Konzeptes für die Ausbildung unserer französischsprachigen kaufmännischen Lehrlinge.

2.4.5 Personalkommission

In fünf Sitzungen nahm die paritätisch zusammengesetzte Personalkommission zu personal- und besoldungsrechtlichen sowie organisatorischen Fragen der Staatsverwaltung Stellung. Im Zusammenhang mit der Behandlung von 10 Gesuchen um Überprüfung der Stelleneinreihung erwies sich in zwei Fällen eine Arbeitsplatzbesichtigung als zweckmässig. Weitere wichtige Themen betrafen:

- Neue Aufbauorganisation der Staatsverwaltung
- Zielrichtung und Zeitplan der Totalrevision des Beamten- und Lehreranstellungsrechts
- Besondere Aspekte des Punktesystems STEBE bei Neueinreihungen

2.4.6 Kommission zur Festsetzung der Mietwerte und Nebenkosten für Dienstwohnungen, Garagen sowie Ein- und Abstellplätze

Die im Zusammenhang mit der Hauptrevision der amtlichen Werte erforderlichen Neuschätzungen der Dienstwohnungen zwecks Festsetzung der Mietwerte konnten abgeschlossen und auf den 1. Mai in Kraft gesetzt werden. Die zum Teil bedeutenden Erhöhungen der bisherigen, vielfach sehr günstigen

Les cours de perfectionnement dans l'autre langue officielle donnés à Berne, Bienne, Thoune, Berthoud et Moutier furent fréquentés par 369 fonctionnaires germanophones et 82 fonctionnaires francophones. L'offre de cours en langue française fut élargie. 8 fonctionnaires francophones d'administrations communales du Jura bernois purent profiter des cours offerts par l'Office du personnel.

La *formation des apprentis* reçut une nouvelle impulsion grâce au guide méthodique type «apprentissage d'employé de commerce dans l'administration du canton de Berne»: les maîtres d'apprentissage de divers domaines spécialisés donnèrent des cours réservés aux apprentis, et les connaissances générales sur l'administration furent communiquées en quatre journées de cours centraux.

En octobre, eut lieu à l'Hôtel du gouvernement une première réunion centrale d'*information et d'accueil pour les nouvelles collaboratrices et les nouveaux collaborateurs* du canton. Quatre réunions de cette nature doivent à l'avenir être organisées chaque année.

Depuis l'automne, la section Formation organise en outre un lunch réservé aux cadres, selon le modèle de l'ancien lunch EFFISTA. 186 personnes au total ont participé aux trois conférences.

La *séance de coordination des responsables de la formation*, qui a eu lieu trois fois cette année, a déjà entraîné un accroissement sensible de l'efficacité et un renforcement des activités centrales et internes aux Directions, et ce, dans le sens de la politique appliquée par l'Etat à l'égard de son personnel.

Dans le domaine du développement du personnel, outre la poursuite des activités menées jusqu'ici, les buts suivants se trouvent au premier plan pour l'année à venir: *renforcement de l'activité de conseil* auprès du personnel suite à l'*organisation d'un marché du travail interne*, réalisation du programme d'*initiation des cadres*, développement des concepts «*entretien périodique avec les collaborateurs*» et «*programme de formation de nouveaux cadres*» dans le sens du rapport EFFISTA concernant le développement des cadres et du personnel, mise en place pour la première fois d'un *camp des apprentis* et développement d'un projet pour la formation de nos apprentis employés de commerce de langue française.

2.4.5 Commission du personnel

En cinq séances, cette commission paritaire a donné son avis sur des questions relatives à la législation sur le personnel, les salaires et l'organisation de l'administration du canton de Berne. Suite au traitement de 10 demandes de vérification de la classification d'un poste de travail, une visite sur place s'est révélée dans deux cas être tout à fait justifiée. Autres thèmes importants:

- la nouvelle organisation structurelle de l'administration de l'Etat;
- les objectifs et le calendrier de la révision totale du droit régissant les fonctionnaires et le corps enseignant;
- les aspects particuliers du système de points STEBE en cas de reclassement.

2.4.6 Commission chargée de fixer les valeurs locatives et les frais accessoires des logements, garages et places de stationnement que l'Etat met à la disposition de son personnel

Les nouvelles estimations des logements de service, demandées suite à la révision générale des valeurs officielles en vue de déterminer les valeurs locatives, purent être terminées et prendre effet au 1^{er} mai. Les augmentations en partie significatives de valeurs locatives jusqu'ici très favorables aux locatari-

Mietwerte hatten bei der Direktion zahlreiche Beschwerden zur Folge. Ende Berichtsjahr zählte man 276 Dienstwohnungen für Beamte mit Residenzpflicht.

Die Erledigung des umfangreichen Aufgabenbereiches erforderte 16 Sitzungen, wovon zwei zur Überprüfung der Mietwerte.

2.4.7 Informatik

Die neuen Aufgaben und die grundlegenden Veränderungen im organisatorischen Umfeld der Staatsverwaltung können ohne geeignete Mittel nicht mehr effizient vollzogen werden. Die Direktion ist daher bestrebt, ein zeitgemässes Personalinformationssystem für den Kanton Bern (*PERSISKA*, früher *SOLDON*) aufzubauen, welches auch das gesamte Besoldungs- und Versicherungswesen des Staatspersonals umfasst.

Ein erster Schritt wurde mit der Entwicklung und Einführung des Stellenbewirtschaftungssystems *STEBE* per 1. Januar 1989 getan. Dieses System wurde nun mit der Einführung eines Reservepools des Regierungsrates erweitert.

Ferner hat der Grosse Rat mit dem Beschluss 3956 vom 13. September 1989 die Realisierungsbewilligung für das Teilprojekt *PERSISKA-1* (Versicherungswesen) sowie die Projektierungsbewilligung für das Teilprojekt *PERSISKA-2* (Personalwesen) erteilt; damit konnte der Vollzug des neuen Versicherungskassendekrets per 1. Januar sichergestellt werden. Mit einem enormen Einsatz aller Beteiligten konnten die wichtigsten Funktionen des Systems Versicherungswesen *PERSISKA-1* realisiert und in die Produktion überführt werden.

Ein erster Teil des Subsystems *KOMAB+* für die Auszahlung der Lehrerstellvertreter der Erziehungsdirektion konnte im Rahmen des Gesamtvorhabens *PERSISKA* umgesetzt werden, so dass die Produktionsaufnahme für einen Pilotbetrieb 1991 gewährleistet ist.

Um die ausserordentliche Situation bei der Projektrealisierung beenden und den Bereich Personalwesen in Angriff nehmen zu können, wird die Gesamtprojektleitung Anfang 1991 dem Gesamtprojektausschuss *PERSISKA* ein entsprechendes Vorgehenskonzept unterbreiten. Im Laufe des Jahres 1991 wird dem Grossen Rat der Rahmen des Gesamtvorhabens *PERSISKA* vorgestellt; ebenfalls werden die erforderlichen Bewilligungen nachgesucht.

Die 1. Phase des durch den Grossen Rat mit Beschluss 3957 vom 13. September 1989 zur Realisierung freigegebenen Büroautomationssprojektes des Personalamtes *BARISPA* konnte planmässig abgeschlossen werden. Damit sind alle Arbeitsplätze des Personalamtes an das kantonale Kommunikationsnetz angeschlossen und mit ergonomischen Geräten und Bürofunktionen ausgerüstet. Die im System *BARISPA* geplanten Anwendungen für Kursadministration, Inventar usw. stehen kurz vor der Einführung. Zusätzlich wurde die Einführung eines internen Stellenmarktes (*ISM*) auf Kantonsebene vorbereitet. Der operative Start ist für Anfang 1991 vorgesehen.

2.4.8 Personalstatistik

Die folgende Tabelle 1 stellt als Stichtagsstatistik die Zahl der besetzten Stellen per Dezember dar. Als bewirtschaftbar sind alle Stellen definiert, die einer Stellenkategorie gemäss Stellenbewirtschaftungssystem *STEBE* zugeordnet werden können und die gleichzeitig den kantonalen personalrechtlichen Vorschriften unterworfen sind. Stellen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, sind von der Bewirtschaftungspflicht ausgenommen und werden als nicht bewirtschaftbar bezeichnet.

res ont eu pour conséquence de nombreux recours auprès de la Direction. A la fin de l'année sous rapport, on comptait 276 logements appartenant au canton mis à la disposition de fonctionnaires soumis à l'obligation de résidence.

La liquidation des tâches, nombreuses, a nécessité 16 séances, dont deux pour l'examen des valeurs locatives.

2.4.7 Informatique

Les nouvelles tâches et les modifications fondamentales dans l'organisation de l'administration de l'Etat ne peuvent plus être exécutées efficacement sans des moyens appropriés. Aussi, la Direction s'efforce-t-elle d'organiser un système informatique moderne sur le personnel du canton de Berne (*PERSISKA*, précédemment appelé *SOLDON*) qui englobe également le domaine des traitements et de l'assurance du personnel de l'Etat.

Un premier pas a été fait en ce sens le 1^{er} janvier 1989 avec le développement et l'introduction du système de gestion des postes (*STEBE*). Ce système a été étendu avec la mise en place de la réserve de points du Conseil-exécutif.

Par l'arrêté 3956 du 13 septembre 1989, le Grand Conseil a en outre donné son autorisation pour la réalisation du projet partiel *PERSISKA 1* (assurance) ainsi que l'autorisation d'étudier le projet partiel *PERSISKA 2* (personnel); l'entrée en vigueur du nouveau décret sur la Caisse d'assurance put de ce fait être assurée au 1^{er} janvier. Grâce à l'engagement de toutes les personnes impliquées dans le projet, les fonctions les plus importantes du système *PERSISKA 1* (assurance) purent être réalisées et passer au stade de la production.

Une première partie du sous-système «*KOMAB +*», servant au paiement des maîtres suppléants de la Direction de l'instruction publique, put être transposée dans le cadre du projet global *PERSISKA*, si bien que la mise en œuvre d'une exploitation pilote est garantie en 1991.

Afin de mettre un terme à la situation exceptionnelle dans laquelle se trouve la réalisation du projet et de pouvoir s'attaquer au domaine du personnel, la direction technique générale soumettra début 1991 à la direction générale du projet *PERSISKA* un projet d'action à cet égard. Dans le courant de 1991, le cadre du projet global *PERSISKA* sera présenté au Grand Conseil; les autorisations nécessaires seront également demandées.

C'est comme prévu que put s'achever la 1^{ère} phase du projet de bureautique *BARISPA* de l'Office du personnel, dont la réalisation avait été autorisée par le Grand Conseil par l'arrêté 3957 du 13 septembre 1989. De ce fait, toutes les places de travail de l'Office du personnel sont reliées au réseau de communication du canton et équipées d'appareils ergonomiques ainsi que de fonctions de bureau. Les applications prévues dans le système *BARISPA* pour la gestion des cours, l'inventaire, etc. sont pratiquement prêtes à être introduites. De plus, la mise en place d'un marché du travail interne (*MTI*) a été préparée au niveau cantonal. La mise en service opérationnelle est prévue début 1991.

2.4.8 Statistiques sur le personnel

Le tableau suivant présente le nombre des postes occupés en décembre. Sont définis comme étant soumis à l'obligation de gestion tous les postes qui peuvent être affectés à une catégorie existant dans le système de gestion des postes (*STEBE*) et qui sont concernés par les prescriptions cantonales relatives au droit régissant le personnel. Les postes qui ne remplissent pas ces conditions sont exclus de l'obligation de gestion et sont définis comme tels.

Tabelle 1: Stellenstatistik per 31. Dezember 1990

Besetzung bewirtschaftbare Stellen

Direktion	Anzahl Männer	Frauen	in 100%-Stellen		Total
			Männer	Frauen	
Staatskanzlei	59	24	54,45	18,74	73,19
Gerichtsverwaltung	300	162	292,87	140,13	433,00
Volkswirtschafts- direktion	442	143	419,71	108,70	528,41
Gesundheitsdirektion	917	1 379	868,55	1 169,13	2 037,68
Justizdirektion	295	190	292,45	164,83	457,28
Polizeidirektion	1 955	393	1 947,75	341,62	2 289,37
Militärdirektion	203	35	202,70	29,10	231,80
Kirchendirektion	1	3	1,00	1,90	2,90
Finanzdirektion ¹	527	249	523,75	220,87	744,62
Erziehungsdirektion ²	2 278	1 527	1 559,87	1 004,55	2 564,42
Baudirektion	692	60	683,72	51,39	735,11
Verkehr, Energie und Wasser	105	36	103,13	30,15	133,28
Forstdirektion	237	48	223,77	27,96	251,73
Landwirtschafts- direktion	287	149	276,45	123,32	399,77
Fürsorgedirektion	111	137	103,85	109,57	213,42
Gemeindedirektion	11	5	11,00	5,00	16,00
Zwischentotal	8 420	4 540	7 565,02	3 546,96	11 111,98
Vergleich zum Vorjahr					+ 73,56

Besetzung nicht bewirtschaftbare Stellen

Direktion	Anzahl Männer	Frauen	in 100%-Stellen		Total
			Männer	Frauen	
Volkswirtschafts- direktion ³	104	108	102,53	98,30	200,83
Kirchendirektion/ Pfarrer/-innen	459	64	442,86	48,90	491,76
ERZ/Lehrkräfte ⁴	341	210	238,24	112,91	351,15
Regierungsräte	7	-	7,00	-	7,00
Total per 31. 12. 1990 ⁵	9 331	4 922	8 355,65	3 807,07	12 162,72
Vergleich zum Vorjahr ⁶					+ 85,98

¹ Das Amt für Informatik wurde per 1. Februar 1990 verselbständigt (Gründung BEDAG Informatik), wovon rund 155 Stellen betroffen waren

² Ohne die dem Inselspital übertragenen Arztstellen der Universität (324.52)

³ Ausgleichskasse, Arbeitslosenkasse, Familienausgleichskasse, Versicherungsamt

⁴ Lehrkräfte an staatlichen Seminarien und Diplom-Mittelschulen

⁵ Ohne Aushilfen, Reinigungspersonal, Praktikanten, Lehrlinge sowie nebenamtliche Funktionäre

⁶ Inkl. Zuwachs der nicht bewirtschaftbaren Stellen

Jede bewirtschaftbare Stelle im Kanton Bern ist einer der fünf Stellenkategorien des STEBE-Systems zugewiesen und entspricht damit einer bestimmten Anzahl Punkte. Die nicht verbrauchten Punkte können für die befristete Anstellung von Aushilfen (sog. STEBE-Aushilfen) oder für die Anstellungen zu Lasten des Regierungsrats-Reservepools verwendet werden.

In der folgenden Tabelle sind die Ergebnisse der Stellenbewirtschaftung der Direktionen zusammengefasst:

Tabelle 2: Stellenbewirtschaftung 1990

Direktion	Punkteetat	verbrauchte Punkte	Reservepool ¹
Staatskanzlei	6 756.00	6 157.68	741.32
Gerichtsverwaltung	48 655.60	46 957.76	1 697.84
Volkswirtschaftsdirektion	47 898.60	47 724.11	1 298.49
Gesundheitsdirektion	127 450.20	124 168.10	3 450.37
Justizdirektion	39 185.84	37 903.49	375.35

Tableau 1: Statistiques des postes au 31 décembre 1990

Occupation des postes soumis à l'obligation de gestion

Direction	Nombre Hommes	Femmes	Postes à 100%		Total
			Hommes	Femmes	
Chancellerie d'Etat	59	24	54,45	18,74	73,19
Administration judiciaire	300	162	292,87	140,13	433,00
Economie publique	442	143	419,71	108,70	528,41
Hygiène publique	917	1 379	868,55	1 169,13	2 037,68
Justice	295	190	292,45	164,83	457,28
Police	1 955	393	1 947,75	341,62	2 289,37
Affaires militaires	203	35	202,70	29,10	231,80
Cultes	1	3	1,00	1,90	2,90
Finances ¹	527	249	523,75	220,87	744,62
Instruction publique ²	2 278	1 527	1 559,87	1 004,55	2 564,42
Travaux publics	692	60	683,72	51,39	735,11
Transports, énergie et eaux	105	36	103,13	30,15	133,28
Forêts	237	48	223,77	27,96	251,73
Agriculture	287	149	276,45	123,32	399,77
Œuvres sociales	111	137	103,85	109,57	213,42
Affaires communales	11	5	11,00	5,00	16,00
Sous-total	8 420	4 540	7 565,02	3 546,96	11 111,98
Comparaison avec exercice précédent					+ 73,56

Occupation des postes non soumis à l'obligation de gestion

Direction	Nombre Hommes	Femmes	Postes à 100%		Total
			Hommes	Femmes	
Economie publique ³	104	108	102,53	98,30	200,83
Cultes/ ecclésiastiques	459	64	442,86	48,90	491,76
INS/enseignants ⁴	341	210	238,24	112,91	351,15
Conseillers d'Etat	7	-	7,00	-	7,00
Total au 31. 12. 1990 ⁵	9 331	4 922	8 355,65	3 807,07	12 162,72
Comparaison avec exercice précédent ⁶					+ 85,98

¹ L'Office d'informatik a été rendu autonome au 1^{er} février 1990 (création de la BEDAG Informatik); les postes concernés étaient au nombre d'environ 155.

² Sans les postes de médecins transférés de l'Université à l'Hôpital de l'île (324.52)

³ Caisse de compensation, Caisse de chômage, Caisse d'allocations familiales, Office des assurances

⁴ Enseignants des écoles normales cantonales et des écoles du degré diplôme

⁵ Sans le personnel temporaire, le personnel de nettoyage, les stagiaires, les apprentis ni les fonctionnaires exerçant leur activité à titre accessoire

⁶ Y compris croissance des postes non soumis à l'obligation de gestion

Chaque poste soumis à l'obligation de gestion entre dans une des cinq catégories du système STEBE et correspond par là même à un nombre déterminé de points. Les points non utilisés peuvent être employés pour l'engagement de personnel temporaire (également appelé personnel temporaire STEBE) ou pour des postes à charge de la réserve de points du Conseil exécutif.

Le tableau suivant récapitule les premiers résultats de la gestion des postes des Directions:

Tableau 2: gestion des postes 1990

Direction	Budget des points	Points utilisés	Réserve ¹
Chancellerie d'Etat	6 756.00	6 157.68	741.32
Administration judiciaire	48 655.60	46 957.76	1 697.84
Economie publique	47 898.60	47 724.11	1 298.49
Hygiène publique	127 450.20	124 168.10	3 450.37
Justice	39 185.84	37 903.49	375.35

Direktion	Punkteetat	verbrauchte Punkte	Reservepool ¹
Polizeidirektion ²	156 019.80	150 911.81	4 477.99
Militärdirektion	18 229.80	17 211.62	827.18
Kirchendirektion	234.00	234.00	- 2.00
Finanzdirektion ³	65 843.71	62 979.19	2 374.52
Erziehungsdirektion ⁴	228 763.29	224 486.64	4 057.65
Baudirektion	55 168.32	52 655.06	2 103.26
Verkehr, Energie und Wasser	9 873.96	10 349.92	212.04
Forstdirektion	18 271.80	18 398.80	639.00
Landwirtschaftsdirektion	32 376.60	31 258.88	1 260.72
Fürsorgedirektion	15 981.60	15 149.22	666.11
Gemeindedirektion	1 720.92	1 707.02	- 3.10
Total Staat	872 430.04	848 253.30	24 176.74
Vergleich zum Vorjahr			- 17 110.09

¹ Abgaben an Regierungsrats-Reservepool und Neuverteilung der Punkte bewirken, dass bei einzelnen Direktionen der Reservepool nicht dem Ergebnis aus dem Punkteetat abzüglich der verbrauchten Punkte entspricht.

² Inkl. Polizeikorps mit gebundenem und nur korpsintern bewirtschaftbarem Punkteetat

³ Das Amt für Informatik wurde per 1. Februar 1990 verselbständigt (Gründung BEDAG Informatik), wovon rund 13 900 Etatpunkte betroffen waren. Es ist zu beachten, dass die Steuerverwaltung im Nicht-Veranlagungsjahr 1990 über 3720 Stellenpunkte weniger verfügt.

⁴ Ohne die dem Inselspital übertragenen Arztstellen der Universität (30 080.16 Stellenpunkte)

Wie aus der Tabelle 2 hervorgeht, betrug der nicht verbrauchte Saldo des Reservepools rund +24 200 Punkte oder 17 000 Punkte weniger als im Vorjahr. Dies bedeutet, dass ca. 3 Prozent der bewilligten Stellenpunkte nicht beansprucht worden sind. Die Reservepoolsaldi der nur in sich bewirtschaftbaren Dienststellen, nämlich des Polizeikorps und der Universität, betragen 3976.62 bzw. 3256.01 Stellenpunkte.

Die nicht beanspruchten Punkte verfallen nach dem STEBE-System per Ende des Jahres und werden nicht auf das folgende Jahr übertragen.

Im Jahre 1990 betrug der durchschnittliche Punktwert 1264 Franken. Diese Angabe bezieht sich nur auf die bewirtschaftbaren Stellen und kann damit nicht als Berechnungsfaktor für die gesamten Personalausgaben herangezogen werden.

2.4.9 Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung

Mit dem Inkrafttreten des neuen Versicherungskassendekretes auf den 1. Januar wurde eine ausgewogene und fortschrittliche Pensionskassenregelung für das im Staatsdienst stehende Personal geschaffen und die Gleichstellung von Mann und Frau (flexibles Rücktrittsalter, Versicherungsschutz des Ehegatten im Todesfall) realisiert. Für die Verwaltung der Kasse war das abgelaufene Geschäftsjahr dadurch stark von fachlichen und organisatorischen Änderungen geprägt. Im Zentrum stand zudem auch die Erfüllung der Informationspflicht der Kasse. Bis im Herbst wurden die Mitglieder nicht nur generell über die neue Pensionskassenregelung orientiert, sondern wurden auch individuell über die Einkaufsmöglichkeiten und Leistungsansprüche informiert.

Der Bestand der Aktivmitglieder der Versicherungskasse erhöhte sich von 20 336 auf 20 880 Personen. 20 507 gehörten der Rentenversicherung, 103 der Sparkasse und 270 der Risikoversicherung an. Den Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger wurden Renten von total 143,3 Mio. Franken ausgerichtet, d.h. 13,4 Mio. Franken mehr als im Vorjahr.

Die paritätisch zusammengesetzte Verwaltungskommission nahm in zwölf Sitzungen nicht nur zu den ordentlichen Kassengeschäften, wie Behandlung von Gesuchen um vorzeitige Pensionierung, Beiträge aus der Unterstützungskasse, Abschluss von Anschlussvereinbarungen Stellung. Sie befasste sich zu-

Direction	Budget des points	Points utilisés	Réserve ¹
Police ²	156 019.80	150 911.81	4 477.99
Affaires militaires	18 229.80	17 211.62	827.18
Cultes	234.00	234.00	- 2.00
Finances ³	65 843.71	62 979.19	2 374.52
Instruction publique ⁴	228 763.29	224 486.64	4 057.65
Travaux publics	55 168.32	52 655.06	2 103.26
Transports, énergie et eaux	9 873.96	10 349.92	212.04
Forêts	18 271.80	18 398.80	639.00
Agriculture	32 376.60	31 258.88	1 260.72
Œuvres sociales	15 981.60	15 149.22	666.11
Affaires communales	1 720.92	1 707.02	- 3.10
Total Etat	872 430.04	848 253.30	24 176.74
Comparaison avec exercice précédent			- 17 110.09

¹ Etant donné que des points ont été versés à la réserve de points du Conseil exécutif et redistribués, le fonds de réserve de certaines Directions ne correspond pas au résultat qu'on obtiendrait en soustrayant les points utilisés du budget des points.

² Y compris Corps de police avec budget des points liés et seulement soumis à l'obligation de gestion interne.

³ L'Office d'informatique a été rendu autonome au 1^{er} février 1990 (création de la BEDAG Informatik); les points budgétés étaient au nombre d'environ 13 900. Il est à noter que l'Intendance des impôts a 3720 points de moins à sa disposition pour 1990 (année de non-taxation).

⁴ Sans les postes de médecins transférés de l'Université à l'Hôpital de l'île (30 080.16 points).

Comme on le voit au tableau 2, le solde des points de la réserve non utilisés est d'environ 24 200 soit 17 000 points en moins par rapport à l'exercice précédent. Cela signifie qu'environ 3 pour cent des points autorisés n'ont pas été utilisés. Les soldes des réserves de points des services seulement soumis à l'obligation de gestion interne, à savoir le Corps de police et l'Université, sont respectivement de 3976.62 et de 3256.01 points.

Dans le système STEBE, les points non utilisés ne sont plus valables après la fin de l'année et ne peuvent pas être reportés sur l'année suivante.

En 1990, la valeur moyenne du point s'élevait à 1264 francs. Cette valeur ne concernant que les postes soumis à l'obligation de gestion, elle ne peut être utilisée comme facteur de calcul pour l'ensemble des dépenses du personnel.

2.4.9 Caisse d'assurance de l'administration de l'Etat de Berne

Au 1^{er} janvier, l'entrée en vigueur du nouveau décret sur la Caisse d'assurance institue une réglementation équilibrée et moderne de la caisse de retraite du personnel travaillant au service de l'Etat, ainsi que l'égalité entre les hommes et les femmes (retraite à la carte, couverture de l'époux en cas de décès). L'exercice écoulé a été ainsi fortement marqué par des changements d'ordre technique et organisationnel affectant l'administration de la Caisse. Le devoir d'informer de la Caisse s'est en outre également trouvé au centre des préoccupations. Jusqu'à l'automne, les affiliés à la Caisse furent non seulement informés de manière générale sur la nouvelle réglementation de la caisse de retraite mais également individuellement sur les possibilités de rachats et sur leurs droits aux prestations.

L'effectif des membres actifs de la Caisse d'assurance est passé de 20 336 à 20 880. 20 507 étaient affiliés à l'assurance-rente, 103 à la caisse d'épargne et 270 à l'assurance-risque. Des rentes d'un montant total de 143,3 millions de francs ont été versées aux bénéficiaires de rente, ce qui représente 13,4 millions de plus que l'année précédente.

Au cours de douze séances, la Commission administrative composée de façon paritaire a préavisé les affaires courantes de la Caisse comme le traitement de demandes de retraite anticipée, le versement de prestations de la caisse de secours, la conclusion de conventions d'affiliation. Elle s'est en outre

sätzlich an diesen Sitzungen mit den zum neuen Versicherungskassendekret zu erlassenden Detailregelungen und Ausführungsbestimmungen sowie den damit verbundenen Änderungen an der internen Organisation der Kasse.

Seit dem 1. Januar ist die Versicherungskasse nicht mehr verpflichtet, das Vermögen der Kasse ausschliesslich bei der Staatsbank anzulegen. Entsprechend dem Bericht des Regierungsrates betreffend Anlagepolitik der beiden bernischen Versicherungskassen vom 18. Januar 1989 und entsprechend den von der Verwaltungskommission am 25. Juni 1990 beschlossenen Anlagerichtlinien bleibt zwar das Altgeld (das am 31. Dezember 1989 bestehende Guthaben auf den Spezialfonds von rund 2,07 Mrd. Fr.) bei der Staatsbank, wurde dort aber im Jahr 1990 im Vergleich zu den Vorjahren bedeutend besser verzinst (vom 1. Januar bis zum 31. März mit 5,25%, vom 1. April bis zum 30. September mit 5,5% und ab dem 1. Oktober mit 5,75%). Zudem erfolgten erste Umschichtungen im Gesamtbetrag von 130 Mio. Franken in höherverzinsliche Darlehen (vereinbarter Zinssatz 7%). Das ab dem 1. Januar aus den Überschüssen der laufenden Rechnungen (inkl. Erträge auf dem Altgeld) anfallende Neugeld wurde durch den Anlageausschuss der Verwaltungskommission entweder in Form von Darlehen (150 Mio. Fr.) oder im Verwaltungsauftrag (122 Mio. Fr.) bei verschiedenen Banken angelegt. Die durchschnittliche Verzinsung der Darlehen beträgt 7 Prozent und die auf eine Jahresbasis umgerechnet Performance bei den Verwaltungsaufträgen betrug zum Tageswert 7,18 Prozent bzw. zum Buchwert 5,34 Prozent.

Im abgelaufenen Jahr hielt die Wohnbaukommission 9 Sitzungen ab. Die Kommission sprach 70 Kassenmitgliedern Wohnbaudarlehen in der Höhe von 9 Mio. Franken zu. Am Jahresende belief sich die Gesamtsumme der gewährten Darlehen auf 20 (Vorjahr: 16,3) Mio. Franken.

Jahresrechnung in Mio. Franken	Aufwand	Ertrag
Renten	143,3	
Ausbezahlte Freizügigkeitsleistungen	44,6	
Sonstiger Aufwand	2,2	
Zunahme Vorsorgekapital	355,0	
Beiträge		307,9
Einkäufe und einbezahlte Freizügigkeitsleistungen		41,3
Vermögenserträge		130,8
Zinsen auf dem Defizit		47,1
Sonstige Erträge		2,5
Freisetzung Sparkapital		15,5
Total	545,1	545,1

2.4.10 *Zweigstelle Staatspersonal der Ausgleichskasse des Kantons Bern*

2.4.10.1 *Beiträge*

Die im Geschäftsjahr (1.2.1990 bis 31.1.1991) bezogenen AHV/IV/EO-Beiträge für das Staatspersonal, die Lehrerschaft und das Personal der angeschlossenen Betriebe erreichten die Gesamtsumme von 211200309.35 Franken. Die für die gleiche Zeit bezogenen ALV-Beiträge betragen 7608704.40 Franken.

2.4.10.2 *Erwerbsausfallentschädigungen*

Es wurden 12874 Soldmeldekarten verarbeitet. Für die daraus resultierenden 120107 Soldtage wurden 10705519.55 Franken an Erwerbsausfallentschädigung verrechnet, wovon 4298755.65 Franken für das Staatspersonal und 3280207 Franken für die Lehrerschaft.

occupée lors de ces séances des réglementations de détail et des dispositions d'exécution concernant le nouveau décret sur la Caisse d'assurance ainsi que des changements qui affectent de ce fait l'organisation interne de la Caisse.

La Caisse d'assurance n'est plus tenue depuis le 1^{er} janvier de placer sa fortune exclusivement à la banque de l'Etat. Cependant, conformément au rapport du Conseil-exécutif du 18 janvier 1989 concernant la politique de placement des deux Caisse d'assurance bernoises et conformément aux directives sur les placements édictées par la Commission administrative le 25 juin 1990, les fonds anciens (l'avoir existant au 31 décembre 1989 sur les fonds spéciaux d'environ 2,07 milliards de francs) demeurent à la banque de l'Etat où ils furent bien mieux rémunérés en 1990 que les années précédentes (à 5,25 pour cent du 1^{er} janvier au 31 mars, à 5,5 pour cent du 1^{er} avril au 30 septembre et à 5,75 pour cent à dater du 1^{er} octobre). En outre, il a été procédé aux premiers regroupements de capitaux d'un montant global de 130 millions de francs en prêts fortement rémunérateurs (taux d'intérêt consenti à 7 pour cent). L'argent frais provenant des excédents des comptes de fonctionnement (y compris les revenus qu'ont rapportés les fonds anciens) a été placé par la section des placements de la Commission administrative soit sous forme de prêts (150 millions de francs) soit sous forme de mandats administratifs (122 millions de francs) auprès de différentes banques. L'intérêt moyen des prêts est de 7 pour cent et le revenu annuel des mandats administratifs se montait à la valeur du jour à 7,18 pour cent, soit à une valeur comptable de 5,34 pour cent.

L'année dernière, la Commission pour la construction de logements a siégé à neuf reprises. Elle a consenti des prêts à l'acquisition de logements d'un montant total de 9 millions de francs à 70 personnes affiliées à la Caisse. A la fin de l'année, la somme globale des prêts consentis se montait à 20 millions de francs (année précédente 16,3).

Bilan annuel en millions de francs	Charges	Revenus
Rentes	143,3	
Prestations de libre passage versées	44,6	
Autres charges	2,2	
Augmentation du capital-prévoyance	355,0	
Contributions		307,9
Rachats et prestations de libre passage encaissées		41,3
Revenus de la fortune		130,8
Intérêts sur le déficit		47,1
Autres revenus		2,5
Déblocage capital - épargne		15,5
Total	545,1	545,1

2.4.10 *Agence du personnel de l'Etat de la Caisse de compensation du canton de Berne*

2.4.10.1 *Cotisations*

Les cotisations AVS/AI/ APG perçues par l'Agence du personnel de l'Etat durant l'exercice 1990 (du 1.2.1990 au 31.1.1991) pour le personnel de l'Etat, le corps enseignant et le personnel des entreprises affiliées ont atteint un total de 211200309 francs 35. Les cotisations AC perçues durant la même période s'élèvent à 7608704 francs 40.

2.4.10.2 *Allocations versées au titre de l'APG*

12874 cartes d'avis de solde furent traitées. Pour les 120107 journées de solde qui en sont résultées, les allocations versées au titre de l'APG ont totalisé 10705519 francs 55: 4298755 francs 65 ont concerné le personnel de l'Etat et 3280207 francs les enseignants.

2.4.10.3 Renten

Für die durch die Zweigstelle Staatspersonal betreuten 5500 Rentnerinnen und Rentner wurden ca 103 800 000 Franken an Renten (AHV/IV/EL) ausbezahlt.

2.5 **Liegenschaftsverwaltung**2.5.1 *Allgemeines**Interne Organisation*

Das durch den Regierungsrat am 20. September 1989 mit der Realisierungs- und Ausgabenbewilligung freigegebene Projekt LEVIS (Liegenschaftsverwaltungs-Informationen-System) konnte 1990 teilweise in Betrieb genommen werden, indem alle Arbeitsplätze mit der entsprechenden Hardware und arbeitsplatzbezogener Standard-Software ausgerüstet wurden. Das durch die Firma BEDAG-INFORMATIK zu entwickelnde Softwarepaket «LEVIS» kann infolge von personellen Engpässen erst im Laufe des Jahres 1991 etappenweise in die Produktion überführt werden.

Administration

Gemäss Dekret über die Organisation der Finanzdirektion (Änderung vom 16. November 1989) übernimmt die Liegenschaftsverwaltung neu auch die Verwaltung der Staatswälder. Diese Bestimmung wird infolge der Verzögerung im Projekt LEVIS erst im Jahre 1991 in Kraft treten. Die Miet- und Bau-rechtszinse wurden aufgrund der neuen Hypothekarzinsse, soweit möglich und vertretbar, den neuen Verhältnissen angepasst (Artikel 33, Absatz b, Finanzhaushaltgesetz).

Raumbeschaffung für die Zentralverwaltung

Bedingt durch zusätzliche Umweltschutzaufgaben und deren Vollzug im Jahre 1991 benötigt das KIGA die bisher von der Kreisleitung Bern-Mittelland des kantonalen Amtes für Berufsbildung belegten Räume im Gebäude Laupenstrasse Nr. 22. Durch Abschluss eines entsprechenden Mietvertrages für eine Fläche von ca. 460 m² im Gebäude Fellerstrasse Nr. 23 konnte die Verlegung des kantonalen Amtes für Berufsbildung sichergestellt werden. Für die Unterbringung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Direktion für Verkehr, Energie und Wasser und der Baudirektion wurden ca. 910 m² im Gebäude Reiterstrasse Nr. 9b mietweise übernommen.

Schulen und Anstalten

Gestützt auf den Grossratsbeschluss vom 29. August 1989 betreffend Übertragung einer weiteren Aufgabe an die Hypothekarkasse des Kantons Bern zum Zwecke der Beschaffung von Räumlichkeiten für staatliche Verwaltungstätigkeit hat die Hypothekarkasse des Kantons Bern die beiden Liegenschaften an der Kontrollstrasse Nr. 26 und an der Alexander-Schöni-Strasse Nr. 40 der Firma Biella-Neher AG in Biel erworben. Damit können die Platzverhältnisse der Ingenieurschule in Biel ganz wesentlich verbessert werden.

Öffentliche Sachen

Die Abgabe für jede über den Gemeingebrauch hinausgehende Inanspruchnahme von öffentlichen Gewässern wurde soweit vorbereitet, dass diese gemäss Verordnung vom 24. Oktober 1990 per 1. Januar 1992 eingefordert werden kann. Dadurch entstehen Mehreinnahmen von ca. 1,3 Mio. Franken pro Jahr.

2.4.10.3 Rentes

Environ 103 800 000 francs de rentes (AVS/AI/Prestations complémentaires) ont été déboursés pour les 5500 retraités de la fonction publique pris en charge par l'Agence du personnel de l'Etat.

2.5 **Administration des domaines**2.5.1 *Généralités**Organisation interne*

Le projet LEVIS (système d'information de l'Administration des domaines), dont l'autorisation de réalisation et de dépenses a été donnée le 20 septembre 1989 par le Conseil-exécutif, put être mis partiellement en exploitation en 1990, attendu que tous les postes de travail furent équipés avec le matériel correspondant et le logiciel-standard adapté. Le programme-produit «LEVIS» qui doit être développé par la BEDAG Informatik ne peut être passé dans la production que par étapes et dans le courant de l'année 1991 par suite de manque de personnel.

Administration

Conformément au décret sur l'organisation de la Direction des finances (modification du 16 novembre 1989), l'Administration des domaines prend désormais en charge la gestion des forêts domaniales. Cette disposition n'entrera en vigueur qu'en 1991 suite au retard pris dans la mise en œuvre du projet LEVIS. Les loyers et rentes de droit de superficie ont été autant qu'il était possible et raisonnable, ajustés aux nouvelles conditions découlant des nouveaux intérêts hypothécaires (art. 33, lit. b, loi sur les finances).

Acquisition de locaux pour l'administration centrale

En raison des tâches supplémentaires de protection de l'environnement devant être effectuées en 1991, l'OCIAMT a requis les locaux de l'immeuble du 22, Laupenstrasse, occupés jusqu'ici par la direction de l'arrondissement Berne-Mittelland de l'Office de la formation professionnelle. Un bail ayant été conclu pour une superficie d'environ 460 m² dans le bâtiment du 23, Fellerstrasse, le transfert de l'Office de la formation professionnelle du canton put être assuré. Afin de donner des locaux aux collaborateurs et aux collaboratrices de la Direction des transports, de l'énergie et des eaux et à ceux de la Direction des travaux publics, on loua environ 910 m² dans le bâtiment du 9b, Reiterstrasse.

Ecoles et établissements

En vertu de l'arrêté du Grand Conseil du 29 août 1989 concernant le transfert à la Caisse hypothécaire du canton de Berne d'une nouvelle tâche consistant à se procurer des locaux devant servir aux activités de l'administration de l'Etat, la Caisse hypothécaire du canton de Berne a acheté à la firme Biella-Neher SA deux biens-fonds sis au 26, Kontrollstrasse, et au 40, Alexander-Schöni-Strasse, à Bienne. Les conditions de logement de l'école d'ingénieurs purent de ce fait être considérablement améliorées.

Choses publiques

La taxe d'usage commun accru et particulier des voies d'eau publiques fut préparée de manière à être exigible au 1^{er} janvier 1992 en vertu de l'ordonnance du 24 octobre 1990. Il en résultera une augmentation des recettes de l'ordre de 1,3 million de francs par an.

Liegenschaftsverkehr

Gemäss Tauschvertrag vom 16. Februar 1990 wurden die Liegenschaften Herrengasse Nrn. 15, 17, 19, 21 und Theaterplatz Nr. 13 der Einwohnergemeinde Bern gegen die Parzelle Nr. 1946 im Halte von 68,73 Aren an der Friedbühlstrasse und Bezahlung eines Aufpreises von 273 000 Franken abgetreten.

Als Gegenleistung für den Verzicht auf den Nutzungsanspruch von ca 3014 m² Bruttogeschossfläche im Gebäude Länggassstrasse 49 in Bern wurde der Einwohnergemeinde Bern die Liegenschaft Schwarztorstrasse Nr. 5, welche zur Unterbringung der Abteilung Sozialpädagogik der Städtischen Schule für Beruf-, Fach- und Fortbildung (BFF) dient, zum Preise von 4 063 500 Franken verkauft.

An die Einwohnergemeinde Langenthal wurde ein Abschnitt von 28,41 Aren der Parzelle Nr. 1027 an der Aarwangenstrasse in Langenthal zur Erstellung eines Verwaltungsgebäudes zum Preise von 1 Mio. Franken verkauft.

In der Gemeinde Saicourt wurden diverse ältere renovationsbedürftige Einfamilienhäuser an Mitarbeiter/-innen der Psychiatrischen Klinik oder an Einwohner der Gemeinde Saicourt verkauft.

Wirtschaftsförderung

Der Firma CTL Horlogerie SA in der Gemeinde Villeret «Les Faverges» wurde die Fläche von 89,57 Aren zum Preise von 199 812.75 Franken zur Erstellung eines Fabrikgebäudes verkauft.

In der Gemeinde Zweisimmen konnten Herrn G. Trachsel-Zysset, Lüftungstechniker, 40,87 Aren zum Preise von 197 120 Franken und der Firma Television & Radio Bürki & Co 10,73 Aren zum Preise von 118 030 Franken zur Erstellung ihrer Betriebsgebäude verkauft werden.

Transactions immobilières

En vertu du contrat d'échange du 16 février 1990, les biens-fonds de la commune municipale de Berne sis aux 15, 17, 19 et 21, Herrengasse, et au 13, Theaterplatz, furent cédés contre la parcelle N° 1946 d'une contenance de 68,73 ares, sise Friedbühlstrasse, avec paiement d'un supplément de 273 000 francs.

Le bien-fonds du 5, Schwarztorstrasse, qui abrite la section de sociopédagogie de l'école de formation professionnelle, de cours spécialisés et de perfectionnement préparatoire de Berne (BFF), fut vendu à la commune municipale de Berne au prix de 4 063 500 francs en échange du renoncement à l'utilisation d'environ 3014 m² de surface brute au plancher dans le bâtiment du N° 49, Länggassstrasse à Berne.

28,41 ares furent distraits de la parcelle N° 1027, sise Aarwangenstrasse à Langenthal, et vendus à la commune municipale de Langenthal au prix de 1 million de francs pour qu'elle y construise un bâtiment administratif.

Dans la commune de Saicourt, diverses maisons individuelles assez anciennes et nécessitant des rénovations furent vendues à des collaborateurs et collaboratrices de la clinique psychiatrique ou à des habitants de la commune de Saicourt.

Encouragement de l'économie

89,57 ares sis dans la commune de Villeret «Les Faverges» furent vendus au prix de 199 812 francs 75 à la firme CTL Horlogerie SA pour qu'elle y construise un bâtiment industriel.

Dans la commune de Zweisimmen, 40,87 ares furent vendus au prix de 197 120 francs à Monsieur G. Trachsel-Zysset, technicien en systèmes d'aération, et 10,73 ares furent vendus au prix de 118 030 francs à la firme de radios et de télévisions Bürki & Co, et ce, pour qu'ils y construisent des bâtiments d'exploitation.

2.5.2 Grundstückverkehr (ohne Landerwerb für die Wirtschaftsförderung)

	Finanz- vermögen Fr.	Verwaltungs- vermögen Fr.
Buchwert aller Liegenschaften per 1. Januar 1990	88 545 250.-	614 362 415.40
+ Investitionen durch Bautätigkeit im Jahre 1990	-	75 076 424.55
- Subventionsbeiträge im Jahre 1990	-	20 059 138.05
+ Zuwachs durch Kauf, Tausch im Jahre 1990	311 405.25	5 989 933.50
- Abgang durch Kauf, Tausch im Jahre 1990	3 415 491.-	341 737.-
- Abschreibungen per 1990	-	61 436 241.40
Buchwert aller Liegenschaften per 31. Dezember 1990	85 441 164.25	613 591 657.-

Landerwerb und -verkauf Einnahmen aus Landverkäufen

	Fr.
1984	6 578 468
1985	4 729 616
1986	786 652
1987	6 357 452
1988	3 614 688
1989	1 772 545
1990	3 757 228

2.5.2 Transactions immobilières (sans les terrains acquis pour la Promotion économique)

	Patrimoine financier Fr.	Patrimoine administratif Fr.
Valeur comptable de tous les biens-fonds au 1 ^{er} janvier 1990	88 545 250.-	614 362 415.40
+ Investissements par constructions en 1990	-	75 076 424.55
- Subventions en 1990	-	20 059 138.05
+ Augmentation par achat, échange en 1990	311 405.25	5 989 933.50
- Diminution par achat, échange en 1990	3 415 491.-	341 737.-
- Amortissement pour 1990	-	61 436 241.40
Valeur comptable de tous les biens-fonds au 31 décembre 1990	85 441 164.25	613 591 657.-

Acquisitions et ventes de terrains Recettes provenant de ventes de terrains

	Fr.
1984	6 578 468
1985	4 729 616
1986	786 652
1987	6 357 452
1988	3 614 688
1989	1 772 545
1990	3 757 228

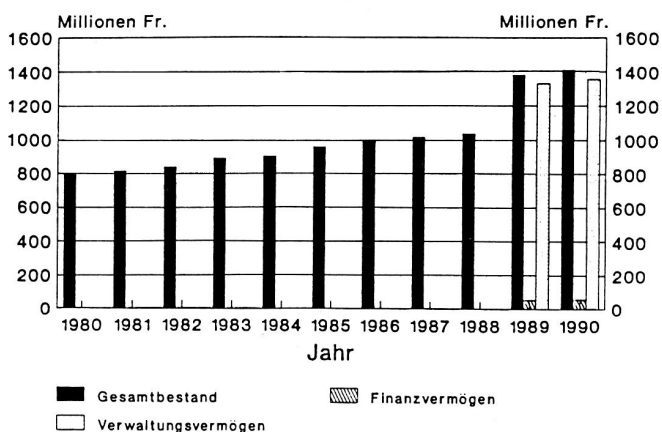
Ausgaben für Landerwerb

	Fr.
1984	1 894 020
1985	3 619 230
1986	1 417 378
1987	3 068 578
1988	1 138 000
1989	343 304
1990	6 301 339

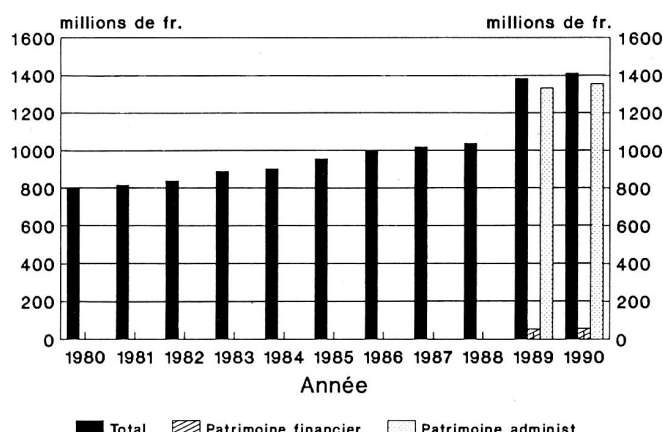
Dépenses pour acquisitions de terrains

	Fr.
1984	1 894 020
1985	3 619 230
1986	1 417 378
1987	3 068 578
1988	1 138 000
1989	343 304
1990	6 301 339

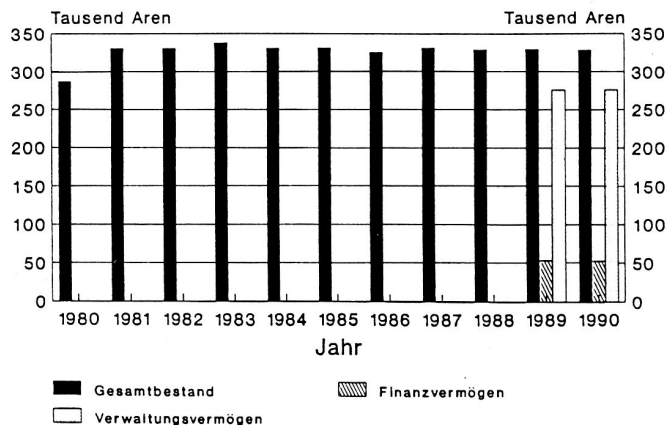
Statistik über den Domänenbestand; Amtlicher Wert
Infolge von Neuinvestitionen ist der amtliche Wert im Jahre 1990 entsprechend angestiegen.



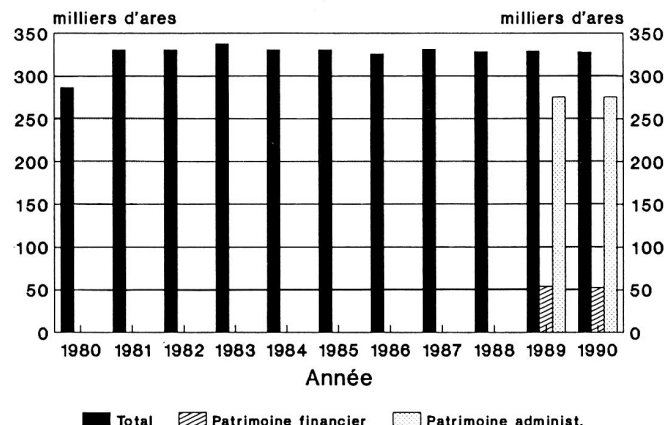
Statistiques de l'état des domaines; valeur officielle
De nouveaux investissements ont entraîné une augmentation de la valeur officielle en 1990.



Statistik über den Domänenbestand; Fläche (Aren)
Wie die nachfolgende Statistik darstellt, konnte der Gesamtflächenbesitz des Staates Bern in den letzten zehn Jahren erhalten werden.

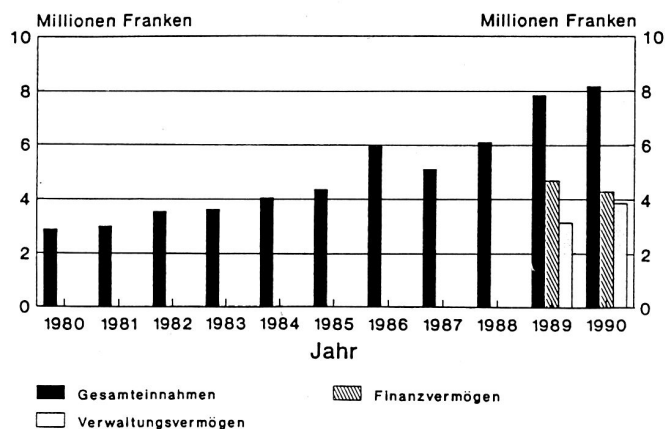


Statistiques de l'état des domaines; superficie (en ares)
Comme le montre la statistique suivante, la superficie totale des possessions de l'Etat de Berne a pu être maintenue ces dix dernières années.



2.5.3 Mietverhältnisse

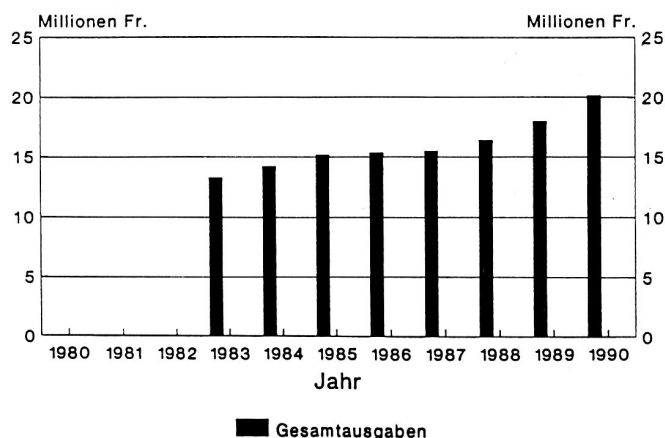
Statistik über die Entwicklung der Miet-, Pacht- und Baurechtszinsseinnahmen



Statistik über die vom Staat Bern zu bezahlenden Mietzinse an Dritte

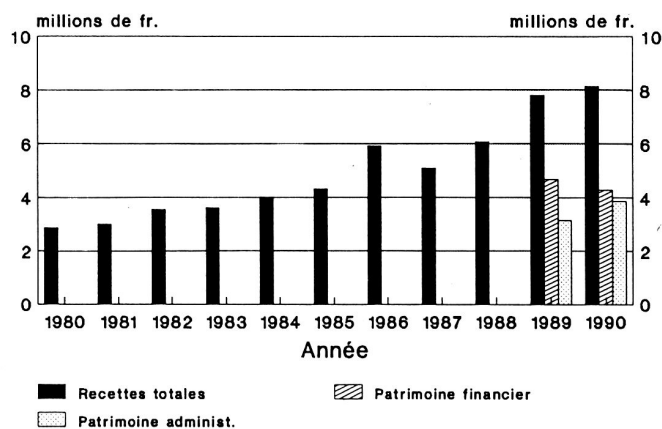
Die Zinsentwicklung wirkte sich auch auf die vom Staat Bern für Büroräume zu bezahlenden Mietzinse aus. Eine weitere Steigerung der Ausgaben im Bereich der zugemieteten Räume für Dienststellen ist in Zukunft nicht abzuwenden.

Die nachfolgende Statistik zeigt die Entwicklung der Mietzinsausgaben des Staates Bern der letzten Jahre.



2.5.3 Loyers

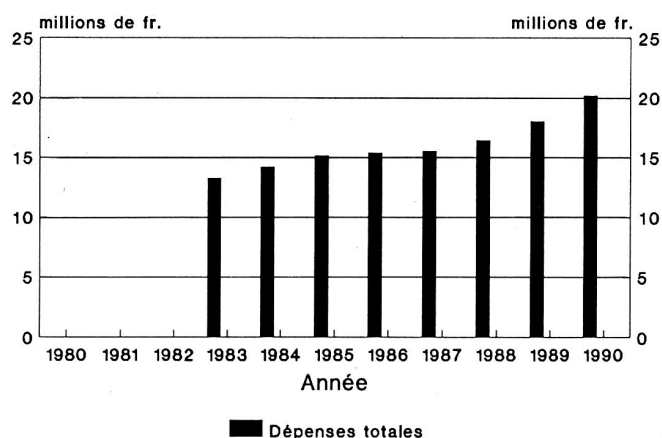
Statistiques de l'évolution des recettes provenant des loyers, fermages et rentes de droit de superficie



Statistique des loyers payés par l'Etat de Berne à des tiers

L'évolution des taux d'intérêts s'est répercutée sur les loyers payés par l'Etat de Berne pour ses bureaux. Il est en outre impossible d'éviter une autre augmentation des dépenses en matière de location de locaux pour les services.

La statistique suivante montre l'évolution des dépenses de l'Etat de Berne pour les loyers des dernières années.



3. Parlamentarische Vorlagen und wichtige Verordnungen

- Gesetz über die Berner Kantonalbank
- Gesetz über die direkten Staats- und Gemeindesteuern (Änderung)
- Gesetz über die Stellenschaffung, -plafonierung und -bewirtschaftung
- Dekret betreffend die Steuerteilung unter bernischen Gemeinden (Änderung)
- Grossratsbeschluss betreffend die Begrenzung und Festsetzung von staatlichen Baubeiträgen 1991-1994
- Verordnung über die steuerbegünstigten Arbeitsbeschaffungsreserven

3. Textes législatifs soumis au Parlement et ordonnances importantes

- Loi sur la Banque cantonale bernoise
- Loi sur les impôts directs de l'Etat et des communes (Modification)
- Loi sur la création, le plafonnement et la gestion des postes de l'administration
- Décret concernant le partage de l'impôt entre les communes bernoises (Modification)
- Arrêté du Grand Conseil concernant la limitation et la fixation des subventions cantonales à la construction 1991-1994
- Ordonnance sur les réserves de crise bénéficiant d'allégements fiscaux

- Gewinnungskostenverordnung (Änderung)
- Verordnung über die Ausnahmen von der Steuerpflicht (Änderung)
- Verordnung über die Berechnung der Verzugs- und Vergütungszinse (Änderung)
- Verordnung über die Nachbesteuerung von ertragsbesteuertem Bauland
- Verordnung über die Steuerermässigung bei Grundstücksverkauf an Mieter oder Pächter
- Verordnung über die Unterhalts-, Betriebs- und Verwaltungskosten von Grundstücken (Änderung)
- Verordnung über Erlass, Stundung und Abschreibung von Steuern (Änderung)
- Verordnung betreffend die Besteuerung der ausländischen Arbeitnehmer (Quellensteuerverordnung) (Änderung)
- Verordnung über die Erhebung von Abgaben bei gesteigertem Gemeingebrauch oder Sondernutzung von öffentlichen Gewässern).

4. **Parlamentarische Vorstösse**

4.1 **Abschreibung von Motionen und Postulaten**

4.1.1 *Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate*

Postulat Rychen vom 17. Mai 1988 betreffend Ausarbeitung eines neuen Gegenseitigkeitsabkommens unter verschiedenen Pensionskassen.

Der Vorstoss ist mit dem Beitritt der Versicherungskasse zum Freizügigkeitsabkommen 90 erfüllt.

Motion Fuchs vom 14. Dezember 1989 betreffend Ausbau der humanitären Hilfe.

Die verlangte Verdoppelung der Beiträge für Entwicklungs- und humanitäre Hilfe ist mit dem Budget 1991 erfolgt.

Postulat Boillat vom 13. November 1989 betreffend eine Behandlung der Steuererklärungen durch elektronische Datenverarbeitung.

Die Anliegen des Postulanten wurden im Rahmen der Steuergesetzrevision 1991 soweit als möglich berücksichtigt.

Postulat Vollmer vom 18. Mai 1989 betreffend Mehrwertabschöpfung bei Planungsgewinnen.

Anliegen wurde im Rahmen der Steuergesetzrevision 91 diskutiert. Fragestellung soll im Rahmen eines abgabenrechtlichen Spezialerlasses geprüft werden. Der Grosse Rat hat auf eine Regelung im Steuergesetz verzichtet.

Postulat Steinlin vom 8. November 1990 betreffend Hypothekenzinsen der Staatsbanken.

Der Regierungsvertreter im Bankrat der Berner Kantonalbank hat sich mehrmals für eine Überprüfung der Zinssituation verwendet. Angesichts der unverändert hohen Kosten für die Mittelbeschaffung am Markt musste der Bankrat an der Hypothekenzinserhöhung jedoch festhalten.

Postulat BUK vom 25. Juni 1987 betreffend unverteilte Kirchensteuern.

Der Regierungsrat hat im Oktober 1990 Verordnungsbestimmungen erlassen, welche es erlauben, nicht zurückgeforderte Kirchensteuern ausländischer Arbeitnehmer an Organisationen auszurichten, welche Aufgaben in sozialer und/oder kultureller Hinsicht für Ausländer wahrnehmen.

Motion Gallati vom 5. November 1986 betreffend organisatorische Konsequenzen der Reduzierung der Zahl der Regierungsräte von 9 auf 7.

- Ordonnance concernant les frais d'obtention du revenu
- Ordonnance concernant les exemptions de l'impôt (Modification)
- Ordonnance sur le calcul de l'intérêt moratoire et de la bonification d'intérêt (Modification)
- Ordonnance concernant l'impôt supplémentaire perçu sur le terrain à bâtir imposé à sa valeur de rendement
- Ordonnance sur la réduction d'impôt en cas d'aliénation d'immeubles aux locataires ou aux fermiers
- Ordonnance concernant la défalcation des frais d'entretien, d'exploitation et de gérance d'immeubles (Modification)
- Ordonnance concernant la remise, le sursis et les éliminations en matière d'impôts (Modification)
- Ordonnance concernant l'imposition des travailleurs étrangers (Ordonnance sur les impôts à la source) (Modification)
- Ordonnance sur la perception de redevances pour l'usage commun accru ou l'usage particulier des voies d'eaux publiques.

4. **Interventions parlementaires**

4.1 **Classement de motions et de postulats**

4.1.1 *Classement de motions et de postulats réalisés*

Postulat Rychen du 17 mai 1988 concernant l'élaboration d'un nouvel accord de réciprocité entre différentes caisses de pension.

Cette intervention est réalisée avec l'adhésion de la Caisse d'assurance à la convention sur le libre passage de 1990

Motion Fuchs du 14 décembre 1989 demandant l'extension de l'aide humanitaire.

Le doublement des contributions destinées à l'aide au développement ainsi qu'à l'aide humanitaire a été inscrit au budget 1991.

Postulat Boillat du 13 novembre 1989 concernant le traitement informatisé des déclarations fiscales.

Les requêtes de l'auteur du postulat ont été prises en compte le plus largement possible dans le cadre de la révision de la loi sur les impôts 1991.

Postulat Vollmer du 18 mai 1989 demandant la réalisation du prélèvement de la plus-value créée par les bénéfices de l'aménagement.

Les requêtes de l'auteur furent discutées dans le cadre de la révision 1991 de la loi sur les impôts. La problématique doit être étudiée dans le cadre d'un texte législatif spécial. Le Grand Conseil a renoncé à édicter une réglementation dans la loi sur les impôts.

Postulat Steinlin du 8 novembre 1990 concernant les taux hypothécaires des banques de l'Etat.

Le représentant du gouvernement au Conseil de Banque de la Banque Cantonale de Berne s'est attelé à plusieurs reprises à l'examen de la situation régnant sur le marché des taux d'intérêts. Au vu des dépenses toujours élevées qu'occasionne l'obtention de liquidités sur le marché, le Conseil de Banque dut toutefois se résoudre à l'augmentation des taux hypothécaires.

Postulat CSE du 25 juin 1987 concernant les impôts paroissiaux versés par les étrangers.

Le Conseil-exécutif a promulgué par voie d'ordonnance en octobre 1990 des dispositions qui permettent de verser aux œuvres sociales et culturelles des étrangers le montant des

Der Regierungsrat hat dem Grossen Rat Ende 1990 Anträge für die Ausgestaltung der neuen Aufbauorganisation unterbreitet.

impôts paroissiaux versé par les étrangers et non réclamé par ceux-ci.

Motion Gallati du 5 novembre 1986 concernant les conséquences qu'entraînerait sur l'organisation une réduction du nombre des conseillers d'Etat de 9 à 7.

Le Conseil-exécutif a soumis fin 1990 au Grand Conseil des propositions pour l'étude de la nouvelle organisation structurale.

4.2 Vollzug überwiesener Motionen und Postulate

4.2 Réalisation de motions et postulats adoptés

4.2.1 *Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist*

4.2.1 *Motions et postulats pour lesquels le délai de deux ans n'est pas écoulé*

Postulat Gugger vom 9. Februar 1989 betreffend EFFISTA und Personalwesen.

Postulat Gugger du 9 février 1989 concernant EFFISTA et le personnel.

Motion Erb vom 18. Mai 1989 betreffend Koordination der Statistik innerhalb der Staatsverwaltung.

Motion Erb du 18 mai 1989 concernant la coordination des services de statistiques à l'intérieur de l'administration cantonale.

Postulat Bieri vom 17. September 1990 Vereinfachung der Steuererklärung.

Postulat Bieri du 17 septembre 1990 concernant la simplification de la déclaration d'impôts.

Postulat Schneider (Langnau) vom 18. Mai 1989 betreffend gleichmässige Belastung der einzelnen Steuerzahler.

Postulat Schneider (Langnau) du 18 mai 1989 demandant l'égalisation des charges fiscales entre contribuables.

Postulat Breitschmid vom 29. August 1989 betreffend Auswirkungen des Subventionswesens auf das Umweltverhalten.

Postulat Breitschmid du 29 août 1989 concernant les répercussions du subventionnement sur les comportements en matière d'écologie.

Motion Kilchenmann vom 14. Dezember 1989 betreffend Integration der Bestimmungen über die 13. Monatsbesoldung.

Motion Kilchenmann du 14 décembre 1989 demandant l'intégration des dispositions du décret concernant le versement d'un 13^e mois de traitement.

Motion Kilchenmann vom 13. Dezember 1989 betreffend globale Steuerung der Staatsausgaben zum Zwecke ausgeglichener Haushalte.

Motion Kilchenmann du 13 décembre 1989 concernant le contrôle global des dépenses de l'Etat visant à équilibrer les finances.

Postulat Diem vom 8. Februar 1990 betreffend Einkaufspolitik des Kantons Bern.

Postulat Diem du 8 février 1990 concernant la politique d'achats du canton de Berne.

Motion Kurath vom 8. Februar 1990 betreffend Prioritätenordnung im Subventionsgesetz.

Motion Kurath du 8 février 1990 concernant la fixation des priorités dans la loi sur les subventions.

Postulat Gallati vom 20. Februar 1990 betreffend Verwaltungsreform «7 statt 9 Regierungsräte».

Postulat Gallati du 20 février 1990 concernant la réforme administrative «7 conseillers d'Etat au lieu de 9».

Postulat Erb vom 8. Februar 1990 betreffend Grundsätze für Lastenausgleiche.

Postulat Erb du 8 février 1990 relatif à la fixation des principes concernant la péréquation des charges.

Postulat Niklaus vom 8. Februar 1990 betreffend Grosse Personalfuktuation in der Staatsverwaltung.

Postulat Niklaus du 8 février 1990 concernant les importantes fluctuations du personnel de l'administration cantonale.

Postulat Schütz vom 18. September 1990 betreffend Bodenpreisstatistik.

Postulat Schütz du 18 septembre 1990 concernant les statistiques du prix du terrain.

Motion Blatter vom 18. September 1990 für eine gerechte Besteuerung der Saisoniers (Punkt 3).

Motion Blatter du 18 septembre 1990 demandant une imposition équitable des saisonniers (point 3).

Postulat Blaser vom 18. September 1990 betreffend Überzeitschädigung für das Staatspersonal.

Postulat Blaser du 18 septembre 1990 concernant l'indemnisation des heures supplémentaires accomplies par le personnel de l'Etat.

Motion/Postulat Joder vom 18. September 1990 betreffend Erlass eines neuen Finanzausgleichgesetzes.

Motion/postulat Joder du 18 septembre 1990 concernant la promulgation d'une nouvelle loi sur la péréquation financière.

Postulat Beutler vom 18. September 1990 betreffend Stelle für Bauern- und Dorfkultur und Denkmalpflege.

Postulat Beutler du 18 septembre 1990 concernant le service pour la protection du patrimoine rural et le service des monuments historiques.

4.2.2 *Motionen und Postulate mit Fristerstreckung*

4.2.2 *Motions et postulats pour lesquels le délai a été prorogé*

Postulat Bay vom 17. Februar 1988 betreffend Berücksichtigung der Viertelsgemeinden beim Finanzausgleich. Das neue Finanzausgleichgesetz wird dem Grossen Rat 1991 unterbreitet.

Postulat Bay du 17 février 1988 concernant la prise en compte des sections de commune dans la péréquation financière. La nouvelle loi sur la péréquation financière sera soumise au Grand Conseil en 1991.

Postulat Zulauf vom 17. Februar 1988 betreffend Gleiche Rechte für Frauen und Männer («Taten statt Worte»).

Es handelt sich hierbei um einen Dauerauftrag. Verschiedene Massnahmen wurden bereits getroffen, andere sind in Bearbeitung (Totalrevision Beamtenrecht).

Motion Kurath vom 17. Februar 1988 betreffend Kreditvorlagen und Finanzplan.

Es handelt sich um eine Daueraufgabe, die weiterhin wahrgenommen werden muss.

Motion Gallati vom 16. Mai 1988 betreffend Organisationsgesetz.

Dem Grossen Rat werden in den Jahren 1991 und 1992 die notwendigen Vorlagen unterbreitet.

Postulat Muster vom 16. Mai 1988 betreffend Gebietseinteilung und Organisation der dezentralisierten kantonalen Verwaltung.

Der Regierungsrat hat den Schlussbericht zur Organisationsanalyse der Bezirksverwaltungen genehmigt und wird dem Grossen Rat im Jahre 1991 einen Kreditbeschluss für die Realisierung der 19 prioritären Massnahmen unterbreiten.

Motion Schwarz vom 17. Mai 1988 betreffend Einkaufsverordnung.

Vor dem Erlass einer Einkaufsverordnung müssen die Ergebnisse der laufenden Verhandlungen zwischen der Schweiz und den EG-Staaten abgewartet werden.

Motion Blaser vom 17. Mai 1988 betreffend Revision des Anhangs zum Besoldungsdekret.

Die strukturelle Überprüfung der Ämterklassifikation ist in vollem Gang.

Postulat Lutz vom 17. Mai 1988 betreffend Nebenerwerb staatlich besoldeter eidgenössischer Parlamentarier.

Postulat Scherrer vom 17. Mai 1988 betreffend Doppelmandat von Chefbeamten des Staates.

Die Problemstellung dieser beiden Vorstösse wird im Rahmen der Totalrevision des Beamtenrechts von einer Expertenkommission bearbeitet.

Motion Holderegger vom 5. September 1988 betreffend Beschäftigung von Behinderten.

Diese Daueraufgabe muss weitergeführt werden.

Postulat Vollmer vom 18. November 1987 betreffend Krisensituation beim Pflegepersonal.

Anliegen wird im Rahmen der neuen Ämterklassifikation bearbeitet.

Motion Strahm vom 17. November 1987 betreffend Treibstoffzollerträge für die Sanierung des Waldes.

Der Kanton wird weiterhin versuchen, auf die diesbezüglichen Entscheide des Bundes Einfluss zu nehmen.

Postulat Gallati vom 18. Februar 1987 betreffend ausgeglichenen Staatshaushalt.

Entsprechende Vorlagen im Staatsbeitrags- und Organisationsbereich sollen dem Grossen Rat 1991 unterbreitet werden.

Motion Schmid (Rüti) vom 21. Mai 1987 betreffend Massnahmen zur Stabilisierung des Staatshaushaltes.

Entsprechende Vorlagen im Staatsbeitragsbereich sollen dem Grossen Rat 1991 unterbreitet werden.

Motion Schweizer (Lohnstorf) vom 21. Mai 1987 betreffend Kostenfolgen der parlamentarischen Vorstösse.

Es handelt sich um eine Daueraufgabe, die weitergeführt werden muss.

Postulat BUK vom 25. Juni 1987 betreffend Kontrolle der Steuerverwaltung.

Eine verbesserte Kontrolle der Steuerveranlagung befindet sich in der Erprobung, unter Mitwirkung der Finanzkontrolle. Definitive Regelungen werden 1991 getroffen.

Postulat BUK vom 25. Juni 1987 betreffend Kollektivkrankenversicherung des Staatspersonals.

Postulat Zulauf du 17 février 1988 demandant l'égalité des droits entre femmes et hommes («De la parole aux actes»).

Il s'agit en l'occurrence d'une tâche permanente. Diverses mesures ont déjà été prises, d'autres sont en préparation (révision totale du droit régissant les fonctionnaires).

Motion Kurath du 17 février 1988 concernant les projets de crédits et le plan financier.

Il s'agit d'une tâche permanente qui doit continuer à être perçue comme telle à l'avenir.

Motion Gallati du 16 mai 1988 demandant une loi sur l'organisation de l'administration.

Les projets nécessaires seront soumis au Grand Conseil en 1991 et 1992.

Postulat Muster du 16 mai 1988 concernant la division du territoire et la décentralisation de l'administration.

Le Conseil-exécutif a approuvé le rapport final sur l'analyse de l'organisation des administrations de district et soumettra en 1991 au Grand Conseil un arrêté spécifiant l'octroi de crédits pour la réalisation des 19 mesures prioritaires.

Motion Schwarz du 17 mai 1988 demandant une ordonnance sur les fournitures.

Il faut attendre l'issue des négociations en cours entre la Suisse et les Etats membres de la CEE avant toute promulgation d'une ordonnance sur les fournitures.

Motion Blaser du 17 mai 1988 concernant la révision de l'appendice au décret sur les traitements.

L'examen structurel du classement des fonctions est en cours.

Postulat Lutz du 17 mai 1988 concernant l'activité accessoire des parlementaires fédéraux rétribués par l'Etat.

Postulat Scherrer du 17 mai 1988 concernant les doubles mandats des hauts fonctionnaires de l'administration cantonale.

Le problème posé par ces deux interventions sera traité par une commission d'experts dans le cadre de la révision totale du droit régissant les fonctionnaires.

Motion Holderegger du 5 septembre 1988 concernant l'emploi de personnes handicapées.

Cette tâche permanente doit être poursuivie.

Postulat Vollmer du 18 novembre 1987 concernant la crise du personnel soignant.

La requête sera traitée dans le cadre du nouveau classement des fonctions.

Motion Strahm du 17 novembre 1987 concernant l'utilisation du produit des droits de douane sur les carburants pour assainir les forêts.

Le canton continuera d'essayer d'influer sur les décisions de la Confédération qui y sont relatives.

Postulat Gallati du 18 février 1987 demandant l'équilibre des finances de l'Etat.

Des projets en ce sens dans le domaine des subventions cantonales et dans celui de l'organisation doivent être soumis en 1991 au Grand Conseil.

Motion Schmid (Rüti) du 21 mai 1987 demandant des mesures pour la stabilisation des finances de l'Etat.

Des projets en ce sens dans le domaine des subventions cantonales doivent être soumis en 1991 au Grand Conseil.

Motion Schweizer (Lohnstorf) du 21 mai 1987 concernant une prévision des coûts résultant de l'adoption de certaines interventions parlementaires.

Il s'agit d'une tâche permanente qui doit être poursuivie.

Postulat CSE du 25 juin 1987 concernant le contrôle de l'Intendance des impôts.

Une amélioration du contrôle de la taxation fiscale est à l'essai, avec le concours du Contrôle des finances.

La réglementation définitive sera adoptée en 1991.

Postulat CSE du 25 juin 1987 concernant l'assurance-maladie collective du personnel de l'Etat.

Diese Fragestellung wird von der Expertenkommission Beamtenrecht geprüft. Entsprechende Vorschläge sollen dem Grossen Rat Ende 1991 unterbreitet werden.

Postulat BUK vom 25. Juni 1987 betreffend Revision des Gesetzes über den Finanzausgleich.

Die Gesetzesvorlage wird dem Parlament 1991 unterbreitet.

Motion Albisetti vom 25. Juni 1987 betreffend Überprüfung des innerkantonalen direkten und indirekten Finanzausgleichs.

Die Gesetzesvorlage wird dem Parlament 1991 unterbreitet.

Postulat Krummen vom 21. Mai 1987 betreffend Verpachtung von landwirtschaftlichen Staatsbetrieben.

Bei den verlangten Prüfungen handelt es sich um eine Daueraufgabe, die weitergeführt werden muss.

Postulat Jenni vom 10. Dezember 1985 betreffend Einführung der Kausalhaftung im Beamtenrecht.

Diese Frage wird im Rahmen der Totalrevision des Beamtenrechts bearbeitet. Der Grosse Rat hat bei der Behandlung des Verwaltungsberichts 1989 einer Fristverlängerung bis 1991 zugestimmt.

Postulat Wahli vom 30. August 1984 betreffend steuerliche Erleichterungen bei der Liquidation von Immobiliengesellschaften.

Der Grosse Rat hat im Rahmen des Verwaltungsberichts 1989 einer Fristverlängerung bis 1994 zugestimmt, da eine Koordination mit der Bundesgesetzgebung notwendig ist.

4.2.3 *Motionen und Postulate, deren Fristerstreckung abgelaufen ist*

Postulat Berthoud vom 5. Februar 1986 betreffend Treibstoffzollanteile der Kantone.

Es laufen mit den Gemeinden Verhandlungen betreffend einer allfälligen Übernahme gewisser Gemeindestrassen durch den Kanton. Eine vom Regierungsrat eingesetzte Arbeitsgruppe beschäftigt sich zudem mit der Konzeption einer neuen ausagekräftigen Strassenrechnung. Es wird eine Fristverlängerung bis 1992 beantragt.

Motion Moser (Landiswil) vom 5. November 1986 betreffend Finanzausgleich.

Die Vorlage wird dem Grossen Rat 1991 unterbreitet.

Motion Boehlen vom 5. Februar 1981 betreffend den Doppelverdienst beim Staatspersonal.

Die Expertenkommission für die Totalrevision des Beamtenrechts hat den Inhalt dieses Vorstosses bei ihren Vorschlägen berücksichtigt. Die Vorlage wird dem Grossen Rat spätestens 1992 unterbreitet. Es wird eine Fristverlängerung bis 1992 beantragt.

Postulat Zürcher vom 9. Mai 1984 betreffend Verstärkung des direkten Finanzausgleichs.

Motion Baumberger (Koppigen) vom 30. August 1984 betreffend Verstärkung des Finanzausgleichs.

Die Vorlage wird dem Grossen Rat 1991 unterbreitet.

Bern, April 1991

Der Finanzdirektor: *Augsburger*

Vom Regierungsrat genehmigt am 22. Mai 1991

Cette question sera examinée par la commission d'experts en matière de droit régissant les fonctionnaires. Des propositions en ce sens seront soumises au Grand Conseil fin 1991.

Postulat CSE du 25 juin 1987 concernant la révision de la loi sur la péréquation financière.

Le projet de loi sera soumis au parlement en 1991.

Motion Albisetti du 25 juin 1987 concernant l'examen du régime de péréquation financière directe et indirecte au sein du canton.

Le projet de loi sera soumis au parlement en 1991.

Postulat Krummen du 21 mai 1987 concernant l'affermage d'exploitations agricoles appartenant à l'Etat.

Les vérifications exigées par cette intervention sont des tâches permanentes qui doivent être poursuivies.

Postulat Jenni du 10 décembre 1985 demandant l'introduction de la responsabilité causale en droit des fonctionnaires.

Cette question sera traitée dans le cadre de la révision totale du droit régissant les fonctionnaires. Le Grand Conseil a approuvé une prorogation des délais jusqu'en 1991 dans le cadre des débats sur le rapport de gestion pour 1989.

Postulat Wahli du 30 août 1984 demandant des allègements fiscaux lors de la liquidation de sociétés immobilières.

Le Grand Conseil a approuvé une prorogation des délais jusqu'en 1994 dans le cadre des débats sur le rapport de gestion pour 1989 du fait qu'une harmonisation avec la législation fédérale s'avère nécessaire.

4.2.3 *Motions et postulats dont le délai de réalisation est écoulé*

Postulat Berthoud du 5 février 1986 concernant les parts des cantons au produit des taxes douanières sur les carburants.

Des négociations sont en cours au sujet d'une éventuelle prise en charge par le canton de certaines routes communales. Un groupe de travail mis en place par le Conseil-exécutif s'occupe en outre de la refonte du compte routier. Une prorogation des délais jusqu'en 1992 est demandée.

Motion Moser (Landiswil) du 5 novembre 1986 concernant la péréquation financière.

Le projet de loi sera soumis au Grand Conseil en 1991.

Motion Boehlen du 5 février 1981 concernant les doubles gains du personnel de l'Etat.

La commission d'experts chargée de la révision totale du droit régissant les fonctionnaires a tenu compte de la teneur de cette intervention dans les propositions qu'elle a faites. Le projet de loi sera soumis au Grand Conseil en 1992 au plus tard. Une prorogation des délais jusqu'en 1992 est demandée.

Postulat Zürcher du 9 mai 1984 concernant un renforcement de la péréquation financière directe.

Motion Baumberger (Koppigen) du 30 août 1984 demandant un renforcement de la péréquation financière.

Le projet de loi sera soumis au Grand Conseil en 1991.

Berne, avril 1991

Le directeur des finances: *Augsburger*

Approuvé par le Conseil-exécutif le 22 mai 1991

Bericht der Finanzkontrolle**Rapport du Contrôle des finances****1. Einleitung**

Im Jahr 1990 standen für die Finanzkontrolle neben der Wahrnehmung des gesetzlichen Kontrollauftrages die Neuregelung der Finanzaufsicht im Vordergrund, die sich per 1. Juni aus dem Inkrafttreten des neuen Grossratsgesetzes und des geänderten Finanzhaushaltgesetzes ergab. Danach wird die Finanzaufsicht künftig durch die Finanzkontrolle als internes Fachorgan der Regierung und durch das Grossratsrevisorat als externes Fachorgan der Finanzkommission ausgeübt.

2. Personelles und Organisation**2.1 Personelles**

Um den gesetzlichen Kontrollauftrag ordnungsgemäss erfüllen und die in unserer Revisionsplanung vorgesehenen Revisionen turnusgemäss durchführen zu können, hat die Finanzkontrolle den am 6. Dezember 1989 vom Regierungsrat abgelehnten Antrag, ihr 2,6 Stellen bzw. 252 STEBE-Punkte aus dem Reservepool des Regierungsrates zu bewilligen, im Zusammenhang mit der «Erhebung der Stellen- und Punktebedürfnisse für 1991» am 23. März erneut gestellt. Der Entscheid des Regierungsrates steht noch aus. Der Antrag beinhaltet auch die Stelle eines Betriebswirtschafers. In Anbetracht der angespannten Finanzlage des Kantons Bern ist die Finanzkontrolle mit dem Regierungsrat der Meinung, dass die Wirtschaftlichkeitsprüfungen zu verstärken sowie Organisation und Aufgaben der Staatsverwaltung laufend zu überprüfen sind. Nur mit dem Einsatz eines fachkompetenten Mitarbeiters wird es möglich sein, einen erhöhten Beitrag an die wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Staatsmittel zu leisten. Die Bemühungen, einen neuen Chef EDV-Revision zu finden, blieben erfolglos. Es bestanden Kontakte mit geeigneten Bewerbern, die jedoch entweder an der Besoldungseinreihung oder am durch die Kandidaten zu bezahlenden Einkauf in die Versicherungskasse scheiterten. Die Suche nach einem geeigneten Kandidaten wird fortgeführt.

2.2 Organisation

Die bereits im Jahre 1988 eingeleitete interne Neuorganisation wurde mit der Genehmigung des Handbuchs Organisation durch die Direktion abgeschlossen. Sie hat sich bisher bewährt. Das EDV-Projekt «Führungs- und Informationssystem der Finanzkontrolle» konnte planungsgemäss auf Mitte Jahr realisiert und in Betrieb genommen werden.

2.3 Aus- und Weiterbildung

Das Schwergewicht der internen Ausbildung lag im Bereich der zur Revision erforderlichen Dokumentation (Konzepte, Richtlinien, Checklisten usw.), der Aktenablage (Dauerakten, Arbeitspapiere usw.) und der Qualitätskontrolle (Revisionen und

1. Introduction

En 1990, outre l'accomplissement de son mandat légal de contrôle, le Contrôle des finances a eu pour priorité la nouvelle réglementation de la surveillance des finances qui résultait de l'entrée en vigueur au 1^{er} juin de la nouvelle loi sur le Grand Conseil et de la modification de la loi sur les finances. La surveillance des finances sera à l'avenir exercée conjointement par le Contrôle des finances, en tant qu'organe spécialisé interne du Gouvernement, et par le Service parlementaire de révision, en tant qu'organe spécialisé externe de la Commission des finances.

2. Personnel et organisation**2.1 Personnel**

Pour pouvoir remplir correctement son mandat légal de contrôle et effectuer les révisions prévues dans son planning suivant un rythme de rotation donné, le Contrôle des finances a soumis une nouvelle fois le 23 mars au Conseil-exécutif la proposition refusée le 6 décembre 1989 d'autoriser 2,6 postes (soit 252 points STEBE) prélevés sur la réserve de points du Conseil-exécutif, et ce, dans le cadre du «relevé des besoins en postes et en points pour 1991». La décision du Conseil-exécutif n'est pas encore intervenue. La proposition comprend également la demande de création d'un poste de spécialiste en économie d'entreprise. Considérant la situation financière tendue du canton de Berne, le Contrôle des finances est d'avis, comme le Conseil-exécutif, que les contrôles de rentabilité doivent être renforcés et que l'organisation et les tâches de l'administration de l'Etat doivent être examinées en permanence. Ce n'est que par l'embauche d'un collaborateur compétent en la matière qu'il sera possible de contribuer d'avantage à l'emploi économe et rentable des fonds publics. Les efforts entrepris afin de trouver un nouveau chef au groupe de révision de l'informatique sont demeurés sans effet. Des contacts furent pris avec des candidats qui avaient le profil voulu mais qui refusèrent le poste pour une question soit de classe de traitement, soit de rachat à la Caisse d'assurance. Les recherches en vue de trouver la personne appropriée se poursuivent.

2.2 Organisation

L'approbation du manuel Organisation par la Direction a marqué la fin de la réorganisation interne commencée en 1988. Cette réorganisation a fait ses preuves jusqu'à maintenant. Au milieu de l'année, le projet «système de direction et d'information du Contrôle des finances» a pu être réalisé et mis en service dans les délais.

2.3 Formation et perfectionnement

La formation interne a porté en priorité sur la documentation nécessaire à la révision (projets, directives, listes de contrôle, etc.), le classement des documents (documents permanents, documents de travail, etc.) et le contrôle de la qualité (révision

Erledigung der Beanstandungen). Im Mittelpunkt stand dabei ein zweitägiges Seminar, an dem der Teil «Berichtstechnik» von einem externen Fachmann bestritten und die übrigen Themen von unseren Mitarbeitern, insbesondere von den leitenden Revisoren, behandelt wurden.

Daneben wurde den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Gelegenheit geboten, sich durch den Besuch von Schulen (Kammerschule, HWV, HKG usw.) sowie durch die Teilnahme an Kursen und Seminaren in den Bereichen Revision, Rechnungswesen und EDV individuell weiterzubilden. Besonders hervorzuheben ist das fünftägige Grundseminar von Dr. Bruno Grupp, Mainz, zum Thema «Moderne Verfahrens- und Arbeitstechnik der internen Revision», welches zusammen mit den Finanzinspektoraten SBB, PTT, SRG und Stadt Bern durchgeführt wurde. Fünf unserer jüngeren Mitarbeiter konnten daran teilnehmen.

2.4 Standort der Finanzkontrolle

Das seit 1987 als neuer Standort der Finanzkontrolle vorgesehene bisherige Gebäude der Französischen Schule an der Schwarztorstrasse wurde im Rahmen eines grösseren Liegenschaftentausches zwischen dem Kanton und der Stadt Bern der Stadt überlassen. Damit wird es in absehbarer Zeit kaum gelingen, die an drei verschiedenen Orten untergebrachte Finanzkontrolle an einem einzigen Standort zusammenzuführen. Dies hat dazu geführt, die EDV-mässige Verknüpfung der drei Standorte zu planen und dem Regierungsrat 1991 zum Entscheid vorzulegen.

3. Stab

3.1 Allgemeines

Gemäss Artikel 47 Absatz 1 Finanzhaushaltgesetz (FHG) hatte sich die Finanzkontrolle per 1. Juni von sämtlichen ihr bisher obliegenden Vollzugsaufgaben zu trennen. Es handelte sich dabei um die Betreuung des Fotokopier- und Pauschalfrankaturwesens, den Einkauf von Reinigungsmitteln, Beschaffungsfragen, die Verwaltung der Kollektiv-Diebstahlversicherungspolice und den Erlass von Gerichtskosten in Strafverfahren. Diese Aufgaben wurden von anderen Verwaltungsstellen übernommen.

3.2 Rechtsdienst

Der Rechtsdienst hat in Erfüllung seines gesetzlichen Auftrages zu zahlreichen Fragen aus dem Revisionsdienst rechtlich Stellung genommen und zum Teil selbständig vertiefte Rechtsprüfungen bei Dienststellen durchgeführt.

Verschiedene hängige Geschäfte aus der Staatsrechnung 1989 wurden zu Ende geführt. Insbesondere wurden 93 Prozent aller Pendenzen aus dem Bereich der unselbständigen Stiftungen erledigt. In einigen Fällen werden noch gesetzliche Anpassungen vorgenommen werden müssen (beispielsweise Universitätsgesetz, Kulturförderungsgesetz).

Im Rahmen der Ausrichtung von Subventionen sind im Bereich der Spezialfinanzierungen einige Prüfungen im Gange. Diese Arbeiten werden inskünftig unter Beizug der Juristen verstärkt weitergeführt.

Schliesslich konnte mit der Erziehungsdirektion Einigkeit darüber erzielt werden, dass die privatärztliche Tätigkeit mit

et règlement des contestations). Un séminaire de deux jours fut organisé, au cours duquel la partie «technique de rapport» fut assurée par un spécialiste externe tandis que les autres thèmes étaient traités par nos collaborateurs, en particulier par des réviseurs en chef.

Nos collaboratrices et nos collaborateurs se virent en outre offrir la possibilité de se perfectionner dans les domaines de la révision comptable, de la comptabilité et de l'informatique, que ce soit dans des écoles (école de cadres, ESCEA, ESGC, etc.) ou dans des cours et séminaires. Il convient de souligner particulièrement le séminaire d'initiation de cinq jours de M. Bruno Grupp, de Mayence, sur le thème «technique moderne de procédure et de travail concernant la révision interne», qui avait été organisé conjointement par les inspections des finances des CFF, des PTT, de la SSR et de la ville de Berne. Cinq de nos jeunes collaborateurs ont pu y participer.

2.4 Localisation du Contrôle des finances

Le bâtiment actuel de l'Ecole française à la Schwarztorstrasse, prévu depuis 1987 comme devant abriter le Contrôle des finances, a été laissé à la ville dans le cadre d'un important échange de biens-fonds entre le canton et la ville de Berne. Il ne sera donc guère possible de regrouper dans un proche avenir en un seul lieu les bureaux du Contrôle des finances situés en trois endroits différents. Au vu de cette situation, on envisage de relier par des moyens informatiques ces trois endroits. Une proposition en ce sens doit être soumise en 1991 au Conseil exécutif.

3. Etat-major

3.1 Généralités

En vertu de l'article 47, 1^{er} alinéa de la loi sur les finances (LFE), le Contrôle des finances a dû se dégager au 1^{er} juin des tâches d'exécution qui lui incombaient jusque-là. Il s'agissait là de la maintenance des photocopieuses et de l'affranchissement à forfait, de l'achat de matériel de nettoyage, des questions d'approvisionnement, de l'administration de la police d'assurance collective contre le vol avec effraction et de la remise des frais de justice dans les procédures judiciaires. Ces tâches ont été confiées à d'autres services administratifs.

3.2 Service juridique

En application de son mandat légal, le Service juridique a donné son avis sur un grand nombre de questions du Service des révisions et a dans certains cas effectué lui-même des examens juridiques approfondis auprès des services.

Différentes affaires en suspens concernant le compte d'Etat 1989 furent réglées et en particulier 93 pour cent de tous les cas pendants relatifs au domaine des fondations non autonomes. Dans quelques cas, il devra être encore procédé à des adaptations de la législation (loi sur l'Université et loi sur l'encouragement des activités culturelles par exemple).

Dans le cadre de l'attribution de subventions, quelques examens sont en cours dans le domaine des financements spéciaux. Ces travaux seront poursuivis à l'avenir de manière plus intense grâce au renfort des juristes.

Il fut finalement possible de se mettre d'accord avec la Direction de l'instruction publique sur le fait que l'activité médicale

jedem einzelnen Dozenten vertraglich zu regeln ist, sofern er neben seiner Besoldung für wissenschaftliche Arbeiten, an denen er massgeblich beteiligt ist, ein zusätzliches Entgelt bezieht. In diesem Zusammenhang gilt es abzuklären, ob nicht für an Instituten der Universität angestelltes administratives und technisches Personal, das ebenfalls neben seiner Besoldung ein monatliches Entgelt bezieht, eine Lösung gefunden werden kann, die im Einklang mit den geltenden beamtenrechtlichen Vorschriften steht.

Der Rechtsdienst hat ferner im verwaltungsinternen Mitberichtsverfahren zu verschiedenen Gesetzesänderungen (Staatsbeitragsgesetz, Finanzausgleich usw.) Stellung genommen.

4. Revision

4.1 Kontrollauftrag

Der im Gesetz verankerte Kontrollauftrag umfasst folgendes:

4.1.1 Die zu prüfenden Stellen

Gemäss Artikel 45 FHG erstreckt sich die Aufsicht der Finanzkontrolle auf

- die Zentralverwaltung, die Bezirksverwaltung sowie alle übrigen Amtsstellen;
- die staatlichen Anstalten und Betriebe mit eigener Rechnungsführung, unter Vorbehalt abweichender gesetzlicher Bestimmungen.

Ausserdem prüft die Finanzkontrolle

- Körperschaften, Anstalten, Stiftungen und Gesellschaften, denen der Staat eine öffentliche Aufgabe überträgt, Finanzhilfen oder Abgeltungen entrichtet oder an denen er finanziell beteiligt ist.

4.1.2 Die zu prüfenden Sachgebiete

Zu prüfen sind u. a. die Gebiete Organisation, Internes Kontrollsystem (IKS), Bestandesrechnung, Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung), Spezialfinanzierungen durch Fonds, Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen sowie Legate und unselbständige Stiftungen.

4.2 Revisionen von staatlichen Stellen und Mandaten

Im Berichtsjahr erstreckte sich die Revisionstätigkeit auf folgende Bereiche: staatliche Stellen 123, Mandate (AG, Stiftungen, Vereine usw.) 36, total durchgeführte Revisionen 159.

4.3 Revision der Staatsrechnung

4.3.1 Staatsrechnung 1989 (Schlussrevision)

Gemäss Artikel 51 Buchstabe f Finanzaufsichtsgesetz (FAG) prüften wir die Staatsrechnung 1989.

Im Rahmen der Zwischen- und Schlussrevision führten wir Bestandes-, Bewertungs- und Verkehrsprüfungen durch. Die Prüfungen erstreckten sich schwerpunktmässig auf die Posi-

d'enseignants exerçant également dans le privé doit être réglementée au moyen de contrats passés individuellement avec chacun d'eux, dans la mesure où ils touchent un deuxième salaire en plus du traitement attribué pour les travaux scientifiques auxquels ils participent de manière décisive. A ce propos, il convient d'examiner si une solution en harmonie avec les prescriptions du droit des fonctionnaires ne peut être trouvée pour le personnel technique et administratif employé dans des instituts de l'Université, et qui touche également une rétribution mensuelle en plus de son traitement.

Enfin, dans le cadre de la procédure de corapport, le Service juridique a donné son avis sur diverses modifications de lois (loi sur les subventions cantonales, loi sur la péréquation financière, etc.).

4. Révision

4.1 Mandat de contrôle

Le mandat de contrôle inscrit dans la loi porte sur les points suivants:

4.1.1 Les services à contrôler

En vertu de l'article 45 LFE, la surveillance exercée par le Contrôle des finances porte sur:

- l'administration centrale, l'administration de district ainsi que tous les autres services;
- les établissements et les entreprises cantonales qui tiennent leur propre comptabilité, sous réserve des dispositions légales contraires.

Le Contrôle des finances contrôle en outre

- les corporations, établissements, fondations et sociétés auxquels l'Etat a confié l'exécution d'une tâche publique, fournit des aides financières et des indemnités ou participe financièrement.

4.1.2 Les matières à contrôler

Doivent entre autres être contrôlés l'organisation, le système interne de contrôle (SIC), le bilan, le compte administratif (compte de fonctionnement et compte des investissements), les financements spéciaux par des Fonds, les cautionnements et garanties ainsi que les legs et fondations non autonomes.

4.2 Révisions comptables d'organes de l'Etat et mandats

Pendant l'exercice concerné par le présent rapport, la révision comptable de 123 organes de l'Etat et de 36 sous tutelle (SA, fondations, associations, etc.) a été effectuée, ce qui représente un total de 159 révisions.

4.3 Révision du compte d'Etat

4.3.1 Compte d'Etat 1989 (révision finale)

En vertu de l'article 51, lettre f de la loi sur la surveillance des finances, nous avons effectué l'examen du compte d'Etat 1989.

Dans le cadre de la révision intermédiaire et de la révision finale, nous avons effectué l'examen des stocks, des évalua-

tionen der Bestandesrechnung, Konten der Verwaltungsrechnung (Besoldungen, eigene Beiträge, Repräsentations- und Ratskosten, Entschädigungen Dienstleistungen Dritter), Bürgerschafts- und Garantieverbindlichkeiten, Lotteriegelder, Legate und unselbständige Stiftungen, Verpflichtungskredite sowie private Tätigkeit und Forschungskredite.

Auf eine besondere Schwergewichtsbildung bei der Revision der Staatsrechnung 1989 wurde verzichtet. Angesichts der erstmaligen Führung der Staatsrechnung nach dem Neuen Rechnungsmodell (NRM) konzentrierten wir unsere Prüfungen auf die Einhaltung der neuen Vorschriften über die Buchführung und Rechnungslegung.

Die Bestandesprüfungen (Geldmittel/Waren/Mobilien usw.) und die Verkehrsprüfungen sowie die Verfahrensprüfungen bezüglich des IKS nahmen wir im Rahmen der laufenden Revisionen bei den Dienststellen vor; sie fanden ihren Niederschlag in den einzelnen Revisionsberichten zuhanden der geprüften Stellen und der zuständigen Direktionen.

Das Ergebnis unserer Prüfungen der Staatsrechnung 1989 hielten wir gemäss Artikel 57 Absatz 1 FAG im Internen Revisionsbericht vom 12. April fest, welchen wir in Anwendung von Artikel 48 Absatz 1 und Artikel 60 Absatz 1 FAG dem Regierungsrat übermittelten. Die Direktionen erhielten Gelegenheit, sich bis zum 15. Mai zu den Feststellungen im Internen Revisionsbericht zu äussern. Ihre Stellungnahmen wurden in einer besonderen Beilage zum Internen Revisionsbericht zusammengefasst und wo nötig kommentiert.

Am 31. Mai wurde diese Zusammenfassung mit dem Kontrollstellenbericht den Regierungsmitgliedern, dem Staatsschreiber, der Finanzdirektion und der Finanzverwaltung zugestellt. Gleichzeitig wurde der gesamte Interne Revisionsbericht zusammen mit dem Kontrollstellenbericht dem Ratssekretariat zuhanden des Präsidenten der neuen Finanzkommission und des Grossratsrevisorates übergeben.

In dem an den Grossen Rat gerichteten Kontrollstellenbericht vom 31. Mai empfahlen wir aufgrund der Ergebnisse unserer Prüfungen, trotz Vorbehalten bezüglich privatrechtlicher Fonds, Eventualverbindlichkeiten und privater Tätigkeit, die Staatsrechnung 1989 zu genehmigen. Im Kontrollstellenbericht wiesen wir weiter auf die im NRM nicht vorgesehenen vorsorglichen, allgemeinen Wertberichtigungen für mutmassliche Debitoren- und Darlehensverluste sowie auf die Unterdeckungen in den beiden Versicherungskassen in Höhe von insgesamt 2005 Mio. Franken hin.

In der September-Session beantragte die Finanzkommission dem Grossen Rat, die Staatsrechnung 1989 mit den Vorbehalten der Finanzkontrolle zu genehmigen. Diesem Antrag stimmte das Parlament einstimmig zu.

Im Rahmen der Nachrevision wurde die Erledigung der Beanstandungen kontrolliert.

Zu den Beanstandungen, welche mit Frist per 30. September zu bereinigen waren, können wir festhalten, dass sie durch die Verwaltung mehrheitlich fristgerecht erledigt wurden. Die Erledigung der noch offenen Punkte werden wir überwachen und den Stand der Penzenzen im Internen Revisionsbericht zur Staatsrechnung 1990 festhalten.

4.3.2 Staatsrechnung 1990 (Zwischenrevision)

Im Rahmen der Zwischenrevision wurden Verkehrsprüfungen im Bereich der Bestandesrechnung und von Teilen der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) vorgenommen. Das Ergebnis der Zwischenrevision wird in den

tions und des mouvements. Les examens ont principalement concerné les postes du bilan, les comptes du compte administratif (traitements, subventions accordées, frais de représentation et frais du Parlement, dédommagements à des tiers pour prestations de services), les cautionnements et garanties, les fonds de la loterie, les legs et les fondations non autonomes, les crédits d'engagement ainsi que les activités privées et les crédits à la recherche.

On a renoncé à établir des priorités pour la révision du compte d'Etat 1989. Etant donné que c'était la première fois que le compte d'Etat était présenté selon le nouveau modèle de comptes, nous avons concentré nos examens sur le respect des nouvelles prescriptions sur la comptabilité et la présentation des comptes.

Nous avons effectué l'examen des stocks (disponibilités/marchandises/mobilier etc.), des mouvements ainsi que des processus de contrôle interne dans le cadre de nos révisions courantes auprès des services, puis en avons inclus les résultats dans les rapports de révision adressés aux services ayant fait l'objet de la révision et aux Directions concernées.

Nous avons, conformément à l'article 57, 1^{er} alinéa de la loi sur la surveillance des finances, consigné le résultat de notre examen du compte d'Etat 1989 dans le rapport de révision interne du 12 avril, que nous avons, conformément aux articles 48, 1^{er} alinéa, et 60, 1^{er} alinéa de la loi sur la surveillance des finances, remis au Conseil-exécutif. Les Directions eurent jusqu'au 15 mai pour s'exprimer au sujet des constatations du rapport de révision interne. Leurs avis furent résumés et si nécessaire commentés dans un document annexe au rapport de révision interne.

Le 31 mai, ce résumé, joint au rapport de l'organe de contrôle, fut adressé aux membres du gouvernement, au chancelier, à la Direction des finances et à l'Administration des finances. L'intégralité du rapport de révision interne, joint au rapport de l'organe de contrôle, fut en même temps transmis au Secrétariat du parlement à l'intention du président de la nouvelle Commission des finances et du Service parlementaire de révision.

Dans le rapport de l'organe de contrôle adressé au Grand Conseil (rapport en date du 31 mai) et sur la base des résultats de nos examens, nous avons recommandé l'approbation du compte d'Etat 1989, malgré les réserves que nous avons émises quant aux Fonds de droit privé, aux engagements conditionnels et aux activités privées. Dans le rapport de l'organe de contrôle, nous mentionnions en outre les rectifications générales de valeur non prévues dans le NMC à titre préventif pour de probables pertes sur créances non récupérables et des pertes sur prêts, ainsi que les insuffisances de couverture des deux caisses d'assurance d'un montant total de 2005 millions de francs.

A la session de septembre, la Commission des finances a proposé au Grand Conseil d'approuver le compte d'Etat 1989 avec les réserves du Contrôle des finances. Le Parlement a approuvé cette proposition à l'unanimité.

Lors de la révision postérieure, nous avons vérifié si les contestations que nous avons formulées avaient été réglées.

Nous avons constaté que l'administration avait réglé dans les délais la plupart des contestations qui devaient l'être avant le 30 septembre. Nous surveillerons le règlement des points qui restent ouverts et nous établirons un état des questions encore pendantes dans notre rapport de révision interne sur le compte d'Etat 1990.

4.3.2 Compte d'Etat 1990 (révision intermédiaire)

Dans la révision intermédiaire, nous avons procédé à la vérification des mouvements dans les domaines des comptes du bilan ainsi que de parties du compte administratif (compte de fonctionnement et compte des investissements). Le résultat

Internen Revisionsbericht über die Prüfung der Staatsrechnung 1990 einfließen. Auf eine besondere Schwergewichtsbildung bei der Revision der Staatsrechnung 1990 wurde wiederum verzichtet. Angesichts der zweiten Staatsrechnung, die nach NRM geführt wird, konzentrieren wir unsere Prüfungen erneut auf die Einhaltung der Vorschriften über die neue Buchführung und Rechnungslegung (z. B. Abgrenzung zwischen der Laufenden und der Investitionsrechnung, Interne Verrechnungen, Brutto- und Sollverbuchung, Rechnungsabgrenzung). Mit Beschluss Nr. 3905 hat der Regierungsrat am 24. Oktober in zustimmendem Sinne Kenntnis vom Terminplan betreffend den Abschluss der Staatsrechnung 1990 genommen. Der Terminplan basiert auf dem bewährten, streng strukturierten Vorgehen der vergangenen Jahre und stellt sicher, dass die Finanzkontrolle und das Grossratsrevisorat, welches für das Rechnungsjahr 1990 erstmals seine gesetzlichen Funktionen ausübt, frühzeitig in den Besitz der erforderlichen Unterlagen gelangen.

4.4 Aufsicht über Bau und Unterhalt der Nationalstrassen

Gemäss RRB Nr. 781 vom 22. Februar 1989 hat die Finanzkontrolle diesen Kontrollauftrag per 1. Februar 1989 übernommen.

Die Aufsicht über den Bau und Unterhalt der Nationalstrassen wird sowohl im Rahmen der mitschreitenden Prüfung (Zahlungsfreigabe der Anweisungen anhand der Belege) als auch im Rahmen der Nachprüfung beim Tiefbauamt (Organisation, IKS, Inventar, Abrechnungen über Bau und Unterhalt) vorgenommen.

Den Bericht über die durchgeführten Prüfungen und das Prüfungsergebnis pro 1989 haben wir der Eidgenössischen Finanzkontrolle und dem Bundesamt für Strassenbau am 25. Juni erstattet. Im Rahmen unserer Prüfungen stellten wir fest, dass das Kantonale Tiefbauamt den Zahlungsdienst und die Rechnung für Bau, Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen ordnungsgemäss abgewickelt bzw. geführt hat.

Die Eidgenossenschaft vergütet der Finanzkontrolle für die erbrachten Leistungen 84 Prozent der Personalkosten sowie einen Gemeinkostenzuschlag von 25 Prozent.

4.5 EDV-Revision

Im Berichtsjahr wurden in unserem Auftrag durch eine anerkannte Revisionsgesellschaft und unter jeweiliger Teilnahme eines unserer EDV-Revisionen folgende Arbeiten ausgeführt:

- Pre-Review (= Übersicht) der Applikation KOFINA
- Informatik-Systemprüfung der Applikation INFOR/Waldarbeiterlöhne (Staatsforstverwaltung, 20 Kreisforstämter und Lawinendienst Interlaken)
- Informatik-Systemprüfung der Applikation SUSA (Strassenverkehrs- und Schiffsamt)

Die beiden Mitarbeiter unserer EDV-Revisionsgruppe betreuen unser EDV-System WANG, unterstützten die Revisoren in EDV-technischen Belangen, waren für die Projektierung und Realisierung des EDV-Projektes «Führungs- und Informationssystem der Finanzkontrolle» tätig und besuchten verschiedene externe Ausbildungskurse.

de la révision intermédiaire sera intégré dans le rapport de révision interne concernant l'examen du compte d'Etat 1990. On a une nouvelle fois renoncé à établir des priorités pour la révision du compte d'Etat 1990. Etant donné que c'est le deuxième compte d'Etat qui est présenté selon le NMC, nous concentrons de nouveau nos examens sur le respect des prescriptions sur la comptabilité et la présentation des comptes (par exemple délimitation entre le compte de fonctionnement et le compte des investissements, virements internes, principe du produit brut et principe d'échéance, délimitation entre exercices).

Par l'arrêté N° 3905 du 24 octobre, le Conseil-exécutif a pris connaissance et approuvé le calendrier régissant la clôture du compte d'Etat 1990. Le calendrier se base sur la procédure très structurée qui a fait ses preuves ces dernières années et garantit que le Contrôle des finances et le Service parlementaire de révision, qui exerce pour la première fois des fonctions légales pour l'exercice 1990, seront rapidement en possession des documents requis.

4.4 Surveillance des travaux de construction et d'entretien des routes nationales

En vertu de l'ACE N° 781 du 22 février 1989, le Contrôle des finances a repris à sa charge ce mandat de contrôle le 1^{er} février 1989.

La surveillance des travaux de construction et d'entretien des routes nationales s'exercera aussi bien dans le cadre de l'examen courant (libération pour paiement des mandats au moyen des pièces justificatives) que dans le cadre de l'examen ultérieur auprès de l'Office des ponts et chaussées (organisation, SIC, inventaire, arrêtés de compte des travaux de construction et d'entretien).

Le 25 juin, nous avons présenté au Contrôle fédéral des finances et à l'Office fédéral des routes le rapport pour 1989 sur les examens effectués et leurs résultats. Dans le cadre de nos examens, nous avons constaté que l'Office cantonal des ponts et chaussées a assuré correctement le service des paiements et géré les comptes de manière satisfaisante pour la construction, l'entretien et l'exploitation des routes nationales.

La Confédération verse au Contrôle des finances 84 pour cent des frais de personnel et un supplément de 25 pour cent pour frais généraux en dédommagement de ses prestations.

4.5 Révision de l'informatique

Pendant l'année concernée, les travaux suivants furent accomplis par une société fiduciaire reconnue mandatée par nous avec la participation dans chaque cas d'un de nos réviseurs des comptes pour l'informatique:

- pre-review (= vue d'ensemble) de l'application KOFINA;
- vérification du système informatique de l'application INFOR/salaires des travailleurs forestiers (Administration des forêts cantonales, 20 Offices forestiers d'arrondissement et service des avalanches d'Interlaken);
- vérification du système informatique de l'application SUSA (Office de la circulation routière et de la navigation).

Les deux collaborateurs de notre groupe de révision de l'informatique se sont quant à eux chargés de l'assistance de notre système informatique WANG, ont apporté leur soutien aux réviseurs pour les questions informatiques techniques, ont collaboré à l'étude et à la réalisation du projet de «système de direction et d'information du Contrôle des finances» et ont suivi différents cours externes de formation.

5. Zu einzelnen Punkten

5.1 Berichterstattung an die Staatswirtschaftskommission bzw. an den Regierungsrat

Den Quartalsbericht vom 1. Dezember 1989 bis 28. Februar 1990 haben wir letztmals am 26. März der Staatswirtschaftskommission übermittelt. Nach der per 1. Juni in Kraft getretenen Trennung zwischen interner und externer Revision stehen wir gemäss Artikel 43 Absatz 3 FHG als oberstes internes Fachorgan der Finanzaufsicht dem Regierungsrat für die Ausübung seiner Finanzaufsicht über die Verwaltung sowie der Finanzdirektion für die laufende finanzielle Verwaltungskontrolle zur Verfügung. Der Regierungsrat hat den Geschäftsverkehr mit der Finanzkontrolle auf Antrag der Finanzdirektion mit Beschluss Nr. 2828 vom 8. August geregelt. Diese Regelung beinhaltet u.a. die Quartalsberichterstattung, d.h. die Finanzkontrolle erstattet dem Regierungsrat quartalsweise über alle wesentlichen Vorkommnisse bei ihrer Tätigkeit Bericht. Wir haben dem Regierungsrat vier Quartalsberichte (28. Februar / 31. Mai / 31. August / 30. November) erstattet. Eine Kopie der Unterlagen wurde, gestützt auf Artikel 48 Grossratsgesetz, dem Grossratsrevisorat zur Kenntnis gebracht. Der Quartalsbericht wird nun jeweils von der Regierung mit dem Vorsteher der Finanzkontrolle mündlich besprochen.

5.2 Grossratsrevisorat

Das Gesetz über den Grossen Rat vom 8. November 1988 ist am 1. Juni 1990 in Kraft getreten. Zum gleichen Zeitpunkt und gestützt auf Artikel 47ff. dieses Gesetzes hat das Grossratsrevisorat, welches das externe Fachorgan der Finanzaufsicht ist und der Finanzkommission zur Ausübung der finanziellen Oberaufsicht dient, seine Tätigkeit aufgenommen.

Die Kontakte zwischen dem Grossratsrevisor und unserem Amt waren im Berichtsjahr folgende:

- **Regelung des Geschäftsverkehrs**
Der Entwurf dieser Regelung wurde am 15. Oktober im Einvernehmen mit dem Grossratsrevisor verabschiedet. 1991 werden wir diese nach der Genehmigung durch die Finanzkommission dem Regierungsrat zur Kenntnisnahme und Zustimmung unterbreiten. Ziel der Regelung ist, die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den zwei Fachorganen der Finanzaufsicht mit dem gleichen Kontrollbereich klar zu regeln, und zwar so, dass Doppelspurigkeiten vermieden werden können und es beiden Organen möglich ist, ihre Aufgaben unabhängig und effizient wahrzunehmen.
- **Qualitätskontrolle**
Im Sinne von Artikel 47 Absatz 2 Buchstabe d Grossratsgesetz hat der Grossratsrevisor die Qualität einer Anzahl der von uns bei den staatlichen Stellen im Berichtsjahr durchgeführten Revisionen beurteilt. Er hat das Ergebnis jeweils mit der Finanzkontrolle besprochen und wird noch in einer Zusammenfassung über die Überwachung ihrer Tätigkeit pro 1990 schriftlich berichten.
- **Revision staatlicher Stellen**
Gemäss Artikel 47 Absatz 2 Buchstabe f Grossratsgesetz und in Absprache mit uns hat das Grossratsrevisorat bei drei staatlichen Stellen eine ordentliche Revision durchgeführt. Nach Abschluss der Revision hat es die Ergebnisse vorgängig der mündlichen und schriftlichen Berichterstattung an die geprüften Stellen mit uns besprochen.

5. Points particuliers

5.1 Présentation du rapport à la Commission de gestion et au Conseil-exécutif

C'est le 26 mars que nous avons transmis à la Commission de gestion le dernier rapport trimestriel couvrant la période allant du 1^{er} décembre 1989 au 28 février 1990. Depuis l'entrée en vigueur au 1^{er} juin de la séparation entre révision interne et externe, en vertu de l'article 43, 3^e alinéa LFE, nous assistons, en notre qualité d'organe supérieur de surveillance interne des finances, le Conseil-exécutif dans l'exercice de la surveillance des finances de l'administration ainsi que la Direction des finances dans l'exercice du contrôle administratif courant des finances. Sur proposition de la Direction des finances, le Conseil-exécutif a réglé par l'arrêté N° 2828 du 8 août les rapports avec le Contrôle des finances. Ce règlement prévoit entre autres que le Contrôle des finances présente à l'intention du Conseil-exécutif un rapport trimestriel de tous les événements essentiels intervenus dans l'exercice de ses activités. Nous avons établi quatre rapports trimestriels pour le Conseil-exécutif (28 février, 31 mai, 31 août, 30 novembre). En vertu de l'article 48 de la loi sur le Grand Conseil, une copie des documents a été adressée au Service parlementaire de révision afin qu'il en prenne connaissance. Chaque rapport trimestriel est discuté par le Gouvernement avec le chef du Contrôle des finances.

5.2 Service parlementaire de révision

La loi du 8 novembre 1988 sur le Grand Conseil est entrée en vigueur le 1^{er} juin 1990. Au même moment, et en vertu des articles 47ss de cette même loi, le Service parlementaire de révision a pris ses activités en tant qu'organe assurant la surveillance externe des finances de l'Etat et assistant la Commission des finances dans l'exercice de la haute surveillance.

Pour l'année sous rapport, les contacts entre le Service parlementaire de révision et notre office ont été les suivants:

- **Réglementation des rapports**
Le projet de réglementation fut adopté le 15 octobre en accord avec le Service parlementaire de révision. En 1991, après approbation de la Commission des finances, nous soumettrons cette réglementation au Conseil-exécutif pour qu'il en prenne connaissance et qu'il l'approuve. L'objectif de cette réglementation est de régir clairement la collaboration et l'échange d'informations des deux organes de surveillance des finances dont l'activité s'étend au même domaine de contrôle, et ce, de façon à éviter les chevauchements et qu'il puisse être possible aux deux organes de mener à bien leurs tâches de manière indépendante et efficace.
- **Contrôle de la qualité**
Au sens de l'article 47, 2^e alinéa, lettre d de la loi sur le Grand Conseil, le Service parlementaire de révision a examiné pendant l'année sous rapport la qualité d'un grand nombre de révisions effectuées par nous dans des services cantonaux. Il a discuté du résultat avec le Contrôle des finances et rendra compte par écrit de sa surveillance de l'activité de ce dernier pour 1990.
- **Révision des services cantonaux**
En vertu de l'article 47, 2^e alinéa, lettre f de la loi sur le Grand Conseil et avec notre accord, le Service parlementaire de révision a effectué une révision comptable ordinaire dans trois services cantonaux. Après clôture de la révision, il a discuté avec nous des résultats avant d'en rendre compte oralement et par écrit aux services contrôlés.

- Revision Staatsrechnung 1990
Im gegenseitigen Einvernehmen hat das Grossratsrevisorat im Rahmen unserer Nachrevision der Staatsrechnung 1989 und Zwischenrevision der Staatsrechnung 1990 die Bereiche der Polizeidirektion geprüft. Es wird auch im Rahmen der Schlussrevision der Staatsrechnung 1990 im gleichen Bereich tätig sein. Seine Prüfungsergebnisse werden in den Internen Revisionsbericht zur Staatsrechnung 1990 einfließen.
- Tätigkeitsbericht des Grossratsrevisors an die Finanzkommission
Das Verfahren für die Quartalsberichterstattung des Grossratsrevisores an die Finanzkommission richtet sich nach den «Richtlinien über den Geschäftsverkehr zwischen Finanzkommission und Grossratsrevisorat». Je eine Kopie der beiden Quartalsberichte wurden uns zur Kenntnis gebracht. Die Quartalsberichte des Grossratsrevisores und der Finanzkontrolle werden jeweils unter den Leitern der beiden Revisionsorgane mündlich besprochen.

Beide Organe bemühten sich in der Startphase um eine konstruktive Zusammenarbeit. Es werden aber von beiden Seiten noch Anstrengungen nötig sein, um das Zusammenwirken effizient zu gestalten und dadurch den gesetzlichen Kontrollauftrag optimal erfüllen zu können.

5.3 Verpflichtungskreditkontrolle

Die Führung der Verpflichtungskreditkontrolle hat eine erhebliche Bedeutung für die Finanzplanung. Wir haben in unseren Internen Revisionsberichten zu den Staatsrechnungen 1987–1989 jeweils auf die Schwachstellen der von den Dienststellen geführten Kontrollen hingewiesen. Die Finanzverwaltung hat in der Folge ein entsprechendes EDV-Projekt initialisiert und den Dienststellen die nötigen Richtlinien über die Vollständigkeit, den Inhalt und Abschluss der Verpflichtungskreditkontrolle erteilt. Was die Verpflichtungskreditkontrolle «Baubeiträge» anbelangt, wird die Finanzverwaltung im Verlaufe des Jahres 1991 die entsprechenden verwaltungsinternen Richtlinien erlassen, damit der GRB vom 12. November 1990 betreffend die Begrenzung und Festsetzung von staatlichen Baubeiträgen (Höchstbetrag der Zusicherungen 1991–1994) korrekt vollzogen werden kann.

5.4 Staatsbeiträge

5.4.1 Prüfung der Staatsbeiträge 1988 in rechtlicher Hinsicht

Die schwerpunktmässige Prüfung der Staatsbeiträge 1988 haben wir im Internen Revisionsbericht zur Staatsrechnung 1989 vom 12. April abgeschlossen. Beanstandungen zu Subventionstatbeständen, für welche keine genügenden Rechtsgrundlagen bestehen oder für die die erforderlichen Ausgabenbeschlüsse fehlen, haben wir im Rahmen des ordentlichen Differenzbereinigungsverfahrens mit den betroffenen Direktionen teilweise bereits erledigt. In diesem Zusammenhang haben wir im Berichtsjahr in zwei Fällen den Regierungsrat gemäss Artikel 49 Absatz 5 FHG verwaltungsintern zum letztinstanzlichen Entscheid angerufen.

- Révision du compte d'Etat 1990
D'un commun accord, le Service parlementaire de révision a contrôlé les domaines de la Direction de la police dans le cadre de notre révision postérieure du compte d'Etat 1989 et de la révision intermédiaire du compte d'Etat 1990. Il travaillera également sur le même domaine dans le cadre de la révision finale du compte d'Etat 1990. Les résultats de ses contrôles seront insérés dans le rapport de révision interne pour le compte d'Etat 1990.
- Rapport d'activité du Service parlementaire de révision à l'intention de la Commission des finances
La procédure de présentation du rapport trimestriel du Service parlementaire de révision destiné à la Commission des finances se conforme aux «directives sur les rapports entre la Commission des finances et le Service parlementaire de révision». Une copie de chacun des deux rapports trimestriels nous fut envoyée afin que nous en prenions connaissance. Les rapports trimestriels du Service parlementaire de révision et du Contrôle des finances font l'objet d'une discussion entre les responsables des deux organes de révision.

Les deux organes se sont efforcés de collaborer de manière constructive à la phase de mise en route. Des efforts doivent cependant encore être entrepris des deux côtés si l'on veut que leur action combinée soit efficace et qu'ainsi le mandat légal de contrôle puisse être rempli de manière optimale.

5.3 Contrôle des crédits d'engagement

La gestion du contrôle des crédits d'engagement est d'une importance considérable pour la planification financière. Dans nos rapports de révision internes sur les comptes d'Etat 1987–1989, nous avons indiqué les points faibles des contrôles effectués par les services. L'Administration des finances a lancé par la suite un projet informatique en ce sens et a donné aux services les directives nécessaires relatives à l'exhaustivité, au contenu et à la clôture du contrôle des crédits d'engagement. En ce qui concerne le contrôle des crédits d'engagement «subventions à la construction», l'Administration des finances édictera dans le courant de l'année 1991 les directives internes afférentes afin que l'AGC du 12 novembre 1990 concernant la limitation et la fixation des subventions cantonales à la construction (montant maximal des subventions promises pour les années 1991–1994) puisse être correctement appliqué.

5.4 Subventions cantonales

5.4.1 Contrôle des subventions cantonales sur un plan juridique

Nous avons clos l'examen principal des subventions cantonales 1988 dans le rapport de révision interne du 12 avril sur le compte d'Etat 1989. Dans le cadre de la procédure ordinaire de règlement des différends, nous avons déjà en partie réglé avec les Directions concernées des contestations portant sur les faits générateurs de subventions pour lesquels il n'existe pas de bases légales suffisantes ou pour lesquels manquent les autorisations de dépenses requises. Pour l'année sous rapport, nous avons en outre appelé le Conseil-exécutif à se prononcer en dernière instance sur deux cas, et ce, dans le cadre d'une procédure interne, en vertu de l'article 49, 5^e alinéa LFE.

5.4.2 Prüfung der Staatsbeiträge in materieller Hinsicht

Gemäss Artikel 45 FHG erstreckt sich unser Kontrollbereich u.a. auch auf Körperschaften, Anstalten, Stiftungen und Gesellschaften, denen der Staat Finanzhilfen und Abgeltungen entrichtet. Im weiteren kann uns der Regierungsrat beauftragen, durch Stichproben die ordnungsgemässe Verwendung von Subventionen bei den Empfängern zu prüfen.

Im Rahmen unserer Revisionen stellten wir fest, dass das IKS für die kaufmännische und technische Abwicklung der Subventionsgeschäfte bei den Dienststellen unterschiedlich ausgestaltet ist. Als Grund für eine ungenügende Kontrolle wurde u.a. die fehlende Personalkapazität angegeben und der Antrag gestellt, die Kontrolle sei bei grossen Subventionsempfängern durch uns wahrzunehmen (z. B. durch Übernahme des Kontrollstellenmandates).

Da auch unsere Personalkapazitäten beschränkt sind, werden wir weitere Abklärungen bei Dienststellen, welche Subventionen ausrichten, vornehmen, um ein Kontrollkonzept für den wichtigen Bereich der Staatsbeiträge zu erstellen. Es geht darum, zu bestimmen, in welchem Umfang die einzelnen Dienststellen als Subventionsgeber die Kontrolle im Sinne von Artikel 17 Finanzhaushaltverordnung (FHV) selbst ausüben, zu koordinieren, wenn weitere Organe (Bund, Gemeinden, Dritte u.a.) Subventionskontrollen durchführen, und unsere Tätigkeit in diesem Bereich entsprechend den uns zur Verfügung stehenden personellen und technischen Mitteln festzulegen.

5.5 Kontrolle der Steuerveranlagung

Wir haben mit der Steuerverwaltung verschiedene Gespräche über die künftige Ausgestaltung und das Funktionieren der Internen Kontrolle im Bereich der Steuerveranlagung geführt. Unser gemeinsames Ziel ist, in der Steuerverwaltung ein funktionstüchtiges Instrument aufzubauen, um die korrekte Steuerveranlagung sicherzustellen. Die Steuerverwaltung hat im Berichtsjahr eine Arbeitsgruppe «Kontrolle» gebildet und in einer ersten Phase bei den fünf Veranlagungsbehörden stichprobenweise Prüfungen vorgenommen. Nach Auswertung der Ergebnisse werden wir zusammen mit der Steuerverwaltung festlegen, wie die Prüfungen weitergeführt werden. In Anbetracht der komplexen Materie werden dazu keine Revisoren der Finanzkontrolle, sondern Spezialisten der Steuerverwaltung eingesetzt.

5.6 Arbeitsgruppen

Die Finanzkontrolle hat in verschiedenen Arbeitsgruppen im Sinne der Projektbegleitung die Anliegen der Revision eingebracht. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang

- die Arbeitsgruppe «Ausführungserlasse zum revidierten Universitätsgesetz», in welcher es um die künftige Regelung der Dienstleistungen und Drittmittel sowie um die Nebenbeschäftigung von Universitätsangehörigen geht,
- die Arbeitsgruppe «Grossratsrevisorat und Finanzkontrolle», welche mit der Neuregelung der per 1. Juni in Kraft gesetzten neuen Bestimmungen der Finanzaufsicht ihre Aufgabe erfüllt hat, sowie
- die Arbeitsgruppe «Controlling Staatsaufsicht Universität», welche von der Erziehungsdirektion den Auftrag erhalten hat, die Controlling-Funktion im Universitätsbereich aufzubauen. Eine Revisionsgesellschaft hat im Auftrag der Arbeitsgruppe wegen verschiedenen Feststellungen der

5.4.2 Contrôle des subventions cantonales sur un plan matériel

En vertu de l'article 45 LFE, notre domaine de contrôle s'étend entre autres aux corporations, établissements, fondations et sociétés auxquels l'Etat fournit des aides financières et des indemnités. Le Conseil-exécutif peut en outre nous charger de contrôler en choisissant des cas au hasard que les subventions sont correctement utilisées par leurs bénéficiaires.

Dans le cadre de nos révisions, nous avons constaté que la configuration du SIC diffère selon les services pour l'exécution technique et commerciale des affaires de subventions. On a argué du manque d'effectifs pour expliquer l'insuffisance de contrôle et il a été proposé que nous nous chargions du contrôle des bénéficiaires de subventions importantes (par exemple en reprenant le mandat de l'organe de contrôle).

Du fait que nos effectifs sont également limités, nous procéderons à d'autres clarifications auprès des services qui consentent des subventions afin de mettre sur pied un mode de contrôle pour l'important domaine des subventions cantonales.

Il s'agit de déterminer dans quelle mesure les différents services exercent eux-mêmes le contrôle au sens de l'article 17 de l'Ordonnance sur les finances (OF) sur les subventions qu'ils accordent, de coordonner les activités si d'autres organes (Confédération, communes, et tiers entre autres) procèdent à des contrôles de subventions, ainsi que de déterminer notre activité dans ce domaine considérant les moyens techniques et en personnel dont nous disposons.

5.5 Contrôle de la taxation fiscale

Nous avons eu divers entretiens avec l'Intendance des impôts sur la configuration future et le fonctionnement du contrôle interne dans le domaine de la taxation fiscale. Notre objectif commun est de mettre au point à l'Intendance des impôts un instrument fonctionnel permettant d'assurer une taxation fiscale correcte. Pendant l'année sous rapport, l'Intendance des impôts a institué un groupe de travail «Contrôle» et a procédé, dans une première phase, au contrôle de cinq autorités de taxation choisies arbitrairement. Après en avoir examiné les résultats, nous fixerons en accord avec l'Intendance des impôts la manière selon laquelle les contrôles doivent être poursuivis. Vu la complexité du sujet, ce ne sont pas des réviseurs des comptes du Contrôle des finances mais des spécialistes de l'Intendance des impôts qui en seront chargés.

5.6 Groupes de travail

Le Contrôle des finances a présenté les problèmes de la révision comptable dans différents groupes de travail auxquels il a collaboré.

Citons à cet égard plus particulièrement:

- le groupe de travail chargé de «l'élaboration des dispositions d'exécution de la loi sur l'Université révisée» qui s'occupe de la future réglementation des prestations de services et des moyens financiers de tiers ainsi que de l'occupation accessoire des membres de l'Université,
- le groupe de travail «Service parlementaire de révision et Contrôle des finances» qui a rempli sa tâche en se chargeant de la nouvelle réglementation des dispositions de la surveillance des finances applicables au 1^{er} juin,
- le groupe de travail «contrôle de la surveillance de l'Etat sur l'Université» qui a été chargé par la Direction de l'instruction publique d'organiser la fonction de controlling dans le do-

Finanzkontrolle das Interne Kontrollsystem (IKS) der Universität beurteilt.

maine universitaire. En raison de diverses constatations faites par le Contrôle des finances, ce groupe de travail a mandaté une société fiduciaire pour étudier le système interne de contrôle (SIC) de l'Université.

5.7 **Berufsorganisationen**

Am 30. März hat die Finanzkontrolle im Rahmen des Verbandes der Finanzbeamten öffentlicher Verwaltungen und Unternehmungen, Fachsektion für Revisionsfragen, in Neuenburg eine Fachtagung in französischer Sprache zum Thema «Subventionen: Auftrag und Prüfung der Finanzkontrolle» organisiert, welche auf breites Interesse gestossen ist.

Als Mitglied des Schweizerischen Verbandes für Interne Revision (SVIR), ERFA-Gruppe Verwaltung, haben wir zudem für die Organisation und Durchführung von Fachtagungen zu den Themen «Externe und interne Revision bei öffentlichen Gemeinwesen», «Controlling» und «Einzelfragen aus der Praxis für die Praxis» verantwortlich gezeichnet.

Bern, April 1991

Der Vorsteher der Finanzkontrolle: *Dr. P. Sommer*

5.7 **Organisations professionnelles**

Dans le cadre de l'Association des fonctionnaires des finances d'administrations et entreprises publiques, section chargée des questions de révision, le Contrôle des finances a organisé le 30 mars à Neuchâtel un colloque en langue française sur le thème «les subventions: mandat et vérifications du Contrôle des finances» qui a remporté un grand succès.

En tant que membre de l'Association suisse de révision interne (ASRI), groupe ERFA administration, nous avons en outre été responsables de l'organisation et de l'exécution de rencontres sur les thèmes de «la révision externe et interne dans le cas des collectivités publiques», du «controlling» et des «questions qui se posent dans la pratique».

Berne, avril 1991

Le chef du Contrôle des finances: *P. Sommer*